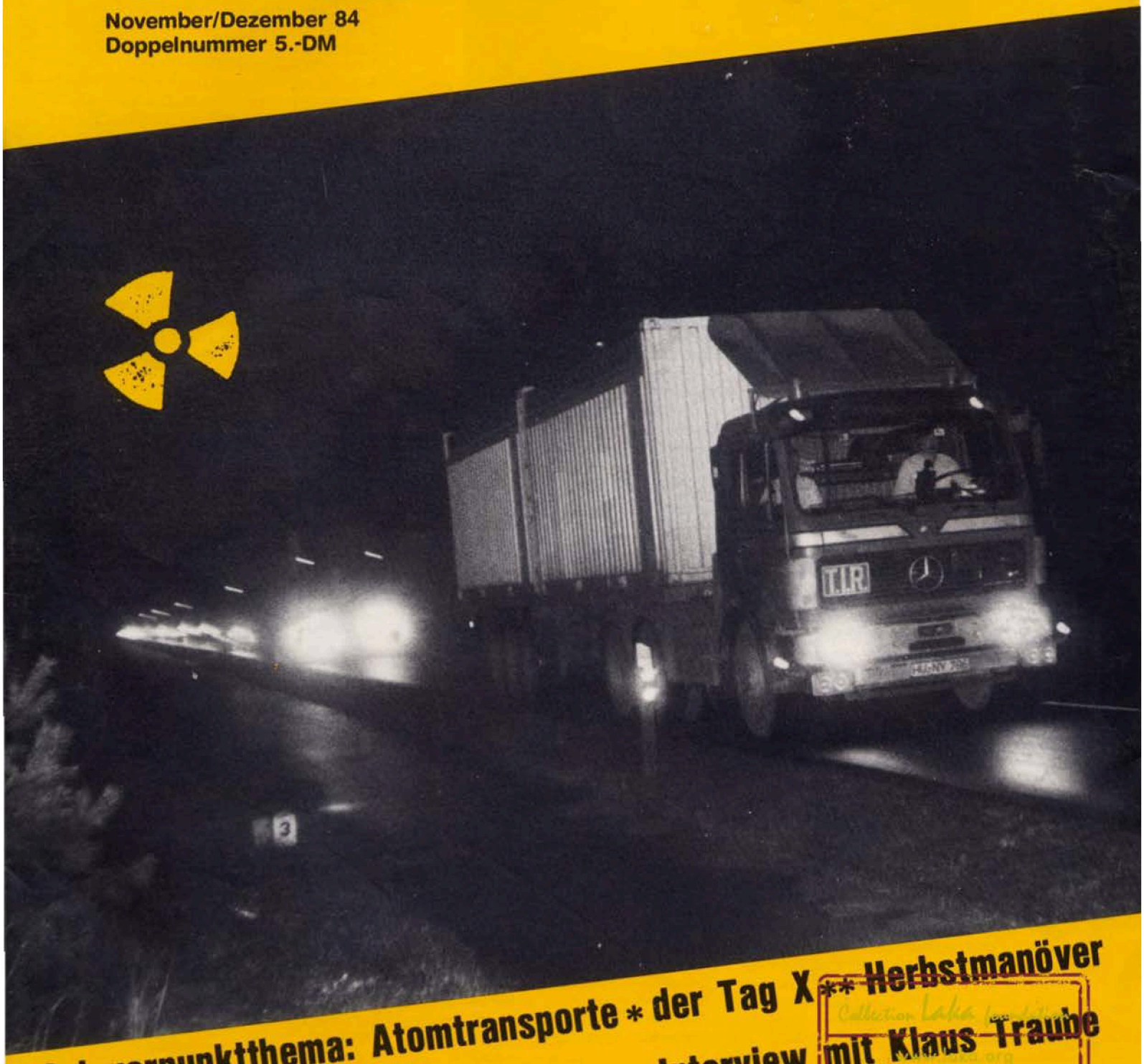
Streifbandzeitung Nr.20110

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

November/Dezember 84
Doppelnummer 5.-DM



Schwerpunktthema: Atomtransporte * der Tag X * Herbstmanöver Wiederaufbereitung *** Interview mit Klaus Traube**

Collection Labo
Digitized 2016

Ein Traum wird Wirklichkeit

Es ist soweit. Die Fusion zwischen Atom Express und atommüllzeitung ist vollzogen, das Ergebnis liegt vor Euch. Wie es dazu gekommen ist, ja, warum es so kommen mußte, haben wir in den letzten Nummern nachzuzeichnen versucht. Nachzutragen bleibt, wie wir uns die Realisierung des Projekts »Atom Express-/atommüllzeitung« kurz- und mittelfristig vorstellen.

Zur Klärung dieser Frage hat am 21. und 22. Juli in Göttingen ein Treffen beider Redaktionen stattgefunden, auf dem eine Reihe von Vereinbarungen getroffen wurden. Ein Teil dieser Vereinbarungen ist bereits mit dieser Nummer umgesetzt worden.

Inhaltlicher Schwerpunkt wird bzw. bleibt der Bereich Atomprogramm und Anti-AKW-Bewegung. Vor allem anderen begreifen wir uns nach wie vor als Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so stringent wie bisher die atommüllzeitung, streben wir für die einzelnen Nummern die Bearbeitung eines spezifischen atom- oder energiepolitischen Themas unter mehreren Aspekten an; dieses Mal haben wir es mit den Atommülltransporten und der Wiederaufarbeitung versucht. Zu einer festen Rubrik wollen wir die Standortberichte ausbauen. Hierfür sind wir mehr als zuvor auf die Mitarbeit von BI's und Aktivist(inn)en »vor Ort« angewiesen; von Göttingen und Lüneburg aus sind Artikel über das Geschehen in Ohu, Neckarwestheim, Wyhl schlecht zu schreiben.

Eure Beteiligung soll sich aber darin nicht erschöpfen! Nach wie vor wird die Diskussion über den weiteren Widerstand, die Berichterstattung über Aktionen und die Mobilisierung zu solchen, breiten Raum einnehmen. Was die wissenschaftlich-technische Seite betrifft, so wollen wir die Kontakte zur Gruppe Ökologie, zur AGU Darmstadt, zu Jens Scheer und anderen festigen und wenn's geht, intensivieren.

Den Anti-Kriegs-Teil werden wir aufrechterhalten - möglicherweise in eingeschränktem Umfang, aber das hängt von der Entwicklung in der Friedensbewegung ab, besser: von der Entwicklung eines bestimmten Spektrums des unabhängigen Teils, dem wir uns politisch verbunden fühlen. Die Diskussionen v.a. innerhalb dieses Spektrums werden wir weiterhin aufgreifen und mit anregen; von den Aktionen v.a. dieses Spektrums - Bremerhaven, Munitionstransporte, Störmanöver, um mal die Richtung anzudeuten - werden wir weiterhin berichten.

Der dritte Bereich, um den wir uns kümmern wollen, ist die Kriminalisierung der Anti-AKW- und Anti-Kriegs-Bewegung. Aus gegebenem Anlaß rücken wir selbst in dieser Nummer ein wenig in den Mittelpunkt. Auch hinsichtlich des Themas Kriminalisierung der Appell an Euch, uns nach Kräften zu helfen, indem ihr uns über Prozesse oder andere Strafverfolgungs- und Repressionsmaßnahmen in Eurer Region, in Euren Gruppen informiert.

Was das praktische Umsetzen dieser Inhalte in Artikel, also die Produktion der Zeitung, betrifft, so werden beide Redaktionen selbständig und unabhängig weiterarbeiten. Zwei bis drei Wochen vor der jeweils nächsten Nummer - die Erscheinungsweise wurde auf zwei Monate festgelegt - gibt es ein gemeinsames Redaktionswochenende, bei dem die Diskussion über Grundsatzartikel geführt, die noch zu erledigenden Aufgaben verteilt und - so weit möglich - die neue Zeitung inhaltlich konzipiert werden soll. Das Treffen hat dieses Mal in Lüneburg stattgefunden und ist sehr produktiv verlaufen. Neben vielen Artikeln haben wir auch noch den bevorstehenden Tag X, sowie die jüngsten Justiz- und Polizeiattacken gegen Atom Express und atommüllzeitung besprochen, mit welchen Konsequenzen, das könnt Ihr in den entsprechenden Artikeln nachlesen. Ansonsten tauschen wir Papiere, Manuskripte, Vorschläge, Fotos und Termine über die Post und das Telefon aus. Beide Redaktionen lay outen ihre Artikel getrennt, möglichst am gleichen Wochenende. End Lay Out und Umbruch erfolgen dann wechselweise in Lüneburg und Göttingen, unmittelbar vor dem Druck bzw. den druckvorbereitenden Arbeiten.

Wir wollen 52 Seiten Umfang möglichst nicht überschreiten - einen grundsätzlichen und unumstößlichen Beschluß haben wir aber nicht gefaßt. Die Kontigentierung wird jedes Mal neu beredet; sie hängt davon ab, welche Redaktion welche Themen verantwortlich bearbeitet.

Wie Ihr sicher bemerkt haben werdet, sind wir auch um eine erneute Preiserhöhung nicht herumgekommen - ein Heft kostet ab jetzt 4 Mark. Die BI- und Wiederverkäufer-Rabbatte sind entsprechend angeglichen worden, die Bezugsgebühren für ein Abo auch.

Bei unseren Kalkulationen lassen wir uns im wesentlichen von der Überlegung leiten, endlich mal wieder kostendeckend zu wirtschaften. Früher, zu Zeiten hoher AE Auflagen und einer zahlenmäßig sowie politisch starken Anti-AKW-Bewegung ging das ohne Preiserhöhung - heute nicht mehr. Wir hoffen auf Euer Verständnis - auch wenn wir hier keine detaillierte Finanzplanung vorlegen.

Nach anfänglichen Bedenken bei Teilen beider Redaktionen über die Realisierbarkeit und Perspektiven einer gemeinsamen Zeitung, ist nun das Gefühl zu dem Projekt und zueinander ausnahmslos positiv.

Die Bereitschaft und die Motivation, mit Schwung und Power noch mal richtig loszulegen, ist da. Wir hoffen, daß ein bißchen davon mit dieser Nummer 'rüberkommt, und daß Ihr das Experiment Atom Express/atommüllzeitung mit uns zusammen wagt.

Impressum

Der **Atom Express / Atommüllzeitung** wird herausgegeben vom **'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.'** und vom **'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.**

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstraße 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158
Atommüllzeitung
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/45290

Bestellungen :

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen.
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308
oder
Elke Rickert, Alte Dorfstraße 9, 3119 Eddelstorf.
Konto:
'Gorleben aktuell', G. Garbers
PSchA Hamburg 378 14 - 206
Diese Konten sind gleichzeitig Spendenkonten!

Druck: Steidl, Düstere Straße, Göttingen

V.i.S.d.P.: Eva Fiintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenberg

Diese Nummer kostet 5,- DM, für BIs und andere Wiederverkäufer 3.50 DM.

Ein **Abonnement** kostet **25 Mark** für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35 DM. Für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren **3,- DM.**

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung Im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Leser/innen

Die Ereignisse im Wendland zum TAG X haben uns in der ganzen Zeitungskonzeption für diese Nummer durcheinandergebracht. Eigentlich hatten wir ja vor, die gemeinsamen Ausgaben auf ein Kontingent von 52 Seiten zu begrenzen und den Preis bei 4,- DM einzufrieren. Daraus ist diesmal nichts geworden. Weil uns die ganzen Inhalte zu wichtig waren, um etwas rauszuschmeißen, haben wir uns entschlossen diesmal eine ganz dicke Nummer zu machen. Deshalb auch der hohe Preis.
Beim nächsten Mal wird es hoffentlich anders werden.
So, nun viel Spaß bei dieser Ausgabe. Für die Archivare unter Euch - dies ist der **Atom Express 41** und die **Atommüllzeitung 28.**

INHALT

Kriminalisierung 4
Tag X - Ein Staat sieht rot 4
Die Masse macht's 8
Brokdorf - Prozeß 54
Folter gegen Anne 56

Schwerpunkt 1:
Wiederaufarbeitung

Das Leben neben einer Wiederaufarbeitungsanlage bringt uns der Artikel über die britische WAA Winscale, den wir der ZEIT entnommen haben, näher. Weiterhin berichtet Klaus Traube in einem Exclusiv-Interview über Sinn und Unsinn dieser Anlagen. Den Teil schließen wir mit den neuesten Entwicklungen an den BRD-Standorten ab.

Seite 12

Wiederaufarbeitung 12
Winscale 12
Interview mit Klaus Traube 16
WAA zum Nulltarif 19
Schwandorf 20
WAA und SPD 21

Schwerpunkt 2:
Atomtransporte

In den nächsten Jahren werden vermehrt Atommüll-Transporte über die Autobahnen und Landstraßen, durch Dörfer und Städte rollen. Eine jetzt enthüllte geheime PSE-Studie belegt: Die Katastrophe ist vorprogrammiert. Dies belegt auch der sich anschließende Bericht zum Untergang des französischen Atomfrachters 'Mont Louis'.

Seite 22

Atomtransporte 22
Geheime PSE-Studie 24
Untergang der Mont Louis 26

Schwerpunkt 3:
TAG X

Berichte, Meinungen und brandheiße Fotos zu den heißen Tagen im Herbst '84 im Wendland. Ist die Anti-AKW-Bewegung gescheitert, oder waren die Ereignisse in der 2. Septemberwoche der Anfang einer neuen Widerstandsepoche?

Seite 29

Wendland 29
Tag X - Berichte, Dokumente 29
Herzschläge 37
Sommercamps 38

Standortberichte 42
Grohnde 42
Brokdorf-Widerstandstreffen 44
Ahaus 45

Malville 49

Herbstmanöver 58
Störmanöver '84 58
Einschätzung 61

Bundeskonferenz '84 63
Einladung, Kritik, Diskussionsbeiträge

Tag X - Ein Staat sieht rot!

Wie in einem Amoklauf machten diverse Staatsanwälte der Bundesrepublik in den letzten Wochen Jagd auf gelbe Papierchen und Plakate mit X vorne drauf. Der Erfolg war sagenhaft: Wo immer sie mit ihren Beschlagnahmebefehlen zuschlugen, vermehrten sich schlagartig Angebot und Nachfrage nach Aufrufen zum Tag X.

Bestimmte Örtchen jedoch mieden unsere cleveren Staatsanwälte wie die Pest: Nach dem Motto: „Bundesweiter Skandal - Nein Danke" blieben das Büro der grünen Landtagsfraktion in Niedersachsen ebenso verschont wie die Bundesgeschäftsstelle der Grünen, obwohl von beiden Orten fleißig für Tag X mobilisiert worden ist.

Wenn auch einige besonders täppische Maßnahmen der Staatsanwaltschaft lächerlich erscheinen mögen, haben sie doch einen bitteren sten Hintergrund:

Wie jahrelang vorausgesagt, wird das Leben im Atomstaat in dem Moment spürbar schlimmer, wo massenhaft Atomtransporte beginnen. Atomkraftwerke usw. lassen sich mit Betonmassen umgeben. Zentrale Mobilisierungen der Anti-AKW-Bewegung lassen sich durch Polizeiheere bremsen. Atomtransporte jedoch bieten für kleine Widerstandsaktionen und Sabotagen jeder Art die größte Angriffsfläche.

Eine Dauerüberwachung - und Kriminalisierung der erklärten Gegner der Atomtransporte ist die Folge. Dieser Trend ist z.Zt. in der besonders betroffenen Region Lüneburg/Uelzen/Lüchow-Dannenberg unübersehbar. Die Atomtransportstrecken – Lebensadern des Atomstaats - werden aber mit Eröffnung des Zwischenlager Gorleben bundesweit zunehmen und mit ihnen der Überwachungsstaat. Morgen könntet also auch ihr direkt betroffen sein. Im Folgenden ein Überblick über die staatlichen Repressionen zum Tag X plus einiger Zeilen Einschätzung.

Lüchow-Dannenberg: „Vorbeugende Ermittlungstätigkeit"

Belagerungszustand im Wendland: Polizei fährt auf private Grundstücke, nimmt parkende Autos in Augenschein, leuchtet Höfe ab und blendet die beunruhigt aus ihren Höfen kommenden Bewohner mit Taschenlampen an. Nachteinsätze, darunter PKW-Kontrollen mit gezückter Knarre sind besonders beliebt. So wurde bei einer nächtlichen Polizeikontrolle der PKW einer Frau mit gezückter Pistole gestoppt und die Fahrerin nach der Beziehung zu dem Fahrzeughalter, ihrem angeblichen Freund ausgefragt. Ähnliche Fragen gingen an alle anderen PKW-Insassen. Festgestellt wurden die PKW-Kennzeichen vor Berliner Wochenendhäusern, Mitarbeiter des Cafe „Grenzbereich" wurden nachts „mit Polizeischutz" nach Hause geleitet, Polizeibeschattung- und verfolgung selbst bei alltäglichen Fahrten, z.B. zum Einkaufen. All diese Dinge wurden von der Polizeiführung ausdrücklich bestätigt und verteidigt als „vorbeugende Ermittlungstätigkeit". Regierungspräsident Becker, Lüneburg: *„Angesichts derartiger Ereignisse (die Rede ist von Widerstansaktionen) ist der Einsatz der Polizei nicht nur gerechtfertigt, sondern aufgrund der gesetzlich festgelegten Aufgabenzuweisung unbedingt erforderlich."* (EJZ, 22.09.84)

Schreib- und Mobilisierungsverbot für Tag X

Während es bei den Friedensdemonstrationen im Herbst oder bei der Wendlandblockade noch möglich war, öffentlich zu diskutieren und zu mobilisiern, sind mittlerweile alle Schriften, die zum Tag X aufrufen, verboten. Seit dem 19.07. ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Verfasser- und Hersteller der Tag X-Flugblätter und der gelben Tag X-Plakate, mit der Aufschrift „Verhindert die Atommülltransporte ins Wendland."

Begründet werden diese Maßnahmen mit dem § 111 Strafgesetzbuch (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten), dessen Verstoß mit einer Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis zu sühnen sei, und demzufolge aufrufende Personen wie Anstifter zu behandeln seien.

Dieser Paragraph wird erstmals gegen eine soziale Widerstandsbewegung angewandt. Bisher wurde er allein in Fällen von Volksverhetzung (Neo- Nazis) oder gegen die Publizierung von Texten der Roten Armee Fraktion (RAF) angewendet.

Hier die Liste der uns bisher bekannt gewordenen Tag-X-Verfahren, rekonstruiert nach Pressemeldungen:

- **06.08.84**: Das Büro der BI Lüchow-Dannenberg wird nach Tag-X-Aufrufen und Plakaten durchsucht, einzelne Exemplare werden beschlagnahmt.
- **20. 07.84**: Gegen 3 Mitarbeiterinnen des „Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen", die in der Lüneburger Stadtzeitung „Moin" einen Artikel zum Tag X gezeichnet hatten, wird ein Verfahren nach § 111 eingeleitet.
- **29.07.84**: Gegen 2 Bamberger AKW-Gegner werden Ermittlungen eingeleitet wegen „gemeinschaftlicher Aufforderung zu einem gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr." (Der Grund: Bei einer PKW-Kontrolle wurden 30 Tag-X-Plakate beschlagnahmt).
- **06.08.84**: Gegen den Pressesprecher der BI Lü.-Dan. wird ein Verfahren nach § 111 eingeleitet.
- **17.08.84**: Die vier presserechtlich verantwortlichen der atommüllzeitung erhalten polizeiliche Vorladungen nach § 111 wegen des Abdrucks verschiedener Widerstandsartikel zum Tag X in der Ausgabe Nr. 27.
- **28.08.84**: Polizeiliche Durchsuchung des Büros des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie und einer Göttinger Druckerei. In der Druckerei werden 3.000 Plakate beschlagnahmt, gegen den Drucker ein Ermittlungsverfahren nach § 111 eingeleitet. Ebenso wird gegen die beiden presserechtlich verantwortlichen des Atomexpress als angeblich „Verantwortliche" des Arbeitskreises ein § 111 Verfahren eingeleitet. Beide haben bereits wegen Abdruck von Tag X-Artikeln im letzten Atomexpress ein § 111 Verfahren, und wegen Abdruck

einer Erklärung zum Sprengstoffanschlag auf einen Strommast beim AKW-Brokdorf ein Ermittlungsverfahren nach § 140 StGB, Billigung von Straftaten; mit gleichen Paragraphen wurden die Urteile im Radikal-Verfahren gefällt!

-12.09.84: Gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Lüneburger Stadtzeitung „Moin" wird ermittelt wegen § 20 Niedersächsisches Pressegesetz (Fernhalten von strafbarer Inhalte aus der Zeitung)

-19.09.84: Das Büro der BI Lü.-Dan. wird erneut nach Tag X-Materialien durchsucht. In Lüneburg wird das Büro des grünen Kreisverbandes durchsucht und ein Tag X-Plakat aus dem Schaufenster mitgenommen.

-23.09.84: Gegen den Sprecher der Grünen Lüneburg (angeblich verantwortlich für das Büro der Grünen) wird ein Verfahren wegen Beihilfe zur öffentlichen Aufforderung zu Straftaten eingeleitet.

-25.09.84: Am frühen Morgen werden gleichzeitig drei Wohnungen und Kraftfahrzeuge von insgesamt 5 Mitgliedern des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen durchsucht und zahlreiche Papiere beschlagnahmt.

-04.10.84: Das Büro der niedersächsischen Grünen in Hannover wird erfolglos durchsucht.

Der Knackepunkt

Die wilde Staatsjagd auf Tag X-Aufrufe bringt eine gewisse Hilfslosigkeit der Staaatsorgane zu Tage. Sämtliche Versuche, den Widerstand gegen Atomtransporte in Lü.-Dan. zu spalten, sind bisher fehlgeschlagen. Das zeigte sich besonders am 30.April, dem Tag der Wendlanblockade, an der 5.000 Menschen trotz Versammlungsverbot teilnahmen. Seit dem 30.04. war klar,

- daß in Lü.-Dan. die Atomtransporte höchst unbeliebt sind
- daß die Zusammenarbeit zwischen auswärtigen und einheimischen AKW-Gegnern wieder funktioniert.
- daß ein wichtiges politisches Spektrum (über das Lager der Grünen hinaus) bereit ist, Gesetze zu brechen, um Atomtransporte zu verhindern. (vgl. atommüllzeitung, Nr. 27)

6 Tage nach der Wendlandblockade bekannte das niedersächsische Innenministerium, daß die Durchführung der Atomtransporte im Wendland nun doch „problematisch werden könnte."

Das politische Dilemma der Gegenseite wurde verschärft durch die Enthüllung der hochbrisanten Studie über das Gefahrenpotential der Atomtransporte.(siehe S 26) Mit der „Mont Louis" schließlich zerbrachen die letzten Illusionen in die „Sicherheit" der Atomtransporte . Noch vor einem Jahr hätte niemand daran geglaubt, daß es so schnell gelingen würde, die ersten Atommülltransporte ins Wendland wie die Akzeptanz der Atomtransporte überhaupt so massiv in Frage zu stellen. In diese Kerbe weiter zu hauen - auch mithilfe dieser Zeitung! - dürfe jetzt das vordringliche Ziel sein.

Das vorrangige Ziel der Staatsanwaltschaft liegt darin, die mit der Wendlandblockade entwickelte gemeinsame Front der Atomtransportgegner zu spalten.

Aus mitgelauschten Gesprächen innerhalb der Lüneburger Staatsanwaltschaft ist bekannt, daß bei allen Repressalien der letzten Wochen die Akzeptanzfrage, d.h. die Angst, das Maß der Dinge zu überziehen, und unerwünschte Solidarisierungseffekte zu provozieren, eine gewisse Rolle gespielt hat. Insofern war auch das bisherige Vorgehen und das Bündnis der unabhängigen Anti-AKW-Bewegung mit den Grünen die denkbar beste Antwort auf die Tag X-Repressalien

Als Reaktion auf die Beschlagnahme von Tag X-Aufrufen übernahmen es zahlreiche Verbände wie BBU und die Grünen, als Bestelladresse zu fungieren. Nach der Beschlagnahme der Plakate in Göttingen übernahm der grüne Bundesvorstand die Herausgabe weiterer Tag X-Plakate.

Wenn wir so weitermachen, besteht also bei einiger Anstrengung eine reale Chance, auch in Sachen Tag X-Ermittlungen zu sagen: Sie kommen nicht durch!" (Wollen wirs hoffen. d. Sätzer)

Razzia gegen Atommüllzeitung

Am frühen Morgen des 25.09.84 wurden gleichzeitig 3 Wohnungen in Lüneburg und Reppenstedt (bei Lüneburg) von der Lüneburger Staatsanwaltschaft durchsucht.

Kurz vor 8.oo Uhr klingelte es an der Haustür. Ich bin noch im Halbschlaf. 2 Staatsanwälte und 5 Kripo-Beamte stehen vor der Tür und zeigen einen Durchsuchungsbeschluß, der am Vortage vom Amtsgericht Lüneburg (Aping) ausgefertigt wurde.

Er richtet sich gegen 5 angeblich „Verantwortliche" des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen wegen Vergehens nach § 111 StGB. (Wobei 4 von diesen 5 bereits ein Ermittlungsverfahren nach § 111 wegen Veröffentlichung von Diskussionsartikeln zum Tag X in der letzten Ausgabe der atommüllzeitung haben.)

Es wird *„angeordnet die Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume sowie der Person und der Sachen, einschließlich der von ihm benutzten Räume und Sachen der „atommmüllzeitung", weil er verdächtig ist, das Flugblatt sowie das Plakat „Tag X - Verhindert die Atommülltransporte ins Wendland" zu verbreiten; und weil zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zum Auffinden von Beweismitteln führen wird... von Unterlagen über deren Bezug, Bezieher, Verbreitung u. Verbreiter sowie etwaiger sonstiger Flugblätter oder Schriften, in denen in Zusammenhang mit dem sog. „Tag X" zu strafbaren Handlungen aufgerufen wird."*

Jetzt aber zurück zum Ablauf der Durchsuchung. Der Durchsuchungstrupp verlangt, daß alle 6 Leute im Haus geweckt werden und stellt die Personalien fest. Auf die Frage warum sie ausgerechnet auf die Idee kommen hier eine Durchsuchung durchzuführen, kommt die Antwort: *„ Dies sei aus der tageszeitung ermittelt worden, da dort der LAGA als Bestelladresse angegeben ist."* Telefoniert werden darf nur mit ausdrücklicher Genehmigung. Eingehende Telefongespräche werden nicht weitergeleitet. Ich muß mein Zimmer zeigen und eine Erklärung abgeben welche Räume gemeinschaftlich genutzt werden. Nun setzt sich die Durchsuchungsmaschinerie in Gang. Fast 3 Stunden lang wird das Zimmer von 6 Beamten durchsucht. Sämtliche im Raum befindliche Schriftstücke, von der Privatpost, wo jeder Brief angelesen wird, dies beschäftigt einen Beamten allein 1 1/2 Std., über Notizen, Papiere, Akten, Bücher (vielleicht liegt etwas zwischen den Seiten), bis hin zu Konzepten und Unterlagen für die atommüllzeitung. Kein Blatt Papier wird unbeachtet gelassen. Selbst die Brieftasche und Notiz-Kalender vergangener Jahre werden genauestens in Augenschein genommen. Alle Kleidungsstücke werden aus den Schränken geholt und einzeln untersucht; das Bett wird gleich 2 mal durchwühlt, Schränke werden abgerückt, ein Holzklotz, der als Blumenuntersatz dient, wird untersucht ob er nicht ausgehölt ist und etwas im Inneren verborgen ist,selbst vor der schmutzigen Wäsche wird nicht zurückgeschreckt, usw.

Beschlagnahmt wurden Notizen, Diskussionspapiere , Adressen, Telefonnummern, Veranstaltungsankündigungen, Artikelkonzepte für die atommüllzeitung/Atomexpress, die sich mit dem Widerstand gegen Atommülltransporte beschäftigen (Tag X), handschriftliche Aufzeichnungen zur Wendlandblockade, Bekennerschreiben, offensichtlich gefälschtes Schreiben des OKD Lü.-Dan. von 1982 (!), ein Schreiben von Autonomen Wenden hierzu, Zettel „Augen auf im Straßenverkehr" (Autonummern von Zivi-Autos) usw.

Die übereifrigen Kripo-Beamten finden immer wieder neue Papiere u. Zeitungen die ihnen verdächtig vorkommen. So wird der Staatsanwalt (der immer entscheidet, was mitgenommen wird) u.a. gefragt, ob die Zeitschrift „links" oder ein Papier zur Kalkar Demo von 1977(!) zu beschlagnahmen sei.

Insgesamt wurden über 100 Schriftstücke, ca 300 Tag X Flugblätter, 10 Plakate, 5 Aufkleber beschlagnahmt.

Bei der Durchsuchung der Autos wurde ebenfalls sehr gründlich vorgegangen, Öffnen aller Türen, Klappen, der Motorhaube, Fußmatten werden hochgehoben usw. Zur „Spurensicher-

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEDIENST

28.09.1984

-0151S-

Zu den in Lüneburg aufgefundenen Sabotageplänen der Kernkraftgegener erklärte der sicherheitspolitische Experte der CDU/CSU – Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Dr. Rolf Olderog (CDU):

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, die von der Staatsanwaltschaft jetzt in Lüneburg sichergestellten Dokumente über die geplanten Sabotageaktionen von Kernkraftgegnern beweisen unwiderleglich: Im Bundesgebiet ist eine bestens organisierte Szene militanter Gewalttäter entstanden, die unter dem Deckmantel des sogenannten Widerstands bedenkenlos zum Bruch geltenden Rechts entschlossen ist, vorsätzliche Straftaten plant, wie die Straßensperren im Landkreis Lüchow–Dannenberg aus gefällten Bäumen, brennenden Autoreifen und Strohballen zeigen.

Wie nicht anders zu erwarten, reagieren selbst parlamentarische Gremien wie die Grünen auf diese unglaubliche Herausforderung unseres Rechtsstaates mit Aufrufen zur Unterstützung der geplanten Blockadeaktionen. Bestürzender ist, daß auf sozial–demokratischer Seite nur beklommenes Schweigen herrscht, während sich unter aller Augen eine anti–parlamentarische, zur Gewalt entschlossene „Gegenmacht" herausbildet, die mal gegen die Kernkraft, mal gegen Bundeswehrmanöver und selbstverständlich immer gegen die Tätigkeit unserer Sicherheits– und Strafverfolgungsbehörden Sturm läuft. Wer Anleitungen zum Aufreißen von Straßen, zur Sabotage von Eisenbahnlinien und zur Herrstellung von Straßensperren herausgibt und dies in diesen Tagen auch verwirk–licht, wie u.a. Vorkommnisse bei den laufenden Herbstmanövern der Bundeswehr zeigen, hat sich aus dieser Demokratie verabschiedet und will unser freiheitliches Staatswesen letztlich durch eine Diktatur der Ideologen ersetzen.

Für die CDU/CSU Bundestagsfraktion rufe ich zu höchster Wachsamkeit auf. Wir dürfen keine Zustände zulassen, wie sie in der Endzeit der Weimarer Republik herrschten, als die braunen und roten Batallione ihr Unwesen auf den Straßen der ersten deutschen Republick trieben. Den Saboteuren und ihren ideologischen Vordenkern muß das Handwerk gelegt werden.

ung" werden Stoffreste, Ersatz-Tankverschluß, eine Schreibmaschine, unbenutzte Quaste, ein Abfüllventil zum Luftballonaufblasen für Gasflaschen (wird zur Schweißanlage umfunktioniert) ebenfalls mitgenommen.
Bei der 2. Durchsuchung im anderen Haus wird gleich das gesamte Haus durchwühlt. Vom Keller bis zum Dachboden. Zur „Spurensicherung" werden die einzelnen Räume aus verschiedenen Winkeln fotografiert (auch die Küche!). Die Stimmung hier ist wesentlich aggressiver. Es wird auch ein Privatraum von einer im Haus wohnenden Frau durchsucht, obwohl sie namentlich nicht auf dem Durchsuchungsbeschluß genannt ist. Hier nützt auch ein Telefonanruf beim zuständigen Richter nichts: „Gefahr im Verzug".
Eine Solidaritätserklärung mit der atommüllzeitung wegen des § 111 - Verfahrens wird gefunden und mit dem Satz von einem Staatsanwalt kommentiert: *„Es ist wohl nicht so groß mit der Unterstützung. Bisher haben wir kaum Solidaritätsschreiben erhalten."*
Die dritte Wohnung wurde in Abwesenheit der Wohnungsinhaberin durchsucht, da sie sich für 3 Monate im Ausland aufhielt, was der Staatsanwaltschaft auch bekannt war.

Lüneburger Staatsanwaltschaft macht Stimmung

In einer Presseerklärung 2 Tage nach der Razzia präsentiert die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lüneburg ein Papier „Konzept zum Tag X", welches u. a. „belastenden Materialien" bei den Durchsuchungen beim LAGA gefunden wurde.
Es wird darin behauptet, daß die bisherigen drei Bahnanschläge nach dem gefundenen Konzept ausgeführt wurden. Ferner wird ein Zusammenhang mit den seit August 1983 rd. 25 Anschlägen auf Firmen und Einrichtungen, die einen Schaden von etwa 3 Mill. DM verursacht haben, hergestellt. Auch der Tag X soll nach dem Konzeptpapier organisiert sein.
Der LAGA hat in einer Erklärung scharf protestiert „gegen den Versuch der Staatsanwaltschaft mit Scharfmacherei, Stimmungsmache und der Unterschlagung der Wahrheit die Großrazzia gegen Lüneburger Atomkraftgegner nachträglich zu rechtfertigen. Daß von Hunderten von beschlagnahmten Papieren nach den Hausdurchsuchungen von der Staatsanwaltschaft nur ein einziges sogenanntes „Sabotage–Konzept" herausgegriffen wurde, um es als d a s „Konzept der Atomkraftgegner" öffentlichkeitswirksam auszuschlachten, dient ebenso wie die Hausdurchsuchungen dem Ziel, die Aktivitäten des LAGA ganz pauschal in ein kriminelles Licht zu rücken."

Aber auch die CDU nutzte den Anlaß für eine aufputschende und hetzerische Erklärung. Darin wird nicht zurückgeschreckt vor dem Vergleich mit den Wegbereitern des Faschismus (Nebenstehend). Für die nieders. CDU hat der Lü.-Dan. Landtagsabgeordnete Kurt Dieter Grill, den Verantwortlichen für die Propagierung zum Tag X vorgeworfen, systematisch kriminelle Gewaltakte für einen „direkten Angriff auf den Staat" zu planen.
Die scharfmacherische Öffentlichkeitsarbeit dient neben der Vorverurteilung von Atomkraftgegnern eingestandenermassen aber auch noch einem anderen Zweck: *„Wir wollen die Leute abschrecken. ... Ihnen sollen die Augen geöffnet werden. Sie sollen wissen, daß sie sich an gewalttätigen Aktionen beteiligen, wenn sie an Blockaden gegen Atommülltransporte teilnehmen."*
Bekanntlich wurden auch in der Vergangenheit vor Aktionen der Atomkraftgegner (z.B. im Zusammenhang mit dem Atomkraftwerk Brokdorf) immer wieder Greuelmärchen jeder Art verbreitet, um die Bürgerinitiativen abzuschrecken, zu verunsichern und zu spalten.
Besonders erfolgreich waren diese Versuche noch nie und auch für „Tag X" deutet sich an, daß die Gegner der Atomtransporte nicht nach vorgefertigten Strickmustern, wie es die Staatsanwaltschaft suggeriert, sondern auf vielfältige, individuell selbstbestimmte Art und Weise ihren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen werden.

Jetzt wird es Ernst

Das jüngste Vorgehen der Staatsanwaltschaft, vor allem gegen Atomkraftgegner in Göttingen, Lü.-Dan. und Lüneburg zeigt, daß von dieser Seite eine neue Stufe in der Auseinandersetzung um die atomaren Anlagen in Lü.-Dan. beschritten wird. Die presserechtlich Verantwortlichen von atommüllzeitung, Atomexpress werden gleichzeitig als angeblich „Verantwortliche" des Göttinger- bzw. Lüneburger Arbeitskreises gehandelt und haben somit jeweils 2 Ermittlungsverfahren wegen § 111 laufen.
Momentan gehen wir, nicht zuletzt auf Grund der Hausdurchsuchungen in Lüneburg und deren öffentlicher Ausschlachtung davon aus, daß es der Staatsanwaltschaft darum geht, nicht nur zu ermitteln, sondern ganz konkret Anklageschriften zu konstruieren.
Falls es zu einer Anklage nach § 111 kommt und gleichfalls Leute zu hohen Strafen verurteilt werden, weil sie zu Blockaden aufrufen, würde dies ernsthafte Konsequenzen auch für alle übrigen Protest und Widerstandsbewegungen in der BRD haben.

Verfahren gegen linke Zeitungen

Die Masse macht's !

Im Zuge immer stärker werdender Kriminalisierung linker Zeitungsarbeit, wird dies auch zunehmend Mittelpunkt unserer Diskussionen.
War es zuletzt das 129a Verfahren gegen den Atomexpress, das heiße und z.T. sehr kontroverse Diskussionen im Göttinger Arbeitskreis und in der Redaktion auslöste, so sind es jetzt mehrere »kleine« Verfahren (s.o.), die Leute aus dem ' Atomexpress' und der 'atommüllzeitung' betreffen, die deshalb aber keinesfalls ungefährlicher sind.
Die Masse macht's und für die bisherigen presserechtlich Verantwortlichen im 'Atomexpress' muß man jetzt feststellen: Das Maß (an Verfahren) ist voll!
War das letzte Mal noch ein Artikel von den RZ's Anlaß für ein Verfahren, so reicht mittlerweile ein Aufruf zur Wendland-Blockade oder der Vertrieb bzw. der Abdruck von 'Tag X'-Plakaten, um ein Verfahren an den Hals zu kriegen.
Es wird zunehmend deutlich, daß, solange man in irgendeiner Form Widerständisches zu Papier bringt, mit Kriminalisierung gerechnet werden muß. Strafparagraphen gibt es offentsichtlich für alles.
Das mag nun den meisten vertraut und altbekannt klingen, doch ist damit die Frage, wie man als Zeitung auf Dauer damit umgehen soll, nicht geklärt.
Mittlerweile stellt sich nämlich so manchem die Frage, wieweit es unter solchen Bedingungen überhaupt noch sinnvoll ist, eine Zeitung zu machen. Schließlich kann man nicht einfach all das rauslassen, was evtl. kriminalisiert werden könnte, denn dann würde bald nichts mehr außer dem Impressum und Anzeigen in der Zeitung stehen. Wie also reagieren, ohne dabei die Schere im Kopf schnippeln zu lassen?
Jeder linken Zeitung wird inzwischen klargeworden sein, daß es für die Gegenseite einfacher ist eine Zeitung zu kriminalisieren, als eine anders politisch arbeitende Gruppe, da sie für sie faßbarer ist. Ja die letzten Ereignisse in Göttingen und Lüneburg zeigen sogar, daß oft presserechtlich Verantwortliche für Dinge herhalten müssen, die nicht einmal direkt etwas mit der Zeitung als solche zu tun haben. (Bürodurchsuchung im Göttinger Arbeitskreis, Hausdurchsuchungen in Lüneburg, Beschlagnahmungen u.ä. Schikanierungen).
Bleibt also nur noch, das Impressum abzuschaffen und im Untergrund weiterzuarbeiten, oder was?
Dies stellt aber für die Redaktion von Atomexpress/atommüllzeitung keine Alternative zur bisherigen Arbeit dar. Zum einen findet sie es weiterhin politisch richtig, die Zeitung in der Öffentlichkeit zu machen, und zum anderen haben nicht zuletzt die 'radikal-Verfahren' gezeigt, daß auch ein

erfundenes Impressum nicht vor Kriminalisierung schützt: entweder sind es Vereinsvorsitzende, Drucker oder letztlich die Verkäufer, die dann für das Blatt geradestehen müßten.
Das Problem wird also nur über Ecken auf andere Personen weitergeleitet. Gänzlich entziehen kann man sich einer Kriminalisierung anscheinend nicht.

Unnötiges Risiko vermeiden - Nötiges Risiko in Kauf nehmen

Während und nach des 129a Verfahrens gegen den 'Atomexpress', was schließlich wegen der großen Solidarisierung und mangels Erfolgsaussicht in einem Vergehen gegen § 20 niedersächs. Pressegesetz endete, gingen die Diskussionen im 'Atomexpress' hauptsächlich um den Abdruck von Erklärungen, die ein 129a Verfahren zur Folge haben könnten.

Auch hierbei wurde deutlich, daß grundsätzlich die Auseinandersetzung mit Widerstandsformen wie Sabotage oder Aktionserklärungen nicht aus der Zeitung gestrichen werden darf, nur sollte hierbei ein unnötiges oder nicht mehr zu verkraftendes Risiko vermieden werden.
Ein Risiko in Kauf genommen wird allerdings weiterhin bei allen Dingen, die inhaltlich nicht wegzudenken sind, Diskussionen vorantreiben, mobilisierend wirken, kurzum, Dinge, die die vorliegende Zeitung als Zeitung der Bewegung gegen Atomanlagen ausmachen.

Dringend nötig wäre es, das Risiko einer Kriminalisierung und schrittweisen Zerschlagung der Zeitungsarbeit bereits im Vorfeld so gering wie möglich halten zu können. Genauso wie man sich vor Demos Gedanken darüber macht, durch welche Taktik Verhaftungen am besten aus dem Wege gegangen werden kann, bräuchte man ähnliche Überlegungen für's Zeitungmachen.
Wir schlagen vor, das Ganze einmal in einem größeren Rahmen zu diskutieren, Z.B. im Rahmen der Kriminalisierung AG auf der Bundeskonferenz am 23.-25.11. in Braunschweig.
Ein Ziel der Überlegungen könnte sein, durch was man sich wieder mehr Freiräume in der Zeitungsarbeit erkämpfen könnte bzw. dieser Zensur auf Dauer etwas entgegensetzen kann.

Krasse Zeiten

Am Mittwoch, den 29.8.84, wurde in Wiesbaden gegen 10 Uhr der Umweltladen des »Arbeitskreises Umweltschutz« und anderer Initiativen von Beamten der Politischen Polizei Wiesbaden durchsucht. Die Durchsuchung wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt veranlaßt.
Das OLG ermittelt gegen die Rhein-Main-Zeitung »Krasse Zeiten - Graue Morgen«, bzw. gegen den Umweltladen, als von uns angegebene Kontaktadresse, wegen § 129a, also Unterstützung bzw. Werbung für eine terroristische Vereinigung.
Konkreter Anlaß ist die Dokumentation von Erklärungen in Krasse Zeiten Nr. 6 und 7, mit der wir angeblich für »terroristische Vereinigungen« wie RAF, RZ, sowie »Autonome Revolutionäre Aktion« und deren Zielsetzungen geworben haben sollen.
Von einem Ermittlungsverfahren ist konkret der Anmieter des Umweltladens betroffen.
Diese »Dokumentationen« in der Krasse Zeiten bieten natürlich den Anlaß für die Einschüchterung und Kriminalisierung einer Zeitung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, unzensierte Öffentlichkeit über unbequeme politische Meinungen herzustellen. Wir werden zu gegebener Zeit versuchen relevant Stellung zu beziehen.

Krasse Zeiten

Eschhausheft

Am 23.6.84 bekamen der presserechtlich Verantwortliche des Eschhausheftes (EHH) sowie drei Drucker des Basis Druck (Druckerei des EHH) eine Vorladung zur Vernehmung. Gastgeber war das LKA Düsseldorf. Grund hierfür war der §129a, Werbung für eine terroristische Vereinigung.
Die Ursache war erst einmal unbekannt. Nach einiger Forschungsarbeit war es dann klar: Es handelte sich um den Abdruck einer Erklärung der RZ (Revolutionäre Zellen) zu einem Anschlag auf das VRR-Gebäude in Gelsenkirchen, zu lesen im EHH 2/84.
Aus einer Erklärung des EHH dazu:
»Ein Anspruch des EHH ist es, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Wir machen die Zeitung mit dem Ziel, Gruppen die Möglichkeiten zu geben, sich selbst darzustellen, allgemeinpolitisches Weltgeschehen zu dokumentieren und Diskussionen in und ums Eschhaus zu führen. Also kurzum, es soll eine Öffentlichkeit geschaffen werden, die Voraussetzung, um überhaupt inhaltliche Diskussionen und Auseinandersetzungen führen zu können...
Wir wollen, daß wir und alle anderen Zeitungen unzensiert die Informationen und Meinungen veröffentlichen können, die wir für wichtig halten und fordern deshalb:

Abschaffung des § 129 a !

KURZÜBERSICHT ÜBER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN DEN ATOM EXPRESS

10/79	Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lüneburg ermittelt gegen zwei pressrechtlich verantwortliche Redakteure wegen Nötigung (§ 240 StGB)	Das Verfahren wird nach § 153a StPO ("geringe Schuld d. Angeklagten) gegen eine Geldbuße eingestellt.
11/79	Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen ermittelt gegen einen Atom Express-Redakteur erneut wegen Nötigung (§ 240 StGB)	Das Ermittlungsverfahren wird eingestellt.
2/82	Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen ermittelt gegen die presserechtlich verantwortlichen Redakteure wegen Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz	Das Verfahren wird nach § 153 eingestellt.
4/83	Der Zeitungsverlag DuMont/Schauberg macht Titel- und Warenzeichenrechte am namen "Express" geltend und fordert bei Androhung einer Zivilklage (Streitwert: 50.000 DM) die Streichung des Namens "Atom EXpress"	zurückgewiesen; zu der angedrohten Klage kommt es wegen der unhaltbaren Rechtslage nicht.
3/83	Die Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle ermittelt gegen vier namentlich benannte Atom Express-Redakteure und weitere "Unbekannte" wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Das ERmittlungsverfahren ist von mehreren Hausdurchsuchungen sowie Post-, Telefon- und Wohnungsüberwachung der Betroffenen begeleitet.	Das Verfahren wird eingestellt.
4/83	Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen ermittelt in derselben Sache wegen Verstoß gegen § 20 Nds. PG	Die Angeklagten werden zu einer Geldstrafe von 600.- DM verurteilt.
7/84	Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen ermittelt gegen die presserechtlich Verantwortlichen wegen der Billigung von Straftaten (§140 StGB)	- ? -
8/84	Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen ermittelt gegen die presserechtlich Verantwortlichen wegen des Aufrufens zu Straftaten (§ 111 StGB)	- ? -

§ 110. (weggefallen)

§ 111. Öffentliche Aufforderung zu Straftaten. (1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) zu einer rechtswidrigen Tat auffordert, wird wie ein Anstifter (§ 26) bestraft.

(2) Bleibt die Aufforderung ohne Erfolg, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe. Die Strafe darf nicht schwerer sein als die, die für den Fall angedroht ist, daß die Aufforderung Erfolg hat (Absatz 1); § 49 Abs. 1 Nr. 2 ist anzuwenden.

§ 126. Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. einen der in § 125a Satz 2 Nr. 1 bis 4 bezeichneten Fälle des Landfriedensbruchs,
2. einen Mord, Totschlag oder Völkermord (§§ 211, 212, 220a),
3. eine Körperverletzung in den Fällen des § 225 oder eine Vergiftung (§ 229),
4. eine Straftat gegen die persönliche Freiheit in den Fällen der §§ 234, 234a, 239a oder 239b,
5. einen Raub oder eine räuberische Erpressung (§§ 249 bis 251, 255),
6. ein gemeingefährliches Verbrechen in den Fällen der §§ 306 bis 308, 310b Abs. 1 bis 3, des § 311 Abs. 1 bis 3, des § 311a Abs. 1 bis 3, der §§ 312, 313 Abs. 1, des § 315 Abs. 3, des § 315b Abs. 3, des § 316a Abs. 1, des § 316c Abs. 1, 2, des § 321 Abs. 2, des § 324 oder
7. ein gemeingefährliches Vergehen in den Fällen des § 316b Abs. 1, des § 317 Abs. 1 oder des § 321 Abs. 1

androht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wider besseres Wissen vortäuscht, die Verwirklichung einer der in Absatz 1 genannten rechtswidrigen Taten stehe bevor.

§ 140. Belohnung und Billigung von Straftaten. Wer eine der in § 138 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 und in § 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten, nachdem sie begangen oder in strafbarer Weise versucht worden ist,

1. belohnt oder
2. in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) billigt,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

TIPS

SCHWARZER FADEN
Anarchistische Vierteljahresschrift

Der »Schwarze Faden« soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analyseansätze und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen.

★

Inhalt von Nr. 14 (2/84), 64 Seiten:
Überlegungen zum Thema »Arbeit« ★ 35-Stunden-Woche ★ Cruise-Stationierung auf U-Booten ★ US-Stützpunkt ★ Aufruf an Anarcha-Frauen ★ Europa-Wahl-Boykott ★ S. Gesell- Diskussion ★ Briefe und Leserbriefe ★ Interview mit Augustin Souchy ★ Die lange Hoffnung ★ Tolstojs Reformpädagogik ★ Jede Erziehung ist staatserhaltend ★ »Ökolibertäre« ★ Kirchenaustritte ★ Mühsam-Rezeption

Inhalt von Nr. 15 (3/84), 64 Seiten:
Überlegungen zum Thema »Automatisierung« ★ Hacker aus Hamburg ★ Anti-Kriegs-Museum, ein Interview ★ Faschismus-Antifaschismus ★ Omori – Freiraum ★ ›Mexikanischer Totenkult‹ von Augustin Souchy ★ ›Oskar Kanehl‹ von Otto Reimers ★ Antipädagogik contra Libertäre Pädagogik, eine Debatte ★ S. Gesell-Diskussion ★ Projektemesse ★ Nachschlag zur Europawahl ★ Anarcho-Comics u.v.a.m.

Einzelnummer: DM 4,–
Abonnement: DM 15,–/ 4 Nummern
Probehefte nur gegen Rückporto
Postscheckkonto Stgt, F. Kamann
Kontonummer: 57463–703

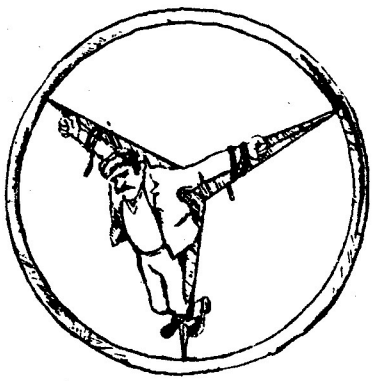
Redaktion Schwarzer Faden
Obere Weibermarktstraße 3
7410 Reutlingen

Themenbereich Dritte Welt

GEB

»Loseblattsammlung« Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

NEUERSCHEINUNG



Türken in Deutschland

Die Themen der bisher erschienen Hefte sind: Nicaragua · Peru · Zigeuner · Iran · Welthandel · Kolonialismus · Welthandel II · Bolivien · Imperialismus Großtechnologie/Brasilien · Tourismus · Modernisierung des Elends · Waffenexport · Politische Flüchtlinge

Umfang ca. 32 Seiten; A 4 Format; kopierfähig; 4 Ausgaben / Jahr

Preis der Einzelnummer: DM 6,—

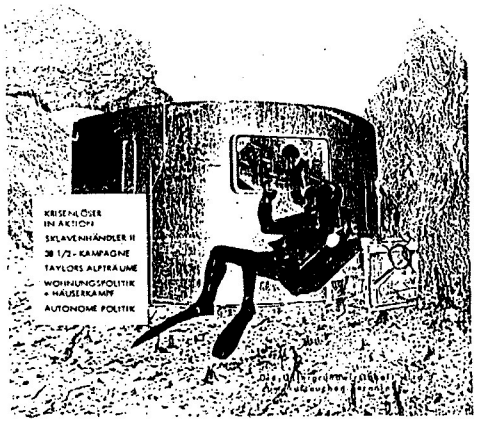
Abo: (6 Nummern) DM 36,— ab Nr. 13 folgende; sonst DM 30,—

Bezug: GEB · Sandstr. 15 · 7800 Freiburg

Achtung!
Bestellungen des Buchhandels an:
regenbogen buchvertrieb
Seelingstr. 47 · 1 Berlin 19

KARLSRUHER
STADTZEITUNG

NR. 33 SEPTEMBER 84 2,50 DM



Karlsruher Stadtzeitung Nr. 33 ist erschienen

Inhalt: Krisenlöser in Aktion - gegen die Klasse
Sklavenhändler Teil II - Schattenwirtschaft
38 1/2 - so naß sind wir noch nie geworden
Taylors Alpträume - Arbeitswissenschaften
Wohnungspolitik und Häuserkampf in Westberlin
Thesenpapier zu autonomer Politik u.v.a.
Bestellung: fürn Einzelheft 2,50+0,70 Porto,
fürn Abo 10 DM für 4 Nummern überweisen
auf Konto 1257 03-755 Postgiroamt Karlsruhe
Karlsruher Stadtzeitung Postfach 3644
7500 Karlsruhe 1 Tel. 0721/591261

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Der Preis der Wie

Spätestens Ende 1984/Anfang 1985 wird die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) entscheiden, ob die geplante deutsche Wiederaufarbeitungsanlage im niedersächsischen Dragahn oder im bayerischen Wackersdorf stehen soll. Im nächsten Jahr will sie mit dem Bau beginnen; 1992 soll die Anlage den „heißen" Betrieb aufnehmen.

Damit will die DWK einem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern aus dem Jahr 1979 entsprechen, der verlangt, daß eine Wiederaufarbeitungsanlage so zügig wie möglich gebaut werde. Die Entsorgung der bundesdeutschen Atomkraftwerke müsse gewährleistet werden.

Mit dem Purex-Verfahren, das in der Versuchs-Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe (WAK) seit einigen Jahren erprobt wird, soll aus verbrauchten Brennstäben wiederverwertbares Uran extrahiert und Plutonium als Brennstoff für den Schnellen Brüter gewonnen werden. Die dabei entstehenden hochaktiven flüssigen Abfälle müssen allerdings weiter „entsorgt" werden. Ein geringer Teil radioaktiver Spaltprodukte wird auch beim störungsfreien Betrieb einer solchen Anlage in die Atmosphäre gelangen.

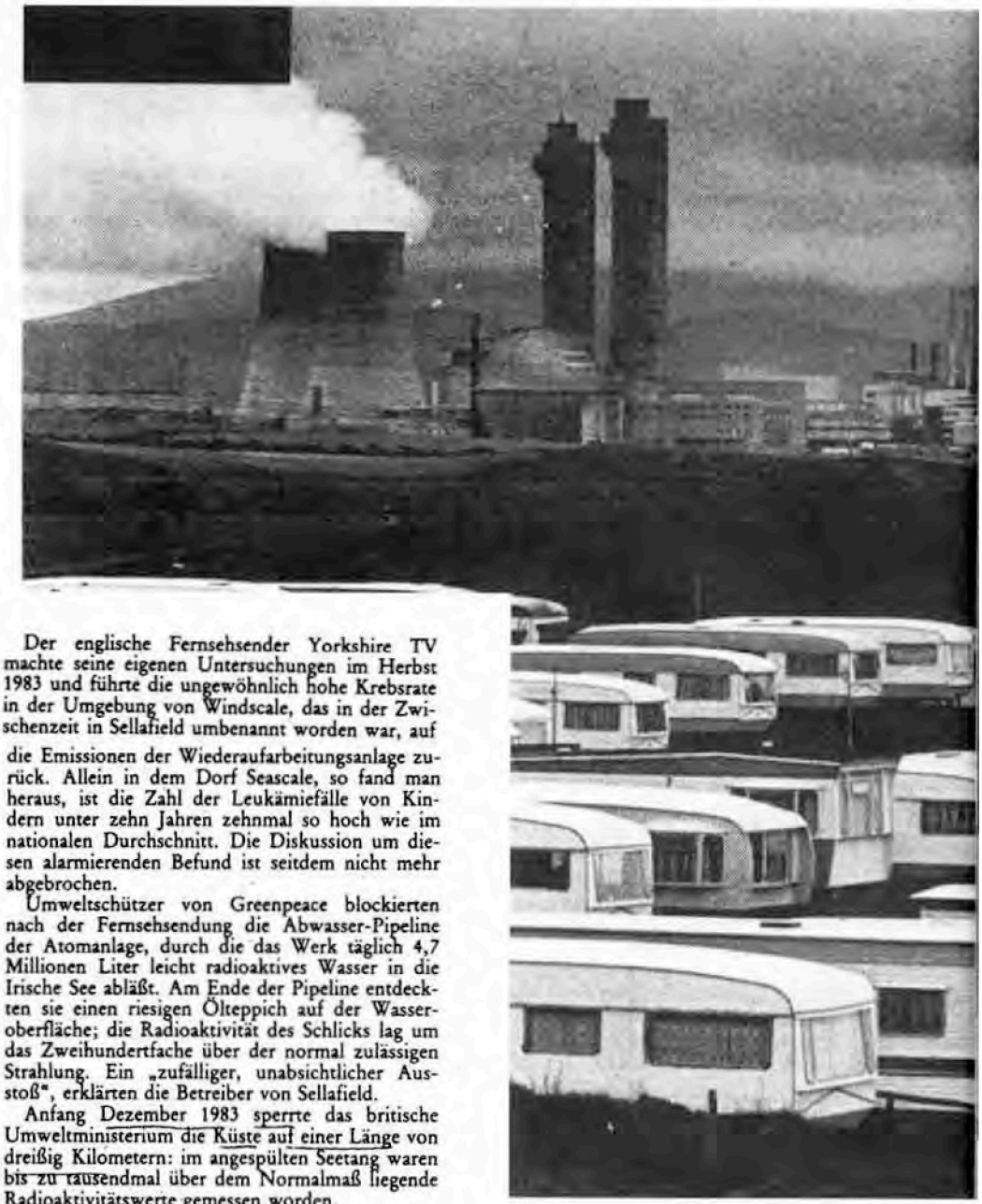
Welche Gefahren davon ausgehen, haben neuere Untersuchungen in der Umgebung der englischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield (früher Windscale) gezeigt. Was hat Sellafield mit Dragahn oder Wackersdorf zu tun?

Die in Sellafield betriebene Anlage ist zwar technisch nicht mit dem geplanten deutschen Werk vergleichbar, aber der Ausstoß von gasförmigen radioaktiven Spaltprodukten (zum Beispiel Krypton 85) in die Atmosphäre liegt in einer ähnlichen Größenordnung.

Die Geschichte von Windscale ist eine Geschichte gefährlicher Störfälle. Technische Schwierigkeiten können auch von deutschen Atomingenieuren nicht ausgeschlossen werden. In der WAK, dem Vorbild der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage, kam es zu jahrelangen Stillständen. Das hochgiftige Plutonium wurde in geringen Mengen sowohl in Bodenproben in der Umgebung der Karlsruher WAK als auch bei Werksangehörigen im Stuhl festgestellt.

Am 10. Oktober 1957 brach in einem Reaktor der Wiederaufarbeitungsanlage Windscale Feuer aus. Windscale ist die älteste und größte atomare Wiederaufarbeitungsanlage der Welt; sie steht in unmittelbarer Nähe von Seascale, einem kleinen Dorf an der nordenglischen Westküste. Zwischen 10 000 und 20 000 Curie radioaktives Jod 131 verpufften bei dem Brand in die Atmosphäre. Eine Parlamentskommission befand damals, es sei niemand zu Schaden gekommen.

Im Jahr 1980 kamen Umweltschützer der *Political Ecology Research Group* zu dem Schluß, daß der radioaktive Ausstoß rund 250 Krebsfälle – darunter zehn bis zwanzig mit tödlichem Ausgang – zur Folge hatte. Renommierte Wissenschaftler und die Atomindustrie wiesen diesen Bericht als unqualifiziert zurück. Zwei Jahre später überprüfte die Aufsichtsbehörde *National Radiological Protection Board* die Daten noch einmal und bestätigte die Erkenntnisse der Umweltschützer.



Der englische Fernsehsender Yorkshire TV machte seine eigenen Untersuchungen im Herbst 1983 und führte die ungewöhnlich hohe Krebsrate in der Umgebung von Windscale, das in der Zwischenzeit in Sellafield umbenannt worden war, auf die Emissionen der Wiederaufarbeitungsanlage zurück. Allein in dem Dorf Seascale, so fand man heraus, ist die Zahl der Leukämiefälle von Kindern unter zehn Jahren zehnmal so hoch wie im nationalen Durchschnitt. Die Diskussion um diesen alarmierenden Befund ist seitdem nicht mehr abgebrochen.

Umweltschützer von Greenpeace blockierten nach der Fernsehsendung die Abwasser-Pipeline der Atomanlage, durch die das Werk täglich 4,7 Millionen Liter leicht radioaktives Wasser in die Irische See abläßt. Am Ende der Pipeline entdeckten sie einen riesigen Ölteppich auf der Wasseroberfläche; die Radioaktivität des Schlicks lag um das Zweihundertfache über der normal zulässigen Strahlung. Ein „zufälliger, unabsichtlicher Ausstoß", erklärten die Betreiber von Sellafield.

Anfang Dezember 1983 sperrte das britische Umweltministerium die Küste auf einer Länge von dreißig Kilometern: im angespülten Seetang waren bis zu tausendmal über dem Normalmaß liegende Radioaktivitätswerte gemessen worden.

In Sellafield werden jährlich rund 1000 Tonnen Brennstäbe aus britischen Atomkraftwerken aufgearbeitet. In der kommerziellen Wiederaufarbeitungsanlage wird aus den Rückständen der Atomindustrie Plutonium für zivile und militärische Zwecke gewonnen (siehe Kasten, S. 10). Auf dem Grund der Irischen See, so schätzen Experten, haben sich seit der Inbetriebnahme von Sellafield im Jahre 1952 rund eine Vierteltonne Plutonium und andere hochgiftige Substanzen abgelagert – Stoffe, die bis zu 100 000 Jahre radioaktiv bleiben.

„Wiederaufarbeitung ist ein schmutziges Geschäft. Es ist gefährlich, und es passieren leicht Fehler", resümiert Peter Taylor, ein Wissenschaftler der *Political Ecology Research Group* in Oxford seine jahrelangen Beobachtungen des Wiederaufarbeitungsbetriebs.

Die Menschen in der Gegend um Sellafield in der Grafschaft Cumbria sind womöglich der weltweit höchsten Dosis radioaktiver Dauerstrahlung ausgesetzt. Jahrzehntelang haben sie dieser Tatsache, sofern sie ihnen überhaupt bekannt war, wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Sie haben den Versicherungen der Betreibergesellschaft, der British Nuclear Fuels Ltd., geglaubt, daß diese Strahlendosis keine Gefahr für ihre Gesundheit darstelle.

Seit letztem Herbst hat sich die Meinung vieler Leute in Cumbria geändert. Sie haben Angst vor dem Werk, durch dessen Kamine und Abwasserrohre Stoffe abgelassen werden, deren Gefährlichkeit sie nicht wahrnehmen können. Sie mißtrauen den Managern von Sellafield, die zwar kleine Mißgeschicke einräumen, ansonsten aber beteuern, es bestünde keine Gefahr.

deraufarbeitung

Der Campingplatz von Braystone, zwei Kilometer vor der nuklearen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield

Im April dieses Jahres wurde bei einem zweijährigen Mädchen aus Seascale Lymphdrüsenkrebs diagnostiziert – eine Krebsform, die unter anderem durch Strahlung verursacht wird. Die statistische Wahrscheinlichkeit für Kinder in Seascale, an Krebs zu erkranken, ist 1 zu 60.

Plutonium im Staubsauger

Dr. Barry Walker, Arzt in Seascale, hat selber Kinder. Vor wenigen Jahren ist er mit seiner Familie aus Cambridge hierher gezogen, heim in die Gegend, aus der er stammt. Jetzt wohnt er an einem Strand, von dem die Behörden abrieten, ihn zu betreten. „Was werden die Kinder im Sommer tun?", fragte damals Barry Walker. „Sie gehen nicht am Strand ‚spazieren', sie spielen, essen Sand und sammeln Muscheln, tun alles, was Kinder mit zwei oder drei Jahren eben tun."

Jake Kelly, der Chef der Presseabteilung der Wiederaufarbeitungsanlage wiegelt ab: „Jeder, der hier lebt und arbeitet, ist sehr besorgt. Ich wohne in einem anderen Dorf, zwei Meilen von hier. Das wirklich Gefährliche aber ist, daß Leute sagen, wenn es eine höhere Leukämierate in Seascale gibt, *muß* Sellafield die Ursache sein."

Kelly gesteht immerhin: „Es muß in dieser Gegend eine höhere Strahlung geben, weil wir Radioaktivität in die Irische See ablassen." Aber nicht dies sei „die entscheidende Frage, sondern ob diese Radioaktivität Schaden anrichtet". Solange nicht bewiesen sei, daß das Werk die Krebsfälle in der Umgebung verursacht hat, solange könne weitergearbeitet werden.

Der Gedanke ist typisch für die Logik der Atomindustrie. Beweisen – im strengen Sinne – können nämlich die Kritiker den Zusammenhang von Radioaktivität und Krebshäufung nicht. Der Arzt Barry Walker glaubt, die besonderen Formen von Krebs in Seascale würden durch Strahlung verursacht; denn: „Es gibt diese Atomfabrik direkt hier hinter meinem Rücken. Wir sollten sicherstellen, daß sie *nicht* die Ursache ist." Bis das ganz sicher sei, sollten die Konsequenzen gezogen, der radioaktive Ausstoß gestoppt werden.

Es gibt zu viele Krebserkrankungen in diesem Gebiet, das eine gesunde, ländliche Gegend sein müßte, meint auch der Bauer Tyson Dawson. Aber er ist sehr zurückhaltend, denn er möchte seine Farm vergrößern. Das Land, das er bewirtschaftet, gehört der Nuclear Fuels, auch die Felder, die er hinzupachten will. Beim Füttern seiner Schafe erzählt er dennoch, was er sieben, acht Jahre lang beobachtet hat: „Ich hatte Probleme mit jüngeren Tieren, die ein paar Monate alt waren. Sie bekamen kleine Wucherungen am Maul

und im Gesicht, auch an den Beinen und an anderen Teilen des Körpers, schreckliche krebsartige Wucherungen. Anderen Kälbern und Lämmern fehlten schon bei ihrer Geburt an manchen Teilen des Körpers Haut und Haare – da war nur nacktes Fleisch, verstümmelte Zungen, verstümmelte Ohren und Mißbildungen der Gliedmaßen."

Bauer Dawson glaubt die Ursachen dafür zu kennen. Seine Tiere haben immer aus dem Calder River getrunken, einem Fluß, der durch das Werksgelände der Wiederaufarbeitungsanlage fließt. „Es gab ein Jahr, in dem die Schafe in zwei Herden geteilt waren. Eine hatte Zugang zu dem Fluß, die andere nicht. Mißbildungen traten nur bei jenen Tieren auf, die Zugang zu dem Fluß hatten, die anderen waren völlig gesund. Damals sagte ich mir, daß es von dem Fluß kommen mußte, aus dem Gebiet, durch das er fließt."

Inzwischen hat Nuclear Fuels den Calder River durch Zäune vom Farmland abgetrennt. Seitdem hat Bauer Dawson keine Mißbildungen bei seinen Tieren mehr beobachten können.

Ravenglass ist ein kleiner Fischerort zehn Kilometer südlich von Sellafield. Am Strand mißt eine Kolonne von Arbeitern der Nuclear Fuels mit Geigerzählern die Strahlung des Schlicks, den die Ebbe freigelegt hat. Das Tacken der Meßinstrumente ist weithin zu hören. Eine gespenstische Szene. „Was Sie hören, das knackende Geräusch, das ist gar nichts", sagt Peter Peterson, ein Fischer. „Wenn es rrrrr macht", er imitiert das Geräusch eines stark ausschlagenden Geigerzählers, „dann ist was los, dann ist es das Tausendfache der natürlichen Strahlung."

Immer wieder werden Teerreste, die sich aus der Innenverkleidung der Pipeline der Wiederaufarbeitungsanlage lösen, ins Meer hinausgetrieben und von der Flut an den Strand zurückgespült. Überall findet man sie, auch im Hafen des 22 Kilometer nördlich der Anlage liegenden Städtchens Whitehaven, wie die *Whitehaven News* berichtet. Das sind die *Hot spots*, nach denen die Männer der Nuclear Fuels unten am Strand suchen. In diesen Teerklumpen, in angeschwemmtem Seetang und in den Algen konzentriert sich die Radioaktivität. Die Berührung mit ihnen verabreicht schon in wenigen Minuten jene Strahlendosis, der ein Mensch höchstens innerhalb eines Jahres ausgesetzt sein darf.

Ravenglass ist ein Fischerort. Aber seit Jahren kommen im Sommer auch Ausflügler und Schulklassen in großer Zahl an die schöne Küste. „Hier war alles überfüllt", erzählt Peter Peterson, „dieser Parkplatz da drüben war gerammelt voll. Jetzt ist das nicht mehr so." Nicht nur, daß keine Touristen mehr nach Ravenglass kommen, viele Bewohner wollen den Ort verlassen. An den Häusern sind Schilder angebracht: Zu verkaufen.

Chris Merlin und seine Frau waren unter den ersten, die ihr Haus loswerden wollten, ein wunderschönes Haus mit Blick auf die Bucht von Ravenglass. In ihrem Staubsaugerbeutel war Plutonium gefunden worden. Sie haben das Haus nach fünf Jahren noch immer nicht verkaufen können, niemand will es haben. Jetzt sind sie trotzdem weggezogen, vor allem wegen der Kinder.

No future in Cumbria? „Ich glaube nicht, daß es hier eine Zukunft geben wird", fürchtet Peter Peterson. „Sie können nichts mehr machen. Das Gift ist hier, und es wird die nächsten zehntausend Jahre hier sein." Der 64jährige Fischer hat resigniert. Kampf, Widerstand gar gegen die Anlage, die seinen ureigenen Lebensbereich verseucht, hat es bei ihm nicht gegeben. „Aber, die Kinder – ich habe einen Sohn und eine Tochter –, sie werden leiden, nicht ich."

Joe und Eric Stevenson sind Fischer in Askam, 40 Kilometer südlich von Sellafield. Auch ihr Vater ist Fischer gewesen. Ihr Beruf ist ihr Leben. Fisch ist das Grundnahrungsmittel an der Küste von Cumbria. Früher haben die Leute gleich bei den Fischern gekauft. „Jetzt kommen sie nicht mehr, denn sie haben Angst, sie erhalten kontaminierten Fisch." „Und wissen Sie", fügt Joe Stevenson hinzu, „ich bin mir ganz sicher, daß er verseucht ist." Joe, der sich sein Leben lang von Fisch ernährt hat, ißt jetzt kaum noch welchen und weiß nicht, ob er nicht ganz damit aufhören soll. Er erzählt, daß sein Hund gestorben ist. Der Tierarzt sagte, der Hund habe eine bei Tieren ganz seltene Krankheit gehabt, eine Art von Leukämie. Joe Stevenson führt den Tod seines Hundes darauf zurück, daß er ihn immer mit Fisch gefüttert hat.

Niedergeschlagen sind diese Menschen, bedrückt, aber trotzdem sehr offen. Sie wollen, daß an die Öffentlichkeit kommt, was sie bedroht, denn sie fühlen sich betrogen um ihre natürliche Lebensgrundlage: um das Meer, in dem sie fischen, um die Luft, die sie atmen, um den Boden, den sie bewirtschaften. Joe und Eric Stevenson wollen es trotzdem noch einmal probieren. „Mal sehen, wie es läuft. Aber wenn wir unseren Fisch nicht verkaufen können, dann müssen wir versuchen, unsere Boote zu verkaufen, und das ist ein Verlust wie – ", Joe Stevenson stockt für einen Moment, „wie das Ende unseres Lebens."

Joan King aus Egremont ist Witwe. Ihr Mann arbeitete in der Wiederaufarbeitungsanlage. Schon 1951, in der Aufbauphase des Werks, hat er dort begonnen. Er hatte damals keine große Wahl, denn es gab nicht viel Arbeit in dieser Gegend, erinnert sich Frau King. Die Alternative hieß, Sozialhilfeempfänger zu werden oder im Werk zu arbeiten. Harry King entschied sich für die Arbeit. Es sah ja auch niemand eine Gefahr darin, damals. 1973 starb er.

100 fragwürdige Todesfälle

Joan King erzählt: „1961, zehn Jahre nachdem er in Windscale angefangen hatte, arbeitete er im Plutoniumgebäude. Er kam eines Montags nach Hause und sagte, das Gebäude wird zugemacht, weil sie festgestellt haben, daß wir alle Plutoniumstaub eingeatmet haben. Er glaubte, eine ziemlich große Dosis abbekommen zu haben. Einige Zeit danach begannen sich seine Zähne aus dem Zahnfleisch zu lösen. Der Zahnarzt konnte nicht verstehen, warum sie ausfielen. Von da an wußten wir, daß etwas nicht in Ordnung war. Dann wurden seine Haare weiß und gingen aus. Er fing an, doppelt zu sehen. Sie geben zu, daß die Strahlung Grauen Star verursacht. Im Lauf von vier Jahren mußte er sich neun Operationen unterziehen, um sein Augenlicht zu retten. Schließlich hat Nuclear Fuels meinen Mann im Alter von 48 Jahren in Pension geschickt. Ende 1972 hat seine Verwirrung angefangen. Im April 1973 ging er schließlich ins Krankenhaus nach Newcastle. Elf Tage später starb er."

Erst lange nach seinem Tod erfuhr Frau King aus einer Fernsehsendung, daß ihr Mann insgesamt 23 Strahlenunfälle erlitten hat. Sie hat von Nuclear Fuels eine Ausgleichszahlung erhalten. Einige Witwen, deren Männer in der Wiederaufarbeitungsanlage tätig waren, bekamen solche Zahlungen schon vor ihr – nach langwierigen, zähen Verhandlungen, bei denen die Gesellschaft nie die Verantwortung für den Tod eines ihrer Arbeiter übernommen hat.

Harry Kings Leiche ist von den Ärzten der Nuclear Fuels seziert worden. Sie fanden Spuren von Plutonium im Gehirn, in den Augen, in den Knochen, in der Leber, in insgesamt sechs Körperteilen. Aber dies sei nicht eine Dosis, die ihn getötet haben konnte – befanden die Ärzte.

Es ist schwer zu verstehen, wie Nuclear Fuels die Kompensationszahlungen begründet und doch keine Verantwortung für den Tod ihrer Arbeiter übernimmt. „Bei so vielen Arbeitern", erklärt jedoch Less Tuley, ein Pressesprecher der Gesellschaft, „werden sicher einige an Krebs sterben. Aber es gibt keine medizinischen Anzeichen dafür, daß der Grund darin liegt, daß sie hier arbeiten. Wenn sie kontaminiert wurden, bleibt freilich immer ein Zweifel. Die Gesellschaft hat deshalb akzeptiert, daß sie möglicherweise an Krebs erkrankten, weil sie hier arbeiteten."

Nuclear Fuels hat sich mit den Gewerkschaften sogar auf ein Schema für die Abfindungen geeinigt. Es gibt eine „gleitende Abfindungsskala": Alter des Erkrankten und Art des Krebses werden zur Bemessungsgrundlage genommen. Joan King hat mit anderen Witwen von Nuclear-Fuels-Arbeitern Kontakt aufgenommen. Sie hat herausgefunden, daß etwa 100 Forderungen nach Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft gestellt worden sind; das sind 100 fragwürdige Todesfälle.

In Barrow-on-Furness, einer kleinen Hafenstadt 30 Kilometer südlich von Sellafield, wurde 1980 die *Barrow & District Action Group* gegründet. „Wir sind kein Diskussionsverein, der bloß herumsitzt und die Dinge theoretisch betrachtet", erzählt Jean Emery. „Wir wollen etwas tun. Das bedeutet manchmal, sich hinsetzen und einen Brief schreiben; es bedeutet auch, in Schlauchbooten hinausfahren und sich vor Schiffe manövrieren, auf Kräne steigen und Züge stoppen. Es bedeutet, Abgeordnete zu bearbeiten, alles zu tun, was möglich ist, um die Verseuchung der Umwelt durch die Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield auf friedlichem Wege zu stoppen."

Die tägliche Arbeit, die Jean Emery und Irene Branskill im Büro der Gruppe leisten, ist in erster Linie das Zusammentragen von wissenschaftlichen Informationen – und deren Übersetzung in eine Sprache, die jeder verstehen kann.

Zu den wichtigsten Grundlagen der Kritiker gehören die Forschungsergebnisse von Rosalie Bertell vom Rosewell Park Institute in Buffalo, in den

Warntafel an der Wiederaufarbeitungsanlage

„Es ist technisch möglich, keinerlei Ausstoß zu haben. Aber die Kosten für ein solches Verfahren wären so hoch, daß die Atomkraft wirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen wäre."
Less Tuley, Nuclear Fuels

Verseuchter Strand von Seascale und die Irische See

„Wenn wir unseren Fisch nicht verkaufen können, dann müssen wir versuchen, unsere Boote zu verkaufen, und das ist ein Verlust – es ist wie das Ende unseres Lebens."
Joe Stevenson, Fischer

Vereinigten Staaten. Sie hat sich mit den Langzeitfolgen von Niedrigstrahlung befaßt und kommt zu dem Schluß, daß die Menschen bei einem Anstieg der Niedrigstrahlung schneller altern: „Sie werden früher an Altersleiden wie Herzkrankheiten, Diabetes und natürlich Krebs und Leukämie erkranken. Der Schaden, der durch Niedrigstrahlung erzeugt wird, kann auch im Sperma und in den Eizellen der nächsten Generation wieder auftreten, so daß er von einer Generation auf die nächste übertragen wird. Das ist keine dramatische Entwicklung. Aber es bedeutet: immer mehr Kinder mit Asthma, schweren Allergien, frühen Herzkrankheiten und Diabetes. Diese bereits vor der Geburt geschädigten Kinder werden wiederum viel anfälliger für weitere Schäden durch Radioaktivität sein. Damit bringen wir einen Faktor in die Umwelt, der eine zunehmende Schädigung künftiger Generationen bewirken wird."

Die Umweltschützerin Irene Branskill hat über die Gefahren, die von der Wiederaufarbeitungsanlage ausgehen, keine Zweifel. „Es ist der eingebaute genetische Zerstörungsprozeß, der Selbstzerstörungsmechanismus, den sie den Leuten von Cumbria verordnen." Auch Alice Stuart von der Universität Birmingham stützt diese These. Sie hat die Risiken durch die Strahlenbelastung für schwangere Frauen nachgewiesen. Sie befürchtet, Erbdefekte könnten auftreten, gegen die, wenn sie erkannt werden, nichts mehr unternommen werden kann.

„Wir müssen nicht Cumbria und seine Menschen zerstören, um zu beweisen, daß Windscale tatsächlich tötet", sagt Irene Branskill. „Man kann natürlich nicht behaupten, daß exakt dieses Radionuklid gerade jenes Individuum befallen und getötet hat. Aber es gibt eine Form des Krebses, die besonders häufig in Südwestcumbria vorkommt: das Multiple Myelom. Diese Häufung gibt es nur in Südwestcumbria, Nagasaki und Hiroshima. Wir brauchen keinen weiteren Beweis. Die Produktion und der Ausstoß von Plutonium in die Irische See muß gestoppt werden."

In dem Werk von Sellafield arbeiten zur Zeit 10 000 Menschen. Die Forderung nach völliger Schließung der Anlage wäre „in dieser Situation unklug", fürchtet Irene Branskill, weil die Menschen trotz aller Risiken ihre Arbeitsplätze nicht verlieren wollen. Außerdem sei es mittlerweile technisch möglich, neue Anlagen so auszurüsten, daß sie fast völlig im geschlossenen Kreislauf funktionieren, nahezu ohne radioaktiven Ausstoß.

Wer aber glaubt, daß damit der Wunschtraum vom umweltfreundlichen Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage bald Wirklichkeit werden könnte, sieht sich mit einem Einwand der Betreiber konfrontiert. Less Tuley von Nuclear Fuels: „Wir sind unter Druck. Es ist technisch möglich, keinerlei Ausstoß zu haben. Aber die Kosten für ein solches Verfahren wären so hoch, daß die Atomkraft wirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen wäre."

Die Atomindustrie stößt auf ein prinzipielles Dilemma: Eine profitabel arbeitende Industrie verseucht langfristig die Umwelt und bringt kaum vorstellbare gesundheitliche Risiken für zukünftige Generationen mit sich. Bei der Anwendung neuer Techniken aber entpuppt sich die Wiederaufarbeitung oft als ein monströse Summen verschlingendes Zuschußgeschäft.

Das Werk Sellafield arbeitet nur Magnox-Brennelemente auf, also Brennstäbe aus Natururan in einer Umhüllung aus Magnesiumoxid. Solche Brennstäbe werden in einem veralteten Reaktortyp benutzt, der in den fünfziger und sechziger Jahren gebaut wurde und von dem in England noch einige, in Italien und Japan je einer in Betrieb sind.

Risiko des „täglichen Lebens"

Die Oxidbrennstäbe aus modernen Leichtwasserreaktoren, wie sie auch in der Bundesrepublik Deutschland stehen, bereiten den britischen Atomingenieuren enorme Probleme. In Sellafield wurde von 1970 bis 1974 versucht, solche Brennstäbe, die angereichertes Uran 235 enthalten, wiederaufzuarbeiten. Nach einem schweren Unfall mußte diese Anlage aber geschlossen werden. Seit dieser Zeit importiert England weiterhin diese Brennelemente aus vielen Atomstaaten, sie werden jedoch nur gelagert.

Nicht nur dort gibt es technische Probleme mit der Wiederaufarbeitung von Brennstäben aus modernen Reaktortypen. Auch in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in Japan ist es nicht gelungen, diese Brennstäbe im industriellen Maßstab aufzuarbeiten.

In Sellafield brüten inzwischen Ingenieure über Plänen für einen zweiten Anlauf zur Wiederaufarbeitung von Oxidbrennstäben. Die Genehmigung für den Bau einer neuen Anlage *(Thorp = Thermal Oxide Reprocessing Plant)* haben sie schon. „Wir sind uns bewußt, wo die Schwierigkeiten liegen, aber wir sind sehr zuversichtlich, daß alle Probleme gelöst sein werden, wenn die neue An-

Investition: Menschenleben

Die Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield ist mit fast vierzig Jahren die älteste ihres Typs. Alt – der Euphemismus im Technikjargon heißt „erste Generation" – sind auch die Nuklearreaktoren, deren Abfall die Atomfabrik Sellafield in wiederverwendbares und als Müll zu deponierendes Material zu scheiden hat. Altmodisch sind ebenso die Magnox-Brennstäbe aus den nuklearen Kraftwerkveteranen – und schwer zu handhaben. Als man diese Reaktoren in Betrieb nahm, wußte noch niemand so recht, wie Wiederaufarbeitung auf Dauer relativ sicher betrieben werden könnte.

Überraschend gut haben sich die alten Atommeiler gehalten. Unlängst erst ist die ihnen noch verbleibende Lebenserwartung von 20 auf 30 Jahre hinaufgesetzt worden. Sellafield wird also noch lange Magnox-Stäbe zu zerlegen und aufzuarbeiten haben: tausend bis 1500 Tonnen pro Jahr, bis in das nächste Jahrtausend.

In Sellafield werden aber auch verbrauchte Brennstäbe der Reaktoren neuen Typs aus Großbritannien und anderen Ländern gelagert. Das Werk kann sie (noch) nicht aufarbeiten. Die Aufbewahrung der Brennstäbe in großen Wasserbecken ist zwar relativ sicher, doch der Gedanke an das sich ständig vermehrende radioaktive Lagergut beunruhigt selbst hartgesottene Ingenieure. Erst wenn die neue Wiederaufarbeitungsanlage für diesen modernen Nuklearabfall gebaut und nach jahrelangen Probeläufen betriebsbereit ist – niemand weiß, wann es soweit sein wird –, kann die unheimliche Brennstab-Halde abgetragen werden.

Zur radioaktiven Last des Sellafield-Lagers steuert auch die Marine Ihrer Majestät bei. Sie liefert dort den verbrauchten Brennstoff ihrer atombetriebenen U-Boote ab. Die Aufarbeitung dieser Rückstände wird auch das neue Werk nicht leisten können, dafür müßte eine spezielle Anlage errichtet werden, die es freilich noch nicht einmal auf dem Reißbrett gibt.

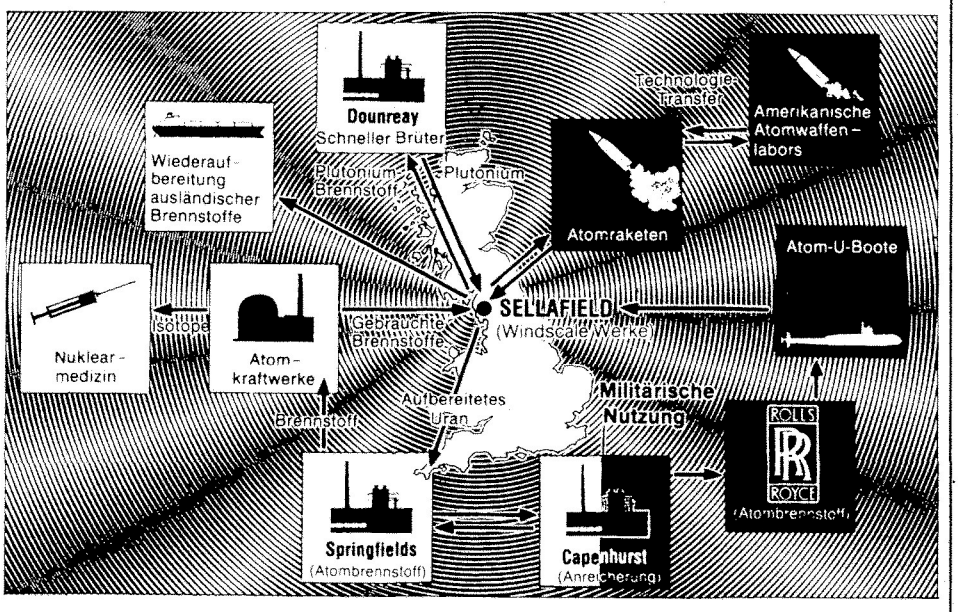
Eine weitere militärische Aufgabe von Sellafield ist die Aufbereitung des Plutoniums für Großbritanniens Atomarsenal. Plutonium wird hier auch – friedliche Nutzung – für den Schnellen Brüter des 250-Megawatt-Kraftwerks in Dounreay produziert. Gegenwärtig lagern in Sellafield rund zwanzig Tonnen dieses giftigen Nuklear-Kunststoffs. Schließlich stapeln sich hier noch die eingeglasten Rückstände aus dem eigenen Betrieb, hochaktiver Abfall, der fünfzig bis hundert Jahre „abkühlen" muß, ehe er in ein noch nicht ausgemachtes, tief unterirdisches Grab gelegt wird.

Sellafield ist, darüber besteht kein Zweifel, ein höchst gefährlicher Ort. Zur Zeit entläßt das Werk zu viel radioaktiven Müll in die Umwelt, besonders in umliegende Gewässer. Diese ökologische Belastung soll im Laufe der kommenden zehn Jahre drastisch verringert werden. Der erste Schritt in diese Richtung wird in diesem Winter getan, wenn Sixep (Kürzel für *Site Ion Exchange Effluent Plant* = Abfallaufarbeitung am Ort durch Ionen-Austauscher) nach sechsjähriger Bauzeit zu arbeiten beginnt.

Diese Anlage soll das Wasser, das die Fabrik verläßt, nahezu hundertprozentig von Radioaktivität befreien. Voraussichtlich werden aber noch anderthalb Jahre des Experimentierens und Testens vergehen, ehe Sixep den vollen Betrieb aufnehmen, das heißt viertausend Tonnen Wasser pro Tag reinigen kann.

Der nächste Schritt wird die Konzentration flüssiger radioaktiver Abfälle um den Faktor 50 sein. In dieser kompakten Form kann die Flüssigkeit *gelagert* werden; sie muß also nicht mehr in die Umwelt abgeleitet werden. Mit dem Bau des hierfür vorgesehenen Werks ist in Sellafield ebenfalls Ende der siebziger Jahre begonnen worden. Der Versuchsbetrieb soll im kommenden Jahr anlaufen.

All dies wird den Staat, der Sellafield betreibt, viel Geld kosten. Dennoch lohnen sich die Investitionen: Im vergangenen Jahr verbuchte die Atomfabrik 1,4 Milliarden Mark Gewinn. Gleichwohl muß sich dieser Staat fragen, ob Sellafield trotz des hohen Profits nicht ein entsetzliches Verlustgeschäft ist – mit unwiederbringlichen Investitionen: Menschenleben. – *ow*



lage um 1990 herum gebaut wird", verkündet selbstbewußt der Pressesprecher der Nuclear Fuels.

Peter Taylor von der *Political Ecology Research Group* in Oxford ist skeptisch: „Die britischen Kernkraftwerksbetreiber sind sich noch nicht sicher, ob ihre Brennstäbe wiederaufgearbeitet werden sollen. Es ist teurer, als sie zu lagern. Der Preis ist zu hoch, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch für das Ansehen der Industrie."

Nach jenem aufwühlenden Film von Yorkshire TV hatte die britische Regierung eine Kommission unter Vorsitz des Ärzteverbandspräsidenten Sir Douglas Black beauftragt, den Zusammenhang von Leukämie und radioaktivem Ausstoß zu untersuchen. Ende Juli schloß die Kommission ihre Arbeit ab. Sir Douglas hatte zwei Grundprobleme. Erstens: Zehn Kinder sind in Seascale an Leukämie gestorben; die Einwohnerzahl des Dorfes und diese „geringe" Todeszahl sind zu klein, um statistisch haltbare Rückschlüsse zu ziehen. Zweitens hatte Sir Douglas radioaktive Ausstöße früherer Jahre zu beurteilen, Ausstöße also, die heute nicht mehr meßbar sind.

Sir Douglas konstatierte lediglich die erhöhte Leukämierate, bezweifelte aber zugleich, daß sie zwangsläufig die Folge des Wiederaufarbeitungsbetriebes sei: Es sei möglich, aber nicht „erwiesen", daß der radioaktive Ausstoß von Sellafield die Ursache der überdurchschnittlich vielen Blutkrebs-Fälle sei. Sir Douglas sprach vielmehr von Risiken, die zum „täglichen Leben" gehörten, vergleichbar jenen, denen sich aussetzt, wer im Privatwagen fährt, anstatt öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Allerdings gab Sir Douglas zu, daß der sechsköpfigen Kommission mancherlei Ursachen für radioaktive Verseuchung verborgen geblieben sein mögen. Und er empfahl weitere Studien, zum Beispiel die Krankheitsunterlagen aller Kinder, die nach 1950 in Seascale geboren wurden, zu analysieren.

„Wir wollen etwas tun. Das bedeutet auch, in Schlauchbooten hinausfahren und sich vor Schiffe manövrieren, auf Kräne steigen und Züge stoppen."
Jean Emery
Barrow & District Action Group

Der Haupteingang von Sellafield

Als der Bericht bekanntgegeben wurde, fragte ein Reporter: „Würden Sie Ihre Kinder in Seascale aufziehen?" Sir Douglas' Antwort brachte den politischen Konflikt Arbeitsplätze oder Umweltschutz auf den Punkt: „Wenn ich allein in Sellafield Arbeit fände, dann ja." Die Frage fand der Kommissionsvorsitzende übrigens „unfair". Aber nach einigem Bohren ließ er sich entlocken, daß er den Ort meiden würde, wenn er die Wahl hätte.

Ob ihm eine Rede bekannt war, die der heutige Leiter der Aufsichtsbehörde *National Radiological Protection Board*, John Dunster, im Jahre 1958 auf einer Konferenz der Vereinten Nationen über die friedliche Nutzung der Kernenergie hielt? Dunster, damals noch Leiter der Gesundheitsabteilung von Sellafield, schilderte freimütig, wie gesunde, unwissende Menschen absichtlich gefährdet wurden: „Es war unsere Absicht, wirklich substantielle Mengen von Radioaktivität als Teil eines organisierten und beabsichtigten Experiments abzugeben . . . Unsere Absichten hätten sich nicht verwirklichen lassen, wenn die abgegebene Radioaktivität auf ein Minimum beschränkt worden wäre."

So ambivalent wie Sir Douglas' Bericht war, so widersprüchlich verhielten sich auch die Behörden. Die Staatsanwaltschaft erhob letzte Woche Anklage gegen Nuclear Fuels: Den Betreibern von Sellafield wird vorgeworfen, weder ordentliche Aufzeichnungen geführt zu haben, noch die radioaktive Verseuchung der Irischen See auf ein Minimum begrenzt zu haben.

Die Umweltschutzbehörde hingegen hob das Badeverbot an den zeitweilig von bewaffneten Wächtern gesperrten Stränden bei Sellafield wieder auf.

Doch trotz der Hitzewelle in Westengland mochte hier niemand Kühlung suchen. Lakonischer Kommentar des Greenpeace-Aktivisten George Pritchard: „Die Zahl der Badenden zeigt, wie sehr der Regierungsbericht die Menschen beruhigt hat." ●

Interview mit Klaus Traube

» Diesem Unsinn

Nachdem auch innerhalb der Elektrizitätsversorgungsunternehmen Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitung laut geworden sind, stellt sich uns immer drängender die Frage, warum das Projekt WAA mit zäher Sturheit weiter vorangetrieben wird. Welche Systemzwänge führen zu einer Entwicklung, die selbst in der Logik der Unternehmen nicht mehr schlüssig zu sein scheint? Welche Rolle spielen militärische Überlegungen dabei?
In der Mai-Ausgabe des Atom Express erschien zu dieser Frage bereits ein Artikel, der zu dem Schluß kommt, daß nur die militärische Nutzung der Wiederaufarbeitungsanlager die Hartnäckigkeit der Betreiber erklärt.
Wir haben diese Frage weiterverfolgt und andere Meinungen eingeholt. Zu diesem Zweck haben wir ein Interwiev mit Klaus Traube gemacht, der über langjährige Erfahrungen im Atom-Geschäft verfügte, als er 1976 (ja, so lange ist das schon her) nach einer Abhöraktion des Verfassungsschutzes entlassen wurde und sich zum Atomkritiker wandelte.
Fünfzehn Jahre lang hat Klaus Traube Ingenieurorganisationen geleitet, die Atomkraftwerke entwickelten, planten und bauten. Bis 1971 war er für die Leichtwasserreaktoren der AEG-Telefunken, die sich inzwischen längst aus der Branche zurückgezogen hat, mitverantwortlich. Danach leitete er als Geschäftsführer der Siemens-Tochter Interatom und einer mit ihr verbundenen internationalen Gesellschaft das Brüter-Entwicklungsprogramm der Bundesrepublik, Belgiens und der Niederlande mnit dem Schwerpunkt Kalkar.
Nach seiner Entlassung begann Klaus Traube, das Verhältnis von Großtechnologie und Mensch kritisch zu überdenken und veröffentlichte mehrere Bücher zu dieser Frage. Unter anderem beschäftigte er sich auch mit der Frage der Kosten von Atomenergie (»Teurer Atomstrom«, bei Rowohlt erschienen).
Zur Zeit leitet er an der TU Berlin die interdisziplinäre Projektgruppe »Energie und Gesellschaft«.

ATOM EXPRESS: Gibt es Anzeichen dafür, daß die Elektrizitätsversorgungsunternehmen selbst nicht mehr an die Wirtschaftlichkeit der Wiederaufbereitungsanlage glauben?

TRAUBE: *Ja, es gibt nicht nur Anzeichen dafür, sondern das steht fest -wobei man fragen muß, was denn eigentlich Wirtschaftlichkeit ist. Aus der Sicht der Elektrizitätswirtschaft wird Wirtschaftlichkeit so definiert, da der Wert des bei der Wiederaufbereitung wiedergewonnenen Plutoniums und Urans als Brennstoff in Kernkraftwerken höher ist, als die Kosten, die die Wiederaufbereitung verursacht - und davon kann keine Rede sein.*

Das hat man sich früher mal gedacht, als man die Kosten dieser Wiederaufbereitung bei weitem unterschätzt hat und als man außerdem davon ausging, daß billiges Uran bald knapp werden würde. Davon ist heute keine Rede mehr, weil der Ausbau der Kernenergie weltweit praktisch zusammengebrochen ist seit Mitte der siebziger Jahre. Man kann heute absehen, daß die billigen Uranvorräte bis zum Jahre 2000 nicht einmal angekratzt sind. ...

ATOM EXPRESS: Wie sieht es bei den Schnellen Brütern aus?

TRAUBE: *Selbst die Vertreter der Schnellen Brüter sprechen jetzt nur noch davon, daß man diese Technologie als »Zukunftstechnologie« (für) irgendwann erhalten müßte. Aber von konkreten Bauprojekten, wie sie früher prognostiziert worden waren, als man bereits in den neunziger Jahren beginnen wollte, im großen Stile Brüter statt Leichtwasserreaktoren zu bauen - davon ist auch weltweit keine Rede mehr. Es gibt nurin Europa noch das Bemühen, wenigstens noch* **einen** *großen Brüter in den neunziger Jahren zu bauen. Das wäre aber vom Brennstoffbedarf her völlig belanglos.*

ATOM EXPRESS: Bräuchten sie dafür noch Plutonium aus der WAA?

TRAUBE: *Nein, aus 'dieser' (Dragahn oder Wackersdorf) nicht. Also das, was allein aus der bereits vereinbarten Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in Frankreich an Plutonium anfällt wäre genug, um außer dem Brüter in Kalkar, noch einen Großbrüterzu füttern.*

ATOM EXPRESS: Was kann denn noch der Grund dafür sein, daß die steif und fest an der Wiederaufbereitungsanlage festhalten?

TRAUBE: *Man muß international ... Unterschiede machen. Daß man in Frankreich an der Wiederaufbereitungstechnologie festhält, das hat ganz einfach militärische Gründe. Die Franzosen sind bei ihren Atombombenausbauplänen darauf angewiesen, Plutonium aus der zivilen Nutzung der Kernenergie zu gewinnen. Das ist hier in Deutschland, zumindestens derzeit, gewiß nicht das Motiv der Elektrizitätswirtschaft - das sollte man denen nicht unterstellen. Im Gegenteil, es wäre ihnen gar nicht recht, wenn zu dem angeschlagenen Image, das sie sich ohnehin auf dem Atomgebiet erworben haben, auch noch der Geruch hinzukäme, sie würden Plutonium für die militärische Nutzung herstellen.*

Im Wesentlichen würde ich sagen, es geht hier um etwas, was man ja sehr häufig in der Politik beobachtet: Wenn man zehn, zwanzig Jahre lang einen Standpunkt vertreten hat und gesagt hat, die Wiederaufbereitung **muß** *sein, wenn man große Organisationen geschaffen hat, die für nichts anderes da sind, als diese Wiederaufbereitung auch zu machen - wie die DWK, wie die wissenschaftlichen Abteilungen z.B in der Kernforschungsanlage Karlsruhe, wie die Leute in den Ministerien, die darauf angesetzt sind -, dann ist das so ähnlich wie beim Straßenbau: wenn man viele Straßenbauämter hat, dann müssen einfach weiter Straßen gebaut werden! Das ist aus meiner Sicht wirklich der* **einzige** *Grund, so unwahrscheinlich das klingt. Man braucht gar nicht so viele Geheimnisse dahinter zu suchen. Der Apparat ist da, er hat zwanzig Jahre lang behauptet, vom Sachbearbeiter bei der DWK bis zum Minister, daß das unverzichtbar wäre, und nun muß das irgendwie erfüllt werden.*

In der Elektrizitätswirtschaft, daß ist ziemlich deutlich, wenngleich die das auch nicht so in der Öffentlichkeit austragen, gibt es inzwischen durchaus auch Leute, die eigentlich am liebsten sähen, wenn diese Geschichte abgeblasen würde.

ATOM EXPRESS: Aber es wird auch gesagt, daß das RWE (Rheinisch Westfälische Elektrizitätsunternehmen) noch weiter daran festhält.

TRAUBE: *RWE ist hauptsächlich der Betreiber, der daran festhält. Das hängt auch mit dem Engagement zusammen, (welches) das RWE - durchaus nicht konform mit den anderen großen deutschen Verbundunternehmen - für den Brüter langjährig gehabt hat.*

ATOM EXPRESS: Wird an der WAA vielleicht auch deshalb festgehalten, weil dadurch die Exporte gesichert werden könnten?

TRAUBE: *Nein, das halte ich für einen absoluten Schmarrn. Das ist so ein industriepolitisches Argument - »Spitzentechnologie« und »das braucht man, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu bestehen«. Ich glaube nicht, daß der Bau der Wiederaufbereitungsanlage irgendetwas mit der Sicherung von Exporten zu tun hat.*

Man muß sich umgekehrt aber auch klar machen, daß dies Problem der Wirtschaftlichkeit sich aus der Sicht der Volkswirtschaft ganz anders stellt, als aus der (betriebswirtschaftlichen) Sicht der Elektrzitätsunternehmen!
Für die Volkswirtschaft bedeutet das, da werden zwischen 10 und 12 Milliarden Mark nutzlos verbuttert, wenn diese Anlage bebaut wird. Die Verbundunternehmen können diese Kosten ja einfach im Elektrizitätspreis weitergeben, das bleibt nicht als Verlust hängen. Insofern ist das denen

ein Ende bereiten ...«

Die WAA in La Hague

wirtschaftlich sozusagen gleichgültig, es gibt keinen großen Druck gegen diese Wiederaufbereitungsanlage bei dem Preisbildungsmechanismus dieser Monopolwirtschaft. ...

ATOM EXPRESS: Das RWE muß ja noch ziemlich viel Hoffnung in die Brütertechnologie setzen. Glaubst du, daß dadurch ein »Sachzwang« geschaffen werden kann, wenn die WAA steht, daß dann auch weitere Brüter gebaut werden müssen?

TRAUBE: *Na, vielleicht nicht so direkt, wie das jetzt gesagt ist. Aber ob so ein unsinniger Apparat nochmal gebaut wird oder nicht, dabei spielt natürlich so etwas mit eine Rolle: »Jetzt haben wir diese WAA und wir kriegen das Plutonium und wenn wir das nicht* **in den Brüter** *reinstecken, dann müssen wirs in Leichtwassereaktoren stecken, das kostet nochmal Geld ...«.*

Das ist ein Steinchen aus so einem »Sachzwangsystem«. Und das ist auch mit ein wichtiger Grund, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten.

ATOM EXPRESS: Könnte es auch noch sein, daß die Lobby der KWU (Kraftwerkeunion, 100% ige Tochter der Siemens AG), die dann nachher als Erbauer der Anlage ganz gut Profit damit machen würde, den Bau der WAA vorantreibt?

TRAUBE: *Ja, ganz sicher wird die KWU ein großes Interesse daran haben : Die haben ihren großen Ingenieursstab aufgebaut und kaum nochAufträge für Kernkraftwerke und wissen nicht, was sie mit diesem Ingenieursstab machen sollen. Und es ist für die jetzt ganz wichtig, diesen Auftrag zu bekommen, ganz einfach, um ihre Leute weiterzubeschäftigen. Die gehören also mit zum Club derer, die das betreiben.*

ATOM EXPRESS: Was glaubst du, welche Motive die Politiker dazu bringen, die Wiederaufbereitungsanlage zu fordern? Könnte da nicht doch der militärische Aspekt eine Rolle spielen?

TRAUBE: *Es ist immer sehr schwierig zu sagen, in wessen Hinterkopf noch der Aspekt stecken könnte, Plutonium für militärische Nutzung zu gewinnen. Dabei muß man sich übrigens klar machen, daß das Plutonium, welches aus dieser Wiederaufbereitungsanlage gewonnen wird, zwar militärisch nutzbar ist, aber nicht besonders günstig für militärische Nutzung ist. Das Plutonium aus dem Brutmantel der »Brüter«, das ist das eigentliche Potential für militärische Nutzung. Dazu muß man allerdings erst* **diese** *Wiederaufbereitungsanlage haben, um dann Brüter zu haben, doch für die muß dann* **noch** *eine andere Wiederaufbereitungsanlage gebaut werden . ... Das ist einfach zu kompliziert. Ich glaube nicht, daß das ein wesentlicher Aspekt ist. Und bei den Politikern muß man ja auch wohl unterscheiden: Ich würde das beispielsweise so einschätzen, daß der Forschungsminister sich auffallend zurückhält in der Öffentlichkeit mit Äußerungen zur Notwendigkeit der WAA . Er tritt zwar auch nicht dagegen auf, aber da muß man sich in die Sprache von Politikern hineinversetzen: wenn jemand lange Zeit dazu gar nichts sagt in der Öffentlichkeit, dann kann man schon daraus entnehmen, daß der inzwischen an diese Sache auch nicht mehr glaubt. Dagegen der Zimmermann, der tritt in der Öffentlichkeit auf und sagt: »Das muß gebaut werden!«, der sieht sonst seine Glaubwürdigkeit in Gefahr.*

ATOM EXPRESS: Der Riesenhuber hat ja gesagt, es würde kein Geld aus dem Forschungsetat für die WAA geben. Ist das nur so'n Politiker, um mit den EVU's die Finanzierung auszupokern, wie beim Schellen Brüter?

TRAUBE: *Nein, da muß man folgendes unterscheiden: es ist eigentlich seit langem ausgemacht, schon seit Mitte der siebziger Jahre, daß diese Anlage nicht mit staatlichen Mitteln gebaut wird, sondern von der Elektrizitätswirtschaft mit ihrem Geld gebaut werden muß.* **Ihr** *Geld, das heißt aber letztlich, daß die Stromkunden es bezahlen müssen.*

Demgegenüber darf man aber nicht vergessen, daß aus dem Forschungsetat Hunderte und aberhunderte von Millionen in die begleitende Forschung für diese Anlage fließen. Und zwar schon seit vielen Jahren und auch noch auf viele Jahre hinaus. Was Riesenhuber da also sagt, stellt nur fest, was eigentlich seit langem akzeptierte Strategie ist!

ATOM EXPRESS: Aber es kann ja gut sein, wenn Zimmermann der einzige, ist, der noch daran festhält, und die EVU's sich sehr zurückhalten, daß sie dann fordern »Wenn du die Anlage haben willst, dann müssen Zuschüsse fließen!«?

TRAUBE: *Das kann möglich sein, daß kann ich im Augenblick nicht überblicken. Das ist auch ne Frage, wie diejenigen, die eigentlich in der Elektrizitätswirtschaft keine große Lust mehr haben zu dieser Sache, sich gegenüber den anderen durchsetzen können. In dem Augenblick, wo die EVU's sagen würden: »wir halten das für unwirtschaftlich, wenn der Staat das will, dann muß der Staat das Geld geben«, ist die WAA nicht mehr durchsetzbar.*

ATOM EXPRESS: Bei dem Punkt fällt mir das Beispiel der HEW (Hamburgische Elektrizitätswerke) ein, die mit dem Rücken an der Wand steht, weil sie offensichtlich den Strompreis nicht mehr weiter erhöhen können, ohne das dann sehr stark der Stromverbrauch sinkt!

TRAUBE: *Ja, das ist richtig. Das ist aber auch das einzige dieser großen Verbundunternehmen, dem es wirtschaftlich nicht so gut geht. Und zwar deswegen, weil dort der Strompreis politisch in die Debatte geraten ist, wegen der HEW-Politik, das Kraftwerk Brokdorf gegen den Willen des Hamburger Senats durchzusetzen. Und deswegen har die Hamburger Bürgerschaft das, was sonst üblich ist, Strompreiserhöhungen einfach nach Kosten zugewähren, nicht mitgemacht. Das wird, so wie ich das einschätze, dazu führen, daß die HEW , insbesondere, nachdem dort jetzt der Vorstandsvorsitzende gegangen worden ist, zu denen gehören wird, die* **gegen** *diese Wiederaufbereitungsanlage im* **internen** *Konzert der Elektrizitätswirtschaft antreten werden. Aber die HEW ist da eine Ausnahme. ...*

ATOM EXPRESS: Danke für das interessante Gespräch!

AUFMARSCH GEBIET HESSEN

Aufrüstung führt zu Umweltbelastung. Tiefluglärm, Hubschrauberlärm, Schießlärm, Manöverschäden in Naturschutzgebieten, militärischer Straßenbau.

Beiträge zu AirLandBattle, konventionelle Waffen und Weltraumwaffen. Karten mit militärischen Einrichtungen.

Sondernummer von "links", Neue Hanauer Zeitung und Odenwälder Mitbürger zum hessischen Aktionsherbst.

Einzelheft 4,– DM + 1,40 DM Porto.
Ab 10 Ex. 3,50 DM + Porto.
Ab 20 Ex. 3,– DM + Porto.

.....

Hiermit bestelle ich ....Ex. von "Aufmarschgebiet Hessen".
( ) .... DM in Briefmarken oder Scheck liegen bei (bei Einzelbestellung)
( ) Ich bitte um Rechnung (ab 10 Ex.)

.....
Name

.....
Straße

.....
PLZ und Ort Unterschrift

Bitte ausschneiden und absenden an
Neue Hanauer Zeitung,
Cornicelliusstraße 12, 6450 Hanau

WAA zum Nulltarif

Die bei der letzten Atommüllkonferenz von BI- Vertretern Lüchow- Dannenbergs und Bayern geäußerte Ansicht, die DWK habe sich jeweils bereits für ihr Bundesland entschieden, stellt sich als voreilig heraus. An beiden Standorten wird unter Hochdruck und Umgehung jeglichen bislang geltenden Rechts versucht, die Planungen voranzutreiben. Beide Ministerpräsidenten unterlaufen fleißig die von der Bundesregierung ausgegebene Marschroute "die DWK muß selbst für die Kosten aufkommen" und überbieten sich mit Zonenrandförderung und sonstigen Möglichkeiten, der DWK finanziell unter die Arme zu greifen.
Die offizielle Standortbekanntgabe soll nach Informationen aus SPD- Kreisen am 18. 12. 84 erfolgen, auf ihrer Oktobersitzung (22. 10.) will die DWK die interne Entscheidung treffen. Beraten werden soll ferner, ob die KWU oder das Firmenkonsortium Uhde/Lurgi den Bauauftrag erhält. Die Bausumme hat die DWK jetzt selbst auf 6 - 8 Mio. DM hochgeschraubt, für die jährlichen Betriebskosten wird eine Summe von einer Milliarde genannt. (FAZ v. 29.9.84)

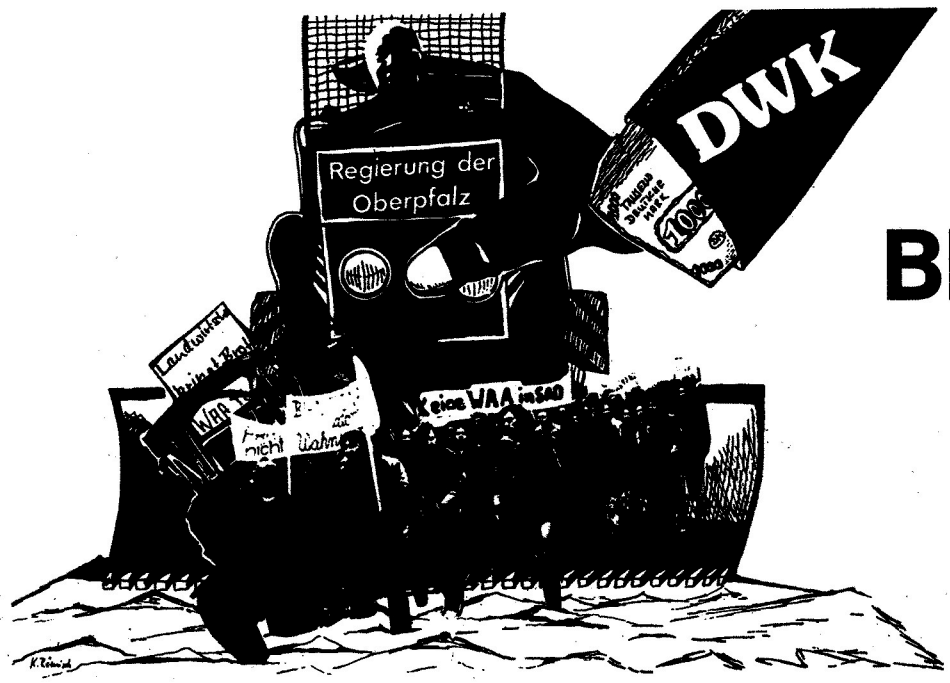
An beiden Standorten häufen sich derweil die rechtlichen Merkwürdigkeiten. Der Widerstand dagegen beschränkt sich fast ausschließlich auf politische Funktionsträger, die sich gegenüber dem formalen Ablauf querstellen. Prozesse werden an beiden Standorten von den BI's vorbereitet, der politische Widerstand beschränkt sich in Lüchow- Dannenberg auf andere Atomprojekte, beiderorts wird auf den Tag der Standortbekanntgabe gewartet.
Im Folgenden einen kurzen Überblick zum Stand der Planung an beiden Standorten.

Wie umgeht man die Bürgerbeteiligung?

In Dragahn soll die WAA, wie seinerzeit das Integrierte Entsorgungszentrum, scheibchenweise durchgesetzt werden. Begonnen werden soll mit dem Zaun um das gesamte Gelände. Dieser hat in den bayrischen Planungsunterlagen eine Tiefe von 40 m, gerüchteweise sollen dafür im Februar im Dragahner Wald 2,5 Mio. Bäume gefällt werden.

Durchgesetzt werden soll die Zaunanlage und damit später auch die WAA als "priveligiertes Projekt im Außenbereich", die DWK hat bei der zuständigen Gemeinde Karwitz einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Vorteil: es gibt keine Bürgerbeteiligung, keinen Bebauungsplan und selbst die Gemeinde hat im Falle einer Genehmigung nichts mehr zu melden - also freie Fahrt für die DWK.
Der § 35 (Bauen im Außenbereich) setzt normalerweise "Ortsgebundenheit "eines Projektes vorraus, öffentliche Belange dürfen ihm nicht entgegenstehen oder beeinträchtigt werden. Aufgrund der politischen Zusammensetzung des Karwitzer Gemeinderates ist die Zustimmung zu diesem Rechtsbruch wahrscheinlich, der Landkreis, dessen Baudezernent meint, die DWK habe ein "Recht auf Genehmigung", würde dann die Genehmigung erteilen. Ein "Nein" von Karwitz würde im Wege der Kommunalaufsicht ersetzt. Die Einfriedungsarbeiten könnten dann rechtlich gesehen noch vor Standortentscheidung und erster Teilerrichtungsgenehmigung beginnen.
Heftige Auseinandersetzungen gibt es seit Monaten um die geplante WAA- Abwasserleitung, die unweit des Kurortes Hitzacker in die Elbe geführt werden soll. Dagegen hatte sich der Samtgemeinderat Hitzacker mit allen Mitteln gewehrt. Bei der ersten Aufforderung der Bezirksregierung Lüneburg zur Auslegung der Pläne hatte der Rat die Unterlagen ungeöffnet zurückgesandt. Sollte sich Hitzacker jetzt zum zweiten Mal weigern, werden die Pläne im Wege der Kommunalaufsicht von der Bezirksregierung selbst ausgelegt. Um Hitzacker im weiteren Verfahren vorsichtshalber auszubooten, erklärte die Bezirksregierung Hitzacker kurzerhand als "unzuständig". Die Abwässer würden zwar bei Hitzacker eingeleitet, entstünden aber im Bereich der Samtgemeinde Dannenberg, die damit zuständig sei. Dannenberg war bereits der ersten Aufforderung zur Auslegung der Pläne nachgekommen.
Obwohl außer dem Zwischenlager noch kein Atomprojekt im Wendland klar ist, wird die schon zu Zeiten des Nuklearen Entsorgungszentrums vorgesehene Polizeikaserne Lüchow jetzt gebaut. Seinerzeit geplant für 1200 Polizisten wurde sie abgespeckt auf 291, nur die Kosten von 42 Mio. DM sind geblieben. Der Widerstand dagegen kam von unerwarteter Seite. Dem Bund der Steuerzahler ist sie zu teuer, die Polizei möchte nicht zur "Gorlebenpolizei" verkommen, die Stadt Uelzen fürchtet, daß -ihr zwei ihrer Hundertschaften "weggenommen" werden könnten - doch das Ding ist seit Anfang September im. Bau.

Wenn die unten nicht wollen, machen wir uns die Genehmigungen mit der Kommunalaufsicht



Kurz vor WAA- Standortbekanntgabe:

Bericht der BI Schwandorf

Die Gründe für die Auswahl von Schwandorf als WAA- Standort sind eindeutig:

- überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit
- überdurchschnittlich hohes CSU–Wählerpotential
- der gesamte Grund ist in Staatsbesitz (auch für die Infrastruktur)
- politische Stabilität in Bayern.

Im Oktober 1981, noch vor der Bekanntgabe des Standortraumes „mittlere Oberpfalz", also das Gebiet um Schwandorf, wurde die BI gegründet. Alle Aktivitäten dienten zunächst dazu, die Vorurteile großer Teile der Bevölkerung, welche vornehmlich von CSU–Seite ausgenützt und geschürt wurde, abzubauen. Durch bewußt „konservatives" und sachliches Auftreten gelang es schließlich, die Argumentation – WAA–Gegner seien Chaoten, von außen angereiste Berufsrandalierer usw. – ad absurdum zu führen. Dies beinhaltete notwendigerweise eine Abgrenzung nach außen.

Nach Vorstellung der BI mußte der Widerstand zuallererst von der einheimischen Bevölkerung getragen werden. Dazu war es notwendig, die Mentalität zu beachten. Zu den Maßnahmen nur einige Beispiele:

- Eine Gruppe von Referenten zog von Dorf zu Dorf, um Vorträge zu halten, Diskussionen zu führen und Filme zu zeigen, um die Leute von der Notwendigkeit des Widerstandes zu überzeugen.
- Ein ca. 120–seitiges Papier zum Raumordnungsverfahren wurde erstellt. Die Argumentationslinie wurde von vielen Gemeinden und Behörden übernommen.
- Eine Ausstellung über alternative Energien wurde organisiert.
- Einwendungen wurden vorbereitet.

Parallel dazu wurde natürlich auch demonstriert; das ging von „Waldspaziergängen" im Baugelände, über eine Wallfahrt zu einer Kirche bis zur bisher grössten Demonstration in der Oberpfalz mit 15.000 Teilnehmern.

Das Aufstellen eines Holzturmes als „Jagdsitz" und der spektakuläre, rechtswidrige Abriß durch die Polizei deuten an, daß kleinere Gruppen auch andere Formen des Widerstandes bereit sind zu praktizieren, und die Bevölkerung Zug um Zug mehr Verständnis dafür aufbringt.

Die BI plant Aktionen, die einen erzieherischen Effekt auf die Bevölkerung ausüben. Somit soll die Bereitschaft zu anderen Aktionen als nur Unterschreiben und Demonstrieren gesteigert werden. Wichtig ist dabei, den Begriff „legal" in der Öffentlichkeit etwas großzügiger zu interpretieren. Dies geht allerdings nicht von heute auf morgen.

Zur Zeit läuft eine Unterschriftenaktion um Zulassung eines Volksbegehrens in ganz Bayern. Damit hoffen wir, zumindest die Genehmigungsbehörde juristisch zu verunsichern, breites öffentliches Aufsehen zu erregen, und evtl. auf diesem Wege die Anlage zu verhindern (was wohl sehr schwer werden wird).

An Stelle des abgerissenen Holzturmes errichtet die BI z.Zt. ein Franz von Assisi–Mahnmal, das am 30. September von Pfarrern beider Konfessionen geweiht wurde. Die bevorstehende Standortentscheidung wird vorbereitet durch:

- wöchentliche Klein–Demos
- die Einweihung des Mahnmals neben dem Baugelände
- Veröffentlichung versteckter DWK–Aktivitäten
- Spontan–Demo bei Tag W (Tag der Bekanntgabe des Standortes, oder 1. Teilerrichtungsgenehmigung). Ziel: DWK–Büro
- 2. Wochenende nach "Tag W" Aktionsdemo

Natürlich werden für die Zeit danach, neben dem Versuch, auf gerichtlichem Wege die WAA zu verhindern auch andere Aktionsformen diskutiert.

Die Aktion „Giro–Blau" ist als ein Beispiel in diese Überlegungen einbezogen. Man hört auch davon, die Waldspaziergänge auf die Bahnstrecke auszudehnen.

Die BI Schwandorf ist überzeugt, für den Standort Favorit zu sein, was sich z.B. aus den Aktivitäten der DWK und Behörden ergibt.

1. Das Raumordnungsverfahren wurde in der Rekordzeit von ca. 6 Monaten abgeschlossen.
2. Die Terminspanne für die Einwendungen und Stellungnahmen von ca. 110 beteiligten Trägern öffentlicher Belange beim Bebauungsplanverfahren betrug sage und schreibe 14 Tage!
3. Die DWK läßt über Subunternehmer bereits ausschreiben und holt Kostenangebote ein.
4. Über Subunternehmer werden Firmen gesucht, die über abbaufähige Sand– und Kiesvorkommen verfügen und bereit sind, zu liefern!
5. In der Nähe des Bauplatzes wurden im Industriegebiet der Gemeinde Wackersdorf drei nebeneinanderliegende Parzellen an örtliche Betonfirmen (Fa. Huber, Readymix und TBG) vergeben, bzw. ist die Vergabe geplant.
6. Eine Baufirma aus Bodenwöhr hat ihr Betriebsgelände überraschend sehr stark ausgeweitet.
7. Das örtliche EVU, die OBAG verstärkt die 30 kV Umspannstation im Industriegelände unweit der Betonmischparzellen.
8. Die OBAG plant eine Schalt– und Verteileranlage für eine riesige Betonmischanlage.

Parallel dazu wird mit den Sachbeiständen vom ÖKO–Institut und GÖK zur Zeit die Klageschrift vorbereitet. Die Akteneinsicht, bei der allerdings nur ein kleiner Teil der Unterlagen eingesehen werden konnte, hat die Hoffnungen der BI, die Anlage auf juristischem Wege auf zuhalten,sehr gesteigert. Dazu ist neben Klägern, die die BI hat, viel Geld nötig.

Bitte spendet auf Rechtshilfefonds–Konto Nr. 380 180 257, bei der Sparkasse Schwandorf, BLZ 750 510 40. Ein guter Grundstock ist vorhanden, aber eben nur ein Grundstock!
Bürgschaftsformulare können bei der BI, Postfach 1271, 8460 Schwandorf oder im BI–Büro, Jahnstr. 54, 8460 Schwandorf angefordert werden.

Wald für'n Appel und 'nen Ei

111 Hektar Wald mit 170 Jahre alten Bäumen gibt es in Bayern jetzt zum Ausverkaufspreis von DM 1,70 pro Quadratmeter - allerdings nur für die DWK. Für diesen Preis will der bayrische Staat der DWK den WAA-Baugrund sichern - fragt sich, ob Albrecht da mithalten kann. Die BI Schwandorf möchte jetzt den Rechnungshof auf Trab bringen und bietet für den Quadratmeter DM 1,80. Sie ist bereit, insgesamt 50 Hektar zu kaufen.

Steine wurden der DWK in Bayern jetzt auch von anderer Seite in den Weg gelegt. Entgegen einer Weisung der oberpfälzischen Bezirksregierung weigert sich der Schwandorfer Landrat Schuirer (SPD) den WAA-Bebauungsplan öffentlich auszulegen.. Schuirer hat bereits zwei Fristen verstreichen lassen - die Bezirksregierung

ist mit ihrem Latein erstmal am Ende. Dies ist die erste Weigerung eines weisungsgebundenen Beamten - ein einmaliger Fall in der Oberpfalz. Bleiben tun dem Regierungspräsidenten disziplinarische Schritte, ev. eine Amtsenthebung Schuirers. Doch das kostet Zeit und politische Glaubwürdigkeit, denn Schuirer ist mit einer Mehrheit von 70 % der Bevölkerung gewählt worden.
Schuirer begründet seinen Schritt vorrangig mit dem für ihn in Frage gestellten Schutz der am Standort liegenden Grundwasservorkommen. Außerdem legt der von der DWK abgeänderte Antrag im atomrechtlichen Verfahren (das Prozeßgebäude wurde herausgenommen) "den Verdacht nahe, daß zunächst nur das geplante Eingangslager errichtet werden solle, dann aber der Bau der Anlage - auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit - nicht fortgesetzt werde und so die in Aussicht gestellten Arbeitsplätze doch nicht geschaffen würden."

Zwei Wochen nach Standortbekanntgabe: Demonstration in Schwandorf ! Sollte es bei dem Bekanntgabetermin 18. 12. 84 bleiben, wird am 5. Jan. 84 demonstriert.

Keine WAA für die SPD?

Für die Standortwahl entscheidend dürfte neben dem oben aufgezeigten und dem örtlichen Widerstand u.a. auch der Schwenk der SPD in Sachen WAA sein.

Die Befürchtung, daß dies eine WAA in Niedersachsen aufs Spiel setzen könnte, regte sich auch bei Albrecht und seinen Kumpanen. Am 12.06. ließ die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag über die Unterstützung für das WAA-Projekt abstimmen. Nicht mehr überraschendes Ergebnis – die geschlossene Ablehnung von SPD und Grünen. Dieser Coup der CDU, mit dem die SPD öffentlich als Arbeitsplatzvernichter vorgeführt werden sollte, ging daneben.

Die SPD machte aus ihrer 180 Grad-Drehung das spektakuläre Debüt ihres Spitzenkandidaten Schröder für die Landtagswahlen 1986. Hier wurde erstmals das neue Profil der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie geschmiedet, den Grünen ein erster Bonbon für die Verhandlungen um die Regierungsbeteiligung zugeworfen.

Der SPD - Fraktionsentscheidung vorausgegangen war die Entscheidung des Bundesparteitages der SPD gegen den Bau einer WAA in der BRD. Der Betrieb der bestehenden WAA Karlsruhe soll allerdings nicht angetastet werden. Hier soll auch fleißig weiter geforscht werden – für was denn wohl? Die Entscheidung gegen den WAA-Bau wird mit der volkswirtschaftlichen Unsinnigkeit der WAA begründet, außerdem mit den *„bisher nicht hinreichend"* gelösten Problemen der Toxizität sowie mit dem nicht „hinreichend" entwickelten *„paralellen Ansatz"* WAA und direkte Endlagerung – also weiterentwickeln?

Auf die derzeit besonders begründeten Befürchtungen der möglichen militärischen Nutzung der WAA weist die SPD wohlweislich nicht hin.

Durch ihre Entscheidung in Niedersachsen kommt die SPD nicht in die Gefahr, sich für ein Projekt stark zu machen, das Unmut in der Basis hervorruft und den Schwankenden im Lande den Unterschied zwischen Grünen und SPD gar zu grell erscheinen läßt. Denn kurz nach SPD–Entscheidung und Wendlandblokkade wurden Gerüchte laut, daß die WAA–Entscheidung bereits für Bayern gefallen ist. RWE und KWU hatten der nieders. Landesregierung für diesen Fall einen schnellen Brüter in Ostfriesland offeriert.

Was ist dran am Wandel auf grünen Freiersfüßen ?

Das die SPD mit der WAA–Ablehnung nicht den Ausstieg aus der Atomenergie plant, machte Landesvorsitzender Jochen Bruns in der Landtagsdebatte vom 12.6. deutlich. *„Er sei sicher, daß die Kernenergie auch aus Umweltschutzgründen (!) für einen längeren Zeitraum gebraucht"* würde.

Trotz heftiger Kritik der SPD an der Endlagerstätte Gorleben hält sie die Endlagerung unter derzeitigen Bedingungen durchaus für machbar. Sie will sich *„ der Verantwortung für den anfallenden Atommüll nicht entziehen"* und unterstützt daher *„ nach wie vor die Projektierung eines atomaren Endlagers, die Inbetriebnahme des atomaren Zwischenlagers."* Nach dem Motto *„viel kritisieren, aber alles beim Alten lassen"* fordert sie die Untersuchung einer Alternative zu Gorleben. *„Für den Fall möglicher Entsorgungsprobleme . . . muß gegebenenfalls ein weiteres längerfristiges Zwischenlager gebaut werden"* – Sicherheit a la SPD !

Die Alternativ–Planung der DWK bei einen WAA–Standort Wackersdorf ist bereits maßgeschneidert für eine SPD–Landesregierung – gedacht wird an eine Konditionierungsanlage im Dragahner Wald. Eine *„Konditionierungsanlage für eine sichere Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung"* ist für die SPD ein durchaus unterstützenswertes Projekt.

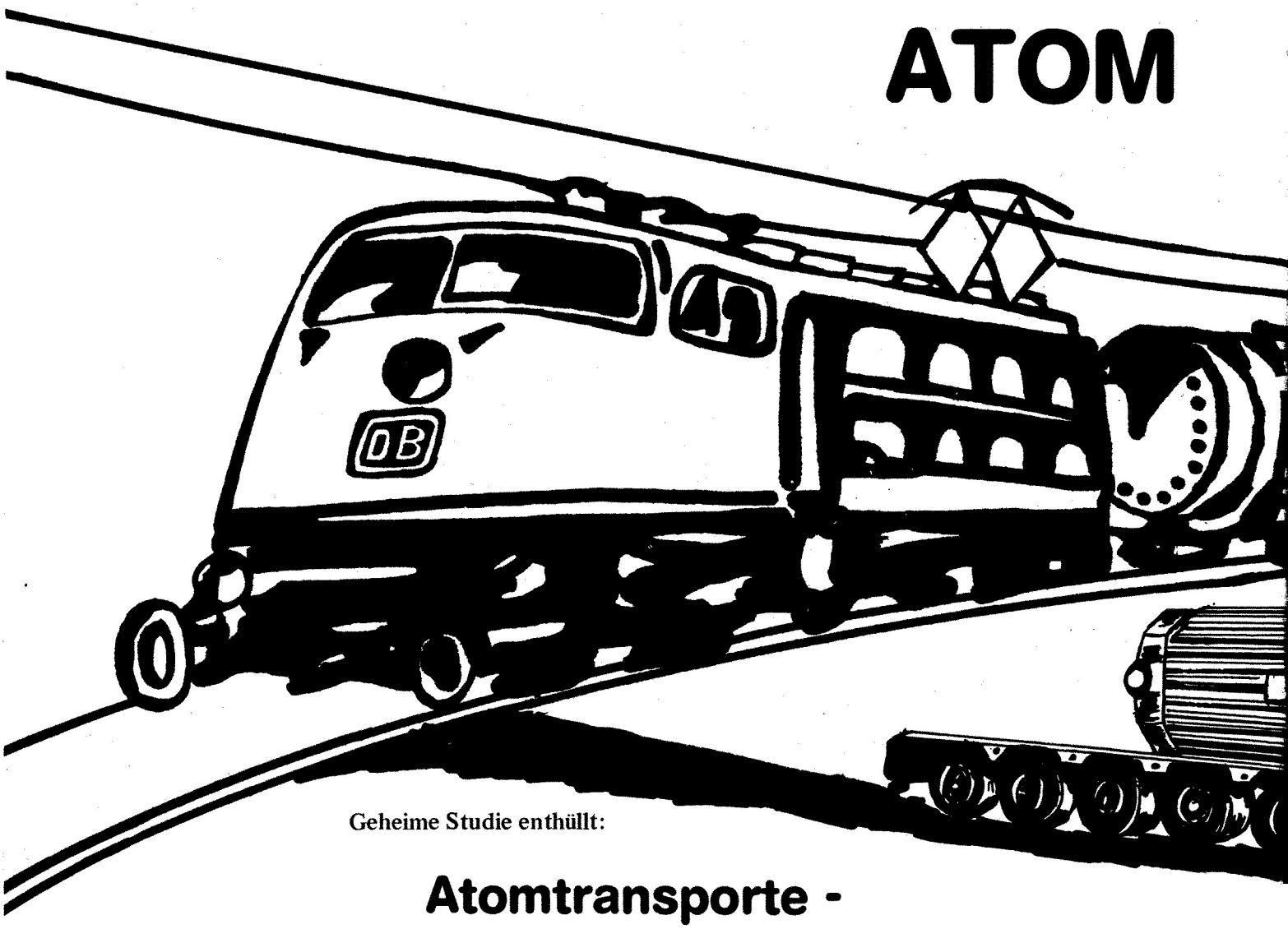
Irgendein Türchen zumachen möchte sich die SPD auf keinen Fall. J. Bruns betonte in seiner Landtagsrede, daß die SPD sich *„selbsverständlich auch weiterhin im Rahmen unserer bisher geäußerten Bedenken und Forderungen an der parlamentarischen Beratung des Sicherheitsberichtes der DWK (für die WAA) beteiligen"* werde – vielleicht wird sie damit doch noch SPD–sicher ?

Daß das „Projekt nationale WAA" der SPD nicht für immer und ewig verloren geht, war sowohl bei der Bundesparteitags– als auch bei der Landtagsentscheidung klar. Denn kommt die WAA nicht nach Niedersachsen wird sie in Bayern durchgeboxt.

Die bayrische SPD- Landtagsfraktion ist mittlerweile auch dem Anti- WAA Beschluß des Bundesparteitages gefolgt, möchte aber nicht ganz ohne Atomanlagen dastehen. Sei fordert ein bayrisches Endlager.

Alle Zitate aus der Landtagsrede zur WAA- Entscheidung v. 12.6. 84 von Jochen Bruns (SPD)

ATOM



Geheime Studie enthüllt:

Atomtransporte -

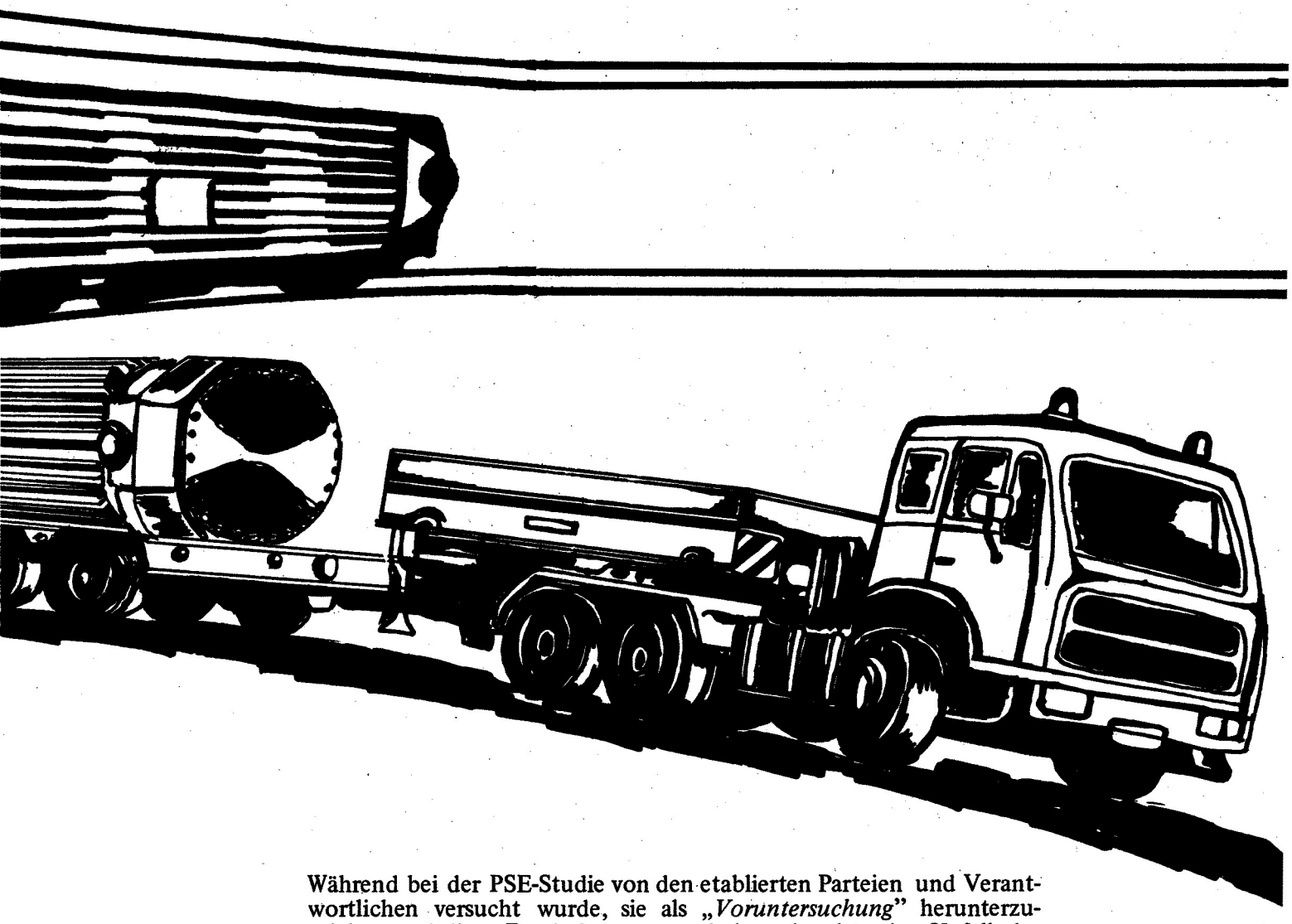
größtes Risiko der Entsorgung

Auf bundesdeutschen Straßen, Schienen, auf Elbe, Weser und der Nordsee sind unbemerkt von der Öffentlichkeit in den letzten Jahren tausende von Tonnen radioaktiven Materials transportiert worden. Nach Auskunft der Bundesregierung gab es 1982 in der BRD 1.554 Transporte von „höherem Gefährdungspotential", darunter 128 Seetransporte, 1983 stieg die Zahl auf 1.583 Transporte, davon 134 auf See. In Bremerhaven wurden bis August dieses Jahres 1,85 Mio Kilo umgeschlagen, in Hamburg wurden im vergangenen Jahr 111 Transporte abgefertigt, davon 27 mit Uranhexafluorid.

Wieviel die von den Verantwortlichen immer wieder beschworene „Sicherheit" und „Ungefährlichkeit" dieser Transporte Wert ist, machen zwei aktuelle Ereignisse deutlich:

1. Die Veröffentlichung einer bislang geheimgehaltenen Studie (Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung) des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) zu Atomtransporten, die der BI Lüchow-Dannenberg und dem Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen zugegangen ist und
2. der Unfall des Frachters „Mont Louis" vor der belgischen Küste, der aufzeigt, unter welch haarsträubenden Bedingungen Atomtransporte durchgeführt werden. Und der ebenfalls aufzeigt, daß die Verantwortlichen in keiner Weise in der Lage sind, mit solchen Katastrophen fertig zu werden; er offenbart, mit welchen Informationen die Bevölkerung in diesen Fällen abgespeist wird: mit einem Gemisch aus Lügen und gezielten Unterschlagungen.

TRANSPORTE



Während bei der PSE-Studie von den etablierten Parteien und Verantwortlichen versucht wurde, sie als *„Voruntersuchung"* herunterzuspielen und ihre Ergebnisse zu verdrehen, brachte der Unfall der „Mont Louis" zumindest das Europaparlament und die SPD in Zugzwang. Die SPD wollte allerdings *„weder Verharmlosung noch Hysterie (unterstützen)"*, mit letzterem war der von der grünen Bundestagsfraktion geforderte Stopp aller Atomtransporte gemeint, mit dem ersten die gezielte Desinformationspolitik der Bundesregierung. Die SPD beschränkte sich dann auf die schlichte Forderung nach *„objektiver und umfassender Aufklärung der Bevölkerung"*, auf daß sich diese wieder beruhige.

Greenpeace und die Gruppe Ökologie Hannover (GÖK) nahmen eine Pressekonferenz zur „Mont Louis" zum Anlaß, mit Hinweis auf die PSE-Studie ein *„ sofortiges Moratorium für alle Atomtransporte und Offenlegung sämtlicher Studien, ein Expertenhearing sowie eine breite öffentliche Diskussion zu fordern."* Reaktion des zuständigen BMFT auf diese auch von BI-Seite erhobene Forderung gleich Null. Verantwortliche wie der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Hasselmann, demaskierten die Genehmigungsgrundlagen für Atomtransporte entgültig. Ihm war die Studie nicht bekannt, sie soll mit anderen Studien zusammen erst noch ausgewertet werden – wenn die Atommülltransporte nach Gorleben längst rollen.

Atomtransporte - die Katastrophe

Da die PSE-Studie von den Auftraggebern nach wie vor nicht veröffentlicht wird, möchten wir hier die Gelegenheit nutzen, einige brisante Teile herauszugreifen. Das Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE) ist ein vom BMFT finanziertes Vorhaben zur Risikoermittlung in allen Bereichen der nuklearen Entsorgung (Laufzeit 1978 – 1984, Gesamtbudget rund 50 Mio DM). Unter der Federführung des Hahn-Meitner - Institutes Berlin arbeiten rund 13 Institute mit. Zu den Atommülltransporten liegen zwei Untersuchungen vor, zum einen der Arbeitsbericht Nr. 81/10 vom Juni 1981, zum anderen der „zusammenfassende Zwischenbericht Teil III," Stand Mai 1983. Während der Zwischenbericht behauptet, zur *„Ermittlung der Störfallkonsequenzen, Angabe und Reduktion des Risikos liegen noch keine Ergebnisse vor"*, entlarvt der 81 Bericht dies als Schwindel, denn dort findet sich neben detaillierten Angaben zu Risiken und Unfallfolgen der Satz: *„ Die erhaltene Information über die ... möglichen Störfälle ist so detailliert, ... daß Maßnahmen für eine gezielte Verminderung des Risikos vorgeschlagen werden können."*

Zu bemerken wäre noch, daß der 81 er Bericht von einer 1.400 t WAA in Gorleben (NEZ) ausgeht, der 83er Bericht von einer 350 t WAA in Hessen.

Die PSE-Studie (2) beginnt mit dem Zitat, daß *„ Transporte den größten Beitrag zum Gesamtrisiko der Entsorgung leisten, ..., den unfallfreien Betrieb mit eingeschlossen."*

Mit Inbetriebnahme des Zwischenlagers Gorleben werden Atommülltransporte in bisher unbekannten Dimensionen stattfinden, nach Fertigstellung einer WAA, eventuell in Bayern, werden täglich in allen Ecken der BRD hochgefährliche radioaktive Substanzen über Straßen und Schienen rollen. Allein in Gorleben sollen nach DWK -Aussagen wöchentlich zwischen einem und vier Behältern mit hochaktivem Atommüll über die Schiene ankommen, hinzu kommen die Straßen- und Schienentransporte von leicht- und mittelaktiven Abfällen (LAW/MAW).

Schon für den öffentlich als ungefährlich verkauften „Normalbetrieb" werden beim Bahntransport für die Bevölkerung entlang der Transportstrecke und das Begleitpersonal höhere Strahlenbeiträge mit *„nennenswerten Kollektivdosen"* ausgemacht *„als der entsprechende Erwartungswert, der aus möglichen Transportunfällen resultieren kann."* Die Kollektivdosen für LAW/MAW liegen wegen der Transporthäufigkeit laut Studie wiederum fast um das zwanzigfache höher als für abgebrannte Brennelemente. Ein Senken der Kollektivdosen durch Umfahren von Ballungsgebieten wird von der 81er Studie unter anderem wegen „organisatorischer Probleme" bei der Bundesbahn ausgeschlossen. Im Falle eines Unfalls im Hamburger Hauptbahnhof werden insgesamt 520.000 Menschen als Betroffene angenommen.

Im offenen Widerspruch zur 83er Studie, nach der zu *„Konsequenzen, Risiken und einer möglichen Verminderung der Risiken bei Störfällen"* noch keine Ergebnisse vorliegen, macht die 81er Studie hierzu detaillierte Angaben, die insbesondere die vielgepriesene „Sicherheit" der Transportbehälter ad absurdum führt.

Detaillierte Streckenanalysen in der jüngsten Studie beispielsweise ergaben mögliche Fallhöhen von Brücken beim Bahntransport von 40 m, beim Strassentransport sogar von 94 m mit einer Aufprallgeschwindigkeit von 115 km/h. Der für Gorleben vorgesehene Castor-Behälter ist auf Fallhöhen von 9 m ausgelegt, wobei der TÜV bereits bei diesen Tests Deckelundichtigkeiten feststellte. Unfallszenarien wie der Fall eines Behälters von 9 m Höhe bei einer Zuggeschwindigkeit von 50 - 80 km/h (Regelgeschwindigkeit von Güterzügen 80 - 90 km/h) ergaben das *„ Versagen"* des Behälters (1). Kommt im o.a. Fall noch ein Material- bzw. Handhabungsfehler hinzu, versagt der Behälter bereits bei einem Fall von 5 - 9 m bei einer Geschwindigkeit von 35 - 50 km/h , fährt er zusätzlich gegen ein „mobiles Hindernis", reichen 0 - 35 km/h. Die Folgen bei höheren Geschwindigkeiten sind also dementsprechend. Auch die von den Betreibern durchgeführten Feuertests beim Castor halten den Analysen der Studie nicht stand. Sie kommt auf Unfallszenarien von vier Stunden Dauer bei Temperaturen von 800 - 1.000 Grad Celsius. Die Deckeldichtungen des Castors versagen bereits bei einem Brand, der eine Stunde überschreitet. Liegt zusätzlich ein Material- bzw. Handhabungsfehler vor, ist es mit der „Sicherheit" des Castors bereits nach einer halben Stunde aus; kommt eine Vorschädigung durch den Unfall hinzu, reichen 0 - 0,5 Stunden aus. Die Wahrscheinlichkeit eines Feuerausbruchs ist bei schweren Unfällen, durch die dann also eine Vorschädigung vorliegt, am höchsten; bei LKW-Unfällen machen sie beispielsweise 3 - 4 % aller Fälle aus.

Bei mehr als jedem tausensten Transport insgesamt kommt es zum *„Versagen des Behälters"*, überwiegend durch Deckelundichtigkeiten. Großen Anteil an diesen Zahlen haben außer den Unfällen Material -bzw. Handhabungsfehler. Laut Studie (1) führen 8 von 6 möglichen Unfallabläufen zum Versagen des Behälters. US-Untersuchungen weisen mangelhafte Deckelmontagen mit Undichtigkeiten bei einem von 511 Straßentransporten nach.

Was bedeutet „Versagen der Behälter" ?

Im „besten Fall" treten durch Hüllrohrrisse bzw. -brüche freigewordene Gase aus dem Deckel des Castors aus. Der TÜV errechnete für diesen Fall eine Strahlenbelastung von mehr als 13.000 mrem. Den zusätzlichen Austritt von ra-

Beschädigter UF 6 -Container nach einem Zugunglück bei Ashausen 1970

Foto: H. Kaminski

ist vorprogrammiert

dioaktiven Partikeln verzeichnet die Studie beispielsweise bei einem Fall des Behälters von 9 - 25 m Höhe bei einer Geschwindigkeit von 50 - 80 km/h unter Annahme eines zusätzlichen Material- bzw. Handhabungsfehler. In diesem Fall kommt es nicht nur zu Rissen der Brennelementehüllrohre sondern zur Abtrennung der Brennelement-Köpfe. Bei schweren Unfällen auf der Schiene werden neben Edelgasen wie Krypton *„ auch die radiologisch wichtigen Nuklide wie Jod, Tritium und bei thermischen Belastungen Cäsium in relativ großen Mengen freigesetzt"*, wobei mit einer Freisetzung von 6.700 - 6.900 Ci pro Störfall gerechnet wird. (1) Insgesamt wird bei 46 von 430 in der Studie gebildeten „Belastungsfällen" mit Gasundichtheit gerechnet, in weiteren 284 Fällen mit dem Austritt von Gasen und Partikeln.

Atommüll auf der Straße

Ein großer Teil des LAW/MAW - Atommülls soll im LKW nach Gorleben transportiert werden, ebenso der hochaktive Müll vom Umladebahnhof Dannenberg ins Zwischenlager. Für die Transporte müssen die unfallträchtigsten Straßen, Land-,Kreis- und Gemeindestraßen benutzt werden, die bereits heute durch den LKW- Verkehr zum Zwischen- und Endlager stark frequentiert sind und deren Belastungsgrenzen beim Bau einer WAA erreicht werden dürften. Unfälle LKW/LKW werden in der Studie mit erschreckend hohen Zahlen verzeichnet. 70 % aller LKW - Alleinunfällen enden mit schweren bzw. Totalschäden. Daß die Polizeieskortierung, ohnehin nur für hochaktiven Atommüll vorgesehen, diese Unfälle nicht verhindern kann, zeigt der jüngste spektakuläre Unfall des Pershing -II - Transportes, bei dem die Atomrakete zerbrach. Auch im unfallfreien Betrieb steht die Gefährlichkeit der Straßentransporte den Schienentransporten nicht nach. So gibt die Studie zu, daß *„die Bevölkerung entlang der Transportstrecke ... nicht zu vernachlässigender ... Strahlung ausgesetzt ist"*. Bei LAW-Transporten entfallen 40 % der Geamtkollektivdosis auf den Gegenverkehr, 37 % auf Personen des Überholverkehrs und ca. 19 % auf das Transportpersonal. Dieses ist bereits nach wenigen Transportfahrten bei einer errechneten maximalen Dauer von 12 Stunden (ohne Pannen und Zwischenfälle) „verschlissen".Es hat dann laut Studie eine Dosis von 24 mrem erhalten. Die Jahreshöchstdosis für die Bevölkerung liegt bei 30 mrem, die für Atombeschädigte allerdings deutlich höher (500 mrem). Insgesamt wird für den Straßentransport mit Kollektivdosen von 121.200,8 mrem/a gerechnet (1), die sicherlich nicht einzelne treffen, häufige Benutzer der Transportstrecke (Schüler, Berufsverkehr) aber überproportional.

(1) PSE - Arbeitsbericht Nr. 81/10, Juni 1981
(2) PSE - Zwischenbericht, Teil III, Mai 1983

DIE DB BIETET AN:

ATOMMÜLL TRANSPORTE

Ein tödlicher Traum wird Wirklichkeit

Das Plakat ist in rot, blau und gelb im A 2 Format zum verkleben für Stck. -.40 DM beim Göttinger Arbeitskreis zu bestellen. Dazu gibt's noch für Bahnhöfe und Züge ein 4-seitiges Faltblatt (A 5) mit Abb. vom Castor und kurzer Information, sowie den Transportwegen, das ganze für -.20 DM/Stck.
Bestellungen an:
Göttinger AK gegen Atomenergie
Reinhäuserlandstr.24
34 Göttingen
Tel.0551-7700158

Der Untergang der »Mont Louis«

Fotos (2): Greenpeace

„ Für den Transport von Uranhexafluorid gelten die von der internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)erarbeiteten Regeln für den Transport radiaktiver Stoffe, die in der Bundesrepublik Dtl. durch die Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen rechtsverbindlich eingeführt sind. Außer den Transportvorschriften sind das Atomgesetz und die Strahlenschutzverordnung zu beachten. Diese Vorschriften haben sich bewährt."

Diese Stellungnahme der Bundesregierung, die der parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr auf Anfrage der Grünen im Bundestag zu dem Unfall der „Mont Louis" abgab, spricht Bände. (1)

Bloß keine Fragen stellen, bloß keine Unruhe aufkommen lassen. Die tatsächlichen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Unfall der „Mont Louis" (ML) könnten ja die Angst vor und den Widerstand gegen Atomtransporte – insbesondere die anstehenden ins Wendland– untermauern und noch populärer machen!

Seitdem der Frachter 18 km vor Ostende mit dem Hamburger Fährschiff „Olan Brittania" zusammenprallte, wird vertuscht und verharmlost, daß sich die Balken (bzw. Fässer) biegen.

Es darf getäuscht werden

Das Schiff hätte medizinische Geräte geladen, behaupteten die französischen Behörden direkt nach dem Unfall am Samstag, dem 25.8.84. Erst durch „Greenpeace" und die frz. Gewerkschaft CFDT (2) erfuhr das belgische Umweltministerium am Sonntag nachmittag von dem tatsächlichen Inhalt des Schiffes: Insgesamt 304.104 Tonnen Uranhexafluorid (3) in 30 jeweils 15 t schweren Fässern. Daß sich darunter drei Fässer mit bereits angereichertem Uranhexafluorid, dessen Uran aus dem westdeutschen AKW Neckar–Westheim I kommt, befanden, wurde erst am Mittwoch bekannt. (4) Außerdem hatte das Schiff 25 leere Fässer und eine unbestimmte Zahl Kisten, deren Inhalt von der französischen Regierung bis heute geheimgehalten wird, geladen. (5)

Selbst wenn Uranhexafluorid-Gas aus den Fässern entweichen würde, wären – nach Mitteilung des Schiffseigners „Companie General Maritime" (CGM) – keine ernsten Folgen für Mensch und Umwelt zu erwarten. (Faz, 28.8.84)

Fakt ist jedoch, daß es kaum Untersuchungen über die Auswirkungen eines solchen Unfalls gibt! Das Batelle–Institut hat zwar einige Fallstudien über die Folgen eines defekten Uranhexafluoridfasses im Wasser gemacht, aber die dort aufgestellten Bedingungen lassen sich nicht auf den Unfall der ML übertragen. (6)

Aber Gas könne sowieso nicht austreten – so der Eigner –, weil die 16 mm dicken Wände der Fässer bis zu einem Jahr den Wasserdruck bei 200 m Tiefe aushalten könnten. Man höre und staune!

– In ein aufgefischtes leeres Fass war Wasser eingedrungen (HAZ, 4.9.84)

– Aus einem anderen Fass war farbige Flüssigkeit gesickert, die das Produkt einer chemischen Reaktion mit dem Kunststoffschaum in den Behältern sein könnte. (TAZ, 4.9.84)

– Alle Fässer wiesen starke Beschädigungen auf, denn sie waren völlig durcheinandergeschleudert worden.

– Der vorletzte der geborgenen Behälter hatte ein Leck am Verschluß, d.h., daß Uranhexafluorid auf jeden Fall ausgetreten ist. (TAZ, 2.10.84)

Sogar die Behauptung von offiziellen Stellen, daß die aufgefischten Fässer leer seien, muß hinterfragt werden. Greenpeace hat nachgewogen: Ein als leer deklariertes Fass wog 3,5 t, normalerweise beträgt das Gewicht eines derartigen Behälters jedoch 1,2 und 1,5 t. (TAZ, 14. 9.84)

Von Radioaktivität sei natürlich keine Spur zu finden.

So sei z.B. der Innenraum des Schiffes „nicht nennenswert verseucht" (Bergungsfirma lt. TAZ 3.9.84) Dabei sind am 3,9. dem belgischen Krisenstab Meßergebnisse übermittelt worden, nach denen starke Radioaktivität in der ML und im Wasser in unmittelbarer Umgebung festgestellt worden ist. (TAZ 15.9.84)

Nach einer Untersuchung von 6 aufgesammelten angeblich leeren Fässern gaben die Behörden an, daß vier keine erhöhten radioaktiven Werte aufweisen würden, über die restlichen zwei schweigen sie sich aus. . . . . (TAZ, 7.9.84)

Die Welt schaut auf zwei Bergungsfirmen

Fünf Tage nach dem Unfall gab der frz. Staatssekretär für Meeresangelegenheiten Guy Leugagne bekannt, daß die Bergungsarbeiten nach drei Etappen – Leerung der Öltanks, Bergung der Container, Heben des Schiffes – innerhalb von drei Wochen beendigt seien. Das war wohl nichts!

Das Öl sorgte bereits bis zum 11.9. für zwei jeweils 2 km lange Ölteppiche Richtung Ostende (HAZ 11.9.84) und am 19.9. waren einige Strände östlich der Unfallstelle verseucht (FAZ, 19.9.84)

Ein wesentlicher Grund für diese Umweltkatastrophe lag darin, daß das Schiff am 10.9. auseinandergebrochen ist, bevor der Großteil der 575 t Öl geleert werden konnte. Das Bersten des Wracks wiederum wurde durch ein 5 m großes Loch hervorgerufen, das die holländische Bergungsfirma „Smit Tak" in die Frachterwand geschweißt hatte, um so Container bergen zu können. Noch am Vormittag des 10.9. hatte ein Sprecher der Smit Tak erklärt, es bestehe keine Gefahr, daß der Frachter unter dem Druck der Brandung (die das Loch weiter aufgerissen hatte) auseinanderbrechen könne. Wenige Stunden später riss der Rumpf, ein Teil der Ladung wurde dem Meeresboden übergeben. (TAZ, FAZ und HAZ v. 12.9.84)

Einen Überblick über Standort und Zustand der Fässer gab es zu keinem Zeitpunkt. Noch am 6.9. wurden Sportsegler und Fischer erneut aufgefordert, bei der Suche nach „Treibgut" zu helfen. Am 14.9. wurde das Sammeln von Treibgut untersagt. Sämtliche belgische Strände standen unter permanenter Polizeiüberwachung; Feuerwehr, Zivilschutz und Marine waren mit 2.000 Mann mobilisiert, 20 Zivil- und Militärboote standen in Bereitschaft. (TAZ, 14.9.84)

Das begehrte Strandgut waren Container, denn selbst Minensuchboote konnten nicht verhindern, daß Fässer weggeschwemmt wurden und an irgendwelchen Stränden auftauchten. Ob das Polizei-, Zivilschutz- und Militäraufgebot ausschließlich der Sicherheit der Bevölkerung diente, mag bezweifelt werden: Als Greenpeace am 11.9. ein Fass aus belgischen Gewässern holte, wurde dies sofort von „offiziellen Stellen" beschlagnahmt. (TAZ, 12.9.84) An einer kritischen Überprüfung der Fässer sind die „offiziellen Stellen" bestimmt nicht interessiert.

Und dann das Wetter! Vielleicht sollten die Atombetreiber in ihre vielen Regeln den Zusatz mit aufnehmen, daß Atomunfälle während der Herbststürme verboten sind. Denn diese haben dafür gesorgt, daß die Bergungsfirmen nur an einem von vier Tagen arbeiten konnten. Als für den 27.9. eine Springflut erwartet wurde, lag die ML völlig unbeobachtet mit 13 vollen Giftfässern mehrere Tage im Meer!

Daß die Bergungsfirmen „URS" und „Smit Tak" die Lage nicht im Griff haben, kann kaum verwundern. Keine einzige Firma der Welt hat Erfahrung in der Bergung radioaktiver Behälter aus einen Schiffsrumpf! (TAZ, 15.9.84) (7)

Ein ganz normaler Atomtransport

Das Bild dieses katastrophalen Umgangs mit einem Atomunfall (sowohl die Bergungsarbeiten als auch die Täuschung der Öffentlichkeit betreffend) wird ergänzt von den ganz normalen Bedingungen dieser Atomtransporte.

Die ML und ihr Schwesterschiff „Borodine" sind für den speziellen Transport von Giftfässern gar nicht konzipiert, sondern ähneln eher einer ganz normalen Fähre. Sie können besonders leicht sinken, da sie keine Schotten haben, die einen Wassereinbruch begrenzen.

Die Ladung der „Mont Louis"

In jedem der 30 Fässer befinden sich ca. 8,5 t Uranium (mit unterschiedlichem radioaktiven Gehalt) und ca. 3 t Flour.

18 Fässer enthalten schwach angereichertes Uranhexafluorid mit radioaktivem Gehalt des U–Isotopes 235 von 0,67 %.

Dieses Uran kommt nach Angaben von Greenpeace (LZ, 14.9.84) aus zwei frz. militärischen Atomanlagen und bildet wegen des Plutoniums eine besondere Gefahr. 9 Fässer beinhalten Uranhexafluorid mit natürlichem U–235 Gehalt von 0,71 % aus belgischem Besitz (wahrscheinlich aus dem Atomforschungszentrum Mol) und 3 Fässer enthalten schwach angereichertes Uranhexafluorid mit einem radioaktivem Gehalt von 0,88 Prozent. Das in diesen Fässern enthaltene Uran stammt aus wiederaufgearbeiteten, abgebrannten Brennelementen aus dem westdeutschen KKW Neckar–Westheim I.

Uranhexafluorid ist chemisch extrem giftig. Es reagiert besonders lebhaft mit Wasser. Dabei bilden sich Flourwasserstoff (HF) Uranylfluorid (HO2F2). Der Inhalt von einem Fass Uranhexafluorid, wie es in der ML lagerte, könnte auf 10 m und einem Quadratkilometer Größe organisches Leben weitgehend zerstören. Gegenüber der akuten Gefahr für die Tier- und Pflanzenwelt fiele diese für das Leben über Wasser vergleichsweise gering aus.

Die Hauptgefahr für den Menschen besteht in diesem Fall in der Aufnahme des Giftes innerhalb der Nahrungskette, da sich Uranhexafluorid im Lebewesen anreichert, die Konzentration also immer größer wird. Extrem gefährlich sind Uranhexafluorid–Transportunfälle für den Menschen auf dem Land.

Zu dieser Problematik wird in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung eine genauere Darstellung folgen.

(Spiegel 3.9.84) Die Eignergesellschaft „Companie General Maritim" (CGM) scheint es mit der Ladung nicht so genau genommen zu haben.

Die mit nur 24 Leuten völlig unterbesetzte Bordmannschaft hatte keinen kanalkundigen Lotsen an Bord und bisher nur Autos und Papier transportiert. Die Forderung der Besatzung nach einer Sonderzulage der Fracht wurde von der CGM abgelehnt und stattdessen jedem Seemann ein Gerät zur Messung der Zunahme von Radioaktivität in der Luft in die Hand gedrückt. Der Koch der „Borodine" war vor kurzem an Leukämie gestorben und ein Matrose wegen zu hoher Strahlenbelastung entlassen worden.... (Unabhängige 1.9./ Spiegel 3.9.)

Während das Wrack der ML immer noch nicht geborgen ist, fährt die „Borodine" schon wieder Giftladungen übers Meer. (TAZ, 2.10.84)

Dasselbe tun z.B. Fähren der Transportgesellschaft „Sealink" Jährlich schippern diese zusammen mit Passagieren 1.200 t Uranhexafluorid von Großbritanien an verschiedene Bestimmungsorte. Das entspricht einer Menge von 150 Fässern der Größenordnung, wie sie in der ML lagern. (TAZ, 29.9.84)

Dies alles sind ganz normale Atom- bzw. Chemietransporte.

Der Unfall der ML hat gezeigt, daß die Atombetreiber nicht in der Lage sind, mit Atomtransporten und Unfällen umzugehen.

Statt daraus die einzige logische Konsequenz zu ziehen, Atomtransporte sofort zu stoppen, wird die Öffentlichkeit getäuscht, und damit weiterhin der Gefahr ausgesetzt.

Sofortiger Stopp aller Atomtransporte!

Anmerkungen:

1) Fragen der Abgeordneten Frau Dr. Vollmer vom 11.9., Antwort von Dr. Dieter Schulte vom 20.9. . Weiter schreibt er, daß vom Uranhexafluorid „ unabhängig von seiner Herkunft keine Gefahr ausgeht". Bei Transporten „kam es bisher zu keinerlei Vorkommnissen, die eine Umweltbeeinträchtigung besorgen ließ".

2) TAZ, 28.8.1984

3) Diese Angaben hat Greenpeace aus der Ladungsliste der ML bekannt gegeben (TAZ, 3.9.84)

4) Spiegel vom 3.9.1984

5) Siehe zu den ominösen Kisten ausführlich TAZ, 13. und 14.9.84

6) Angaben der „Gruppe Ökologie"

7) An Schutzmaßnahmen für die Bergungsfachleute besitzt die „URS" ein bis zwei Paar Spezialhandschuhe gegen die Radioaktivität und die Toxität.

Reaktionen auf den Unfall

- Am Dienstag den 28.08.84 besetzten zwei Mitglieder des Atomkraftgegner-Kommitees von La Hague das in Le Havre liegende Schiff „Borodine" und verbarrikadierten sich in den Masten, um solange wie möglich gegen den Transport radioaktiver Materialien zu protestieren. Die „Borodine" war eigentlich für den Transport der Uranhexafluorid-Fässer vorgesehen und lag zu diesem Zeitpunkt in der Reparaturwerft. (taz, 30.8.84)

- Am gleichen Tag schrieb das österreichische Massenblatt „Kurier": *„So verantwortungslos und unsicher wie beim Straßentransport von giftigen und gefährlichen Substanzen geht es offenbar auch auf See zu. Das Risiko ist gewaltig. Radioaktive Stoffe werden klammheimlich auf unzureichend ausgerüsteten Schiffen und nach der Billigmethöde transportiert: Schwimmende Bomben."* (zitiert in taz vom 30.08.84)

- Auf einer Pressekonferenz mit Greenpeace forderte der Generalsekrtär der britischen Seeleutegewerkschaft Jim Slater ein Verbot des Transports radioaktiven Materials auf See bis zur Ausarbeitung von strengen internationalen Vorschriften. Außerdem wurden die Mitglieder angewiesen, ein britisches Schiff zu boykottieren, das möglicherweise für einen Plutoniumtransport von Frankreich nach Japan unter Vertrag genommen wird. Greenpeace rief die französischen Hafenarbeiter in Cherbourg auf, die Verladung des Plutoniums zu verhindern. (nach HAZ, 11.9.84)

- Die französische Seeleutegewerkschaft forderte eine Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen und verlangte ausreichende Schutzmaßnahmen für die Besatzungen von Schiffen mit gefährlicher Fracht. (nach taz 30.08.84)

- In einem offenen Brief an die ÖTV hat Greenpeace die Gewerkschafter aufgefordert, ähnlich wie die britischen, die dänischen, belgischen und französischen Gewerkschaften, ihre Mitglieder aufzurufen, sich Atomtransporten zu widersetzen. (taz 14.09.84)

- Das europäische Parlament beschließt am 13.09.1984 eine Entschließung, in der die Regierungen der EG-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, Mindestbedingungen für den Transport radioaktiver oder anderer hochgefährlicher Stoffe streng einzuhalten. Die „Regenbogen-Fraktion" lehnte die Kompromißentscheidung ab, da sie sich auf „schnelle und restlose Aufklärung" des Mont Louis - Unfalls und auf „sofortige Maßnahmen" zur Vermeidung solcher Unfälle in der Zukunft begrnzt. Undine von Plottnitz aus Lüchow-Dannenberg hat für diese Fraktion den „sofortigen Stopp des Plutoniumkreislaufes sowie das Verbot des Transports aller dabei anfallenden gefährlichen Stoffe" und den „Ausstieg aus der Atomenergie und eine vollständige atomare Abrüstung" gefordert.

Der lange Weg des Giftes

Wenn Brennstäbe aus bundesdeutschen AKWs abgebrannt sind, müssen neue her. Hier zwei Beispiele für tausende von Kilometern lebensgefährdender Atomtransporte.

Die abgebrannten Brennelemente kommen in die WAA nach La Hague. Die dort wiedergewonnenen Uranreste werden vom Nordosten Frankreichs ins südfranzösische Pierrelatte gebracht, wo sie in schwach angereichertes Uranhexafluorid umgewandelt werden. Dazu wird das Uranmetall mit Säuren aufgelöst und in einen gasförmigen Zustand gebracht und so zum Ausgangsprodukt für die Urananreicherung gemacht wird. Von Pierrelatte aus gehts dann an die französische und belgische Kanalküste und mit Frachtern durch die Nordsee, durch den Nord-Ostsee-Kanal (Schleswig-Holstein), durch die Ostsee in die sowjetische Hafenstadt Riga. Dort reichert die UdSSR seit mehr als zehn Jahren Uran in Gasdiffusionsanlagen auf die für Brennelemente nötigen radioaktiven U – 235 Gehalte von 3 % an. Das angereicherte Uranhexafluorid wird wieder in die BRD gebracht und in einer bundesdeutschen Brennelementefabrik zu neuen Uranbrennstäben verarbeitet. Von da aus gehen die Brennstäbe wieder in ein AKW (im Fall der Mont Louis Neckar-Westheim I), bis sie wieder abgebrannt sind... In Luftlie ausgerechnet, ergibt ein solcher g mindestens 7.000 km!

Ein zweites Beispiel:
„In Kanada als Uranerz gefördert und in Uranhexafluorid umgewandelt , wurde es zur Isothop - 235 - Anreicherung nach Riga in die UdSSR verschifft. Von dort ging es per Schiff über den französischen Hafen Le Havre nach Seattle in die USA. Weil die Küstenwacht es versäumt hatte, die Hafenbehörden über die gefährliche Fracht zu informieren lagen die Container mit dem gereicherten Uranhexafluorid drei Wochen an der Pier im Hafen von Seattle. Niemand konnte die deutschen Frachtpapiere lesen. Schließlich wurden die Container mit Lastwagen nach Richland gebracht und zu Urandioxidtabletten verarbeitet, die man im westdeutschen Hanau in Brennelemente einarbeitete. Im Kraftwerk Biblis abgebrannt, dürften die Brennstäbe inzwischen in einer Aufbereitungsanlage in England oder Frankreich gelandet sein." (aus taz vom 12.9. 1984, nach Greenpeace)

8.10.84 - der Tag X

Collection Lako foundation
www.lako.org
Digitized 2016

Zusammenfassung der Ereignisse

Montag, 14.05 Uhr. Von den durch die am Morgen ausgelöste Telefonkette mobilisierten auswärtigen AKW-Gegnern hatte noch kaum einer den Landkreis erreicht, als 4 Tieflader mit insgesamt 210 Atommüllfässern a 200 Liter das Tor zum Zwischenlager passieren. Begleitet von massenhaft Polizei, Räumfahrzeugen und Wasserwerfern war der Transport mit schwach radioaktivem Material am frühen Vormittag in Stade gestartet. Gelenkt durch Hubschrauber nahm der Konvoi die südliche Route ins Zwischenlager, über Uelzen, Clenze, Wustrow, Lübbow und Dangensdorf. Daß der Transport einen so großen Umweg machen und dabei Straßen benutzen würde, die für Schwertransporte gar nicht ausgelegt sind - damit hatte niemand gerechnet.

Als sich herausstellte, welche Route der Transport nehmen würde, fuhren viele zur Bundesstraße beim Rondel, zwischen Trebel und Gartow, bereit, die LKWs zu blockieren. Der Konvoi bekam jedoch aus der Luft die Anweisung, die Strecke zu ändern und über Nemitz, Trebel und den »Mastenweg« ins Zwischenlager zu rollen.

Trotz Polizeisperren waren inzwischen mehrere Trecker am Zwischenlager angelangt, andere Blockierer stießen dazu. Der Transport mußte stoppen, die Bullerei räumte die Straße mit Tränengas und Hunden frei, und der erste Atommüll fuhr ins Zwischenlager ein.

Sollte Tag X so schnell zu Ende gewesen sein? In den folgenden Stunden erreichten mehr und mehr AKW-Gegner das Wendland. Viele beschlossen, über Nacht zu bleiben, denn es hieß, daß spätestens am nächsten Morgen ein neuer Transportt aus Stade losfahren würde. Noch am Nachmittag begannen die ersten Material- und Autoblockaden. Sie schafften die ganze Nacht über Unruhe und vermittelten das Gefühl, nicht aufgegeben zu haben.

Am Abend fanden in Platenlaase und Trebel Treffen statt. Dort wurde beschlossen, am nächsten Morgen das Blockade-Konzept vom 30.4. wieder aufzunehmen und die Region östlich der Strecke Dannenberg-Lüchow zu blockieren - unabhängig davon, ob ein Transport ankommen würde oder nicht.

Noch einmal wurde die bundesweite Telefonkette ausgelöst. Bis zum Morgen waren etwa 1.500 Blockierer im Wendland. Gegen 7.00 Uhr begannen entsprechend dem vereinbarten Konzept die Blockaden. Baumstämme, Verkehrsschilder, Strohballen, Reifen rauf auf die Straße, dann nichts wie weg. Glasscherben wurden in das von den brennenden Barrikaden aufgeweichte Pflaster (Pflaster? d.S.) gedrückt.

Um 11.00 Uhr startete der 2. Konvoi in Stade: 296 Fässer Atommüll in 10 Containern auf 5 Sattelschleppern. Mit noch größerem Polizeiaufgebot als am Vortag schlängelte sich der Transport wieder über die Südroute in den Landkreis. In Munster machte der Konvoi eine Stunde Pause - gesetzlich vorgeschrieben, wie es offiziell hieß. Der Grund war jedoch eine Organisationspanne zwischen der Polizei und der Kommandantur eines Truppenübungsplatzes; es wurde mit scharfer Munition geschossen.

20 Minuten lang kam der Konvoi das erste Mal in Wustrow zum Stehen. Mehr als 200 Leute und über 40 Fahrzeuge machten die Straße dicht. Mit schwerem Gerät, Hunden und Schlagstockeinsatz räumte die Polizei die Blockade ab. Durch die Blockade festgesetzt, stand auch ein Lebenshilfe-Bus auf der Straße und konnte nicht weiter. Die Polizei machte nicht davor halt, die behinderten Kinder aus dem Bus zu zerren und mit Knüppeln zu bedrohen.

In Schmarsau: Schrittempo. AKW-Gegner, darunter Bauern, hielten mit Zugmaschinen und einer Barrikade aus Strohballen die Kolonne auf. Mit Tränengaseinsatz sicherten die Bullen die Weiterfahrt des Atommülls.

Am Rondel warteten ca. 300-400 Leute darauf, den Transport zu behindern. Doch auch hier ging die Polizei brutal vor, es kam zu keiner Blockade. Ausgelöst durch das provozierende Verhalten der Bullen, die sich an den herumstehenden Autos zu schaffen machten, kam es zu Gerangel, dann zu Prügeleien, Steine flogen.

Am Zwischenlager schließlich, das weiträumig abgesperrt war, warf sich ein AKW-Gegner, wohl aus Verzweiflung, Wut und Hilflosigkeit vor den Transport. Er wurde von der Straße gezerrt, zum Glück, denn der Transport bremste nicht einmal ab. Kurz nach 18.00 Uhr rollten die Wagen mit den Atommüllfässern mit einer guten Stunde Verspätung ins Zwischenlager. Die Blockaden gingen noch die ganze Nacht weiter.

Zwei Tage und zwei Nächte Tag X - die Atommülltransporte sind teuer, auch wenn wir sie nicht verhindern können. 2000 Bullen, BGS- und SEK-Trupps demonstrierten einmal mehr im Wendland den Atomstaat.

In Gedelitz wurde ein Einzelner von mehreren Turnschuhbullen brutal zusammengeschlagen und liegengelassen.

Zwei Männer aus Celle wurden an einer Barrikade verhaftet. Chemical Mace ins Auto, dann wurden sie rausgezerrt, mußten sich auf den Boden legen. Bei jeder Bewegung gab es Tritte, sie durften sich nicht einmal die Augen reiben. Anschließend erkenungsdienstliche Behandlung.

Zwei Andere wurden zusammengeschlagen, nachdem sie ihre Personalausweise gezeigt hatten.

Insgesamt gab es Hunderte von Personenkontrollen, der zentrale Ermittlungsausschuß zählte über 70 Festnahmen zur ED-Behandlung.

15 Leute wurden für länger festgesetzt, nachdem sie an einer brennenden Barrikade verhaftet wurden. 6 mußten über Nacht im Knast bleiben, sie wurden erst Mittwoch mittag freigelassen, ohne jedoch dem Haftrichter vorgeführt worden zu sein.

Die Ermittlungsverfahren laufen über Nötigung, Brandstiftung, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, versuchte gemeinschaftliche Körperverletzung, bis hin zu illegalem Waffenbesitz.

Meldet Euch beim zentralen Ermittlungsausschuß, wenn Ihr verhaftet worden seid oder Verhaftungen bezeugen könnt!
EA: Tel.: 05844/1501

Es geht los ...

Das Telefon klingelt um kurz vor halb elf: »Es geht los, heute morgen ist ein Transport aus Stade losgefahren, wir treffen uns im Büro.«
Heute sollte auch das End-Lay Out für die Zeitung gemacht werden, aber nach ein paar Anrufen beschließen wir, den Drucktermin zu verschieben. Die Redaktion fährt mehr oder weniger geschlossen ins Wendland, und mit der atommüllzeitung treffen wir uns am Abend in Lüchow.
Eine Stunde später im Arbeitskreisbüro. Ein par Autos sind schon losgefahren, 60 oder 70 Leute warten auf neue Informationen oder Mitfahrgelegenheiten. Der Atommülltransport soll um elf Uhr Buxtehude passiert haben. Länger zu warten, um eventuell einen Konvoi zusammenstellen zu können, erscheint wenig sinnvoll, wir fahren los.
Etwas genervt von dem dichten Verkehr in Braunschweig kommen wir auf der B 4 gut voran - bis kurz vor Uelzen, wo uns die Polizei auf einen Parkplatz winkt, wir haben es nicht rechtzeitig bemerkt. Papiere, Führerschein, wo wir hinwollen, wem der Helm gehört, ungefähr 20 Minuten sitzen wir fest, die beschlagnahmten Sachen werden nicht quittiert. Die Fahrzeugdurchsuchungen werden nur von wenigen Polizisten vorgenommen, die meisten langweilen sich in ihren Bullis.
Die Leute in der Uelzener Info-Stelle, wo wir den aktuellen Stand der Dinge erfragen wollen, empfangen uns etwas bedrückt: »Einen Kaffee können wir euch anbieten, aber der Transport ist seit zwei Stunden im Zwischenlager.« Die Wachen am AKW Stade sind abgegeriffen und mehrere Stunden festgehalten worden, konnten den LKWs also nicht hinterherfahren. Der Transport hat dann eine völlig unerwartete Strecke genommen undist über kleine und kleinste Straßen dicht an der DDR-Grenze entlang ins Zwischenlager gelangt. Ständig haben Hubschrauber die Route von der Luft aus beobachtet und bei Bedarf den Konvoi umgeleitet; es ist aber dennoch zu ein paar Trecker- und Materialblockaden gekommen, die von der Polizei jedoch schnell aufgelöst worden sind. Mehr als 40 Mannschaftswagen haben die LKWs begleitet.
Die meisten Straßen ins Wendland, sagen die Uelzener, sind möglicherweise nach wie vor abgesperrt, alle neu ankommenden Leute sollen sich erst mal in Trebel sammeln. Wir suchen uns auf der Karte eine Strecke aus und kommen nach fast zwei Stunden und einer recht abenteuerlichen Fahrt bei den Trebeler Bauernstuben an. Leider hat die BI Lüchow-Dannenberg hier keine Informationsstelle eingerichtet, so daß man sich die aktuellen Nachrichten regelrecht zusammenklauben muß.
Mehrere Leute sind in Richtung Rosche gefahren, um die leeren Lastwagen auf dem Rückweg zu blockieren, die meisten jedoch sind los zur Göhrde, um eine Totalsperrung der Bundesstraße 216 zu versuchen. Wieviele Gruppen insgesamt im Wendland unterwegs sind, um Aktionen zu machen, weiß niemand; auch nicht, wie die Mobilisierung in den einzelnen Städten gelaufen ist.

Es ist jetzt halb fünf. Mit C. aus Lüneburg haben wir uns für 18.00 Uhr im BI-Büro in Lüchow verabredet. Irgendwoanders hinzufahren lohnt sich für uns also nicht, zumal die Göhrde genau in entgegengesetzter Richtung liegt.
Überall ist unglaublich viel Polizei unterwegs, die via NDR vom Innenministerium bestätigten »mehreren Hundertschaften« sind nicht nur eine Untertreibung, sondern einfach lächerlich.
Trotz großer Geschäftigkeit und ununterbrochen klingelndem Telefon herrscht im Büro der BI Lüchow-Dannenberg eine gewisse Ratlosigkeit. Daß der erste Atommüll so schnell und so wenig behindert ins Zwischenlager einfahren konnte, ist zweifellos eine negative Überraschung. Es war ja keine Nacht- und Nebelaktion der Betreiber, sondern eine gesuchte und offen ausgetragene Kraftprobe, ausgetragen und gewonnen weniger mit direkter pysischer Konfrontation - obwohl auch das sicher möglich gewesen wäre - als mit Cleverneß und verblüffender Flexibilität des doch allzu oft so trägen Polizeiapparates. Im Landkreis waren seit Wochen praktische Vorbereitungen für den Tag X getroffen worden, Material organisiert, Sperren präpariert, Werkzeug bereitgelegt, nur, wenn man so ausgetrickst wird wie heute, dann nützt das alles nichts.
Für morgen wird ein weiterer Transport aus Stade erwartet. Nichts genaues, Hannes von der BI will auch seinen Informanten nicht preisgeben, aber wohl doch so wahrscheinlich, daß erneut Alarm ausgelöst bzw. der bestehende verlängert werden soll, bundesweit.
Für uns ist keine Nachricht von C. da, C. selber auch nicht, er soll aber auf dem Weg in die Göhrde gesehen worden sein. Wir hinterlassen dann selbst eine Notiz und fahren los - auf dem Weg nach Lüneburg, wo das Lay Out ist und wo wir C. irgendwann in jedem Fall treffen, müssen wir ohnehin durch die Göhrde.
Ein bißchen frustriert fühlen wir uns schon. Wir sitzen seit mehr als sechs Stunden im Auto, ohne auch nur ansatzweise an einer Aktion teilgenommen oder uns sonst nützlich gemacht zu haben. Ob es gelingt, in den kommenden Nächten und Tagen einen massenhaften politischen Protest gegen die erste Atommülleinlagerung zu entfachen, erscheint zweifelhaft, ob die Region »unregierbar« gemacht werden kann und die Weiterexistenz des Zwischenlagers damit politisch verunmöglicht wird, erst recht -das ist wohl eine Illusion gewesen, der sich hinzugeben ganz angenehm und motivierend gewesen sein mag, aber die jetzt zerplatzt ist wie eine Seifenblase.

Dennoch, Widerstand leisten, das ist weiterhin wichtig, nicht nur für das Wendland, sondern für die gesamte Anti-AKW-Bewegung, deren politisches Überleben sehr stark mit davon abhängt, was sich in der Folge von Tag X entwickelt und was nicht. Daß es nicht gelungen ist, für das Wochenende danach eine bundesweite Aktion am Zwischenlager ducrhzusetzen, erscheint uns im Moment fataler denn je und in seinen politischen Kosequenzen mindestens ebenso verhängnisvoll wie das Nicht-Zustandekommen einer Großdemonstration vor Ort nach der Räumung der Republik Freies Wendland.
Inzwischen ist es dunkel geworden. Der einsetzende Regen, die Blaulichter der Mannschaftswagen und die gut sichtbaren Barrikaden-Überreste verbreiten eine leicht gruselige Atmosphäre, als wir kurz vor der Göhrde nicht mehr weiterkommen. Direkt neben uns stürmen knüppelschwingende Bullen auf einen am Straßenrand abgestellten Käfer zu. Auf einer Länge von fast einem Kilometer hat sich der Verkehr gestaut; ungefähr 60 Autos haben hier vor einer Stunde beide Fahrstreifen völlig dicht gemacht. Die Fahrzeuge sind von mehreren Hundertschaften umstellt, und ein Teil von ihnen ist bereits an die Seite gewuchtet. Im Scheinwerferlicht einer Fernsehkamera nimmt der Einsatzleiter, postiert zwischen seinen Männern, zu dem Geschehen Stellung. Angesichts der Kräfteverhältnisse bleibt keine andere Möglichkeit, als die Blockade aufzuheben, wenn man ungeschoren davonkommen will.
Wir treffen andere Göttinger, auch Leute aus Lüneburg. Das Gerücht von einem zweiten Transport hat sich verdichtet, vielleicht kommt er sogar schon heute nacht. Für den Abend ist ein Treffen in Platenlaase einberufen worden. In den Städten wird weiter mobilisiert. T. erzählt von der Blockade der leeren LKWs in Rosche, die mit Hunden und Tränengas ohne langes Fackeln von der Polizei geräumt worden ist. Auch an anderen Stellen des Wendlands hat es härtere EDinsätze gegeben, mehrfach sind AKW-Gegner festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden.
Knapp hundert Leute treffen sich dann noch einmal in Metzingen, ein Stück zurück in Richtung Dannenberg. Eine größere Blockade kommt aber nicht mehr zustande, weil mitten in der Diskussion darüber, was weiter zu tun ist, die Polizei die Straße zu räumen beginnt. Die meisten Leute wollen zum Treffen fahren, wir fahren nach Lüneburg. C. ist immer noch nicht aufgetaucht.
Telefonisch erfahren wir, daß das »Cafe Grenzbereich« in Platenlaase aus allen Nähten platzt, ein Parallel-Treffen muß organisiert werden, in Trebel. Es gibt eine Meldung, daß der zweite Atommülltransport bereits unterwegs ist und ein dritter ebenfalls noch in der Nacht losfährt. Wir beschließen zu bleiben, nur K. muß nach Hause. Es geht aber noch ein recht günstiger Zug, so daß wir das Auto hier behalten können.
Kurz vor Mitternacht kommen die Leute vom Lüneburger Arbeitskreis zurück. In Platenlaase und Trebel ist besprochen worden, ab morgen früh alle Zufahrtsstraßen ins Wendland östlich der B 248 zwischen Dannenberg und Lüchow zu blockieren. Auch in der Nacht sollen Aktionen stattfinden, jeder nach seinen Kräften, jeder nach seinen Möglichkeiten.
Noch stundenlang klingelt das Telefon, immer wieder neue Meldungen und Anfragen, ich bin völlig gerädert, als wir nach nur wenigen Stunden Schlaf um fünf Uhr morgens aufstehen.

The Day after

Knapp zehn Autos fahren von Lüneburg los. Unterwegs laden wir noch einen Schwung Reifen zu, die vor ein paar Wochen im Wald versteckt worden sind. Unser Aktionsfeld wird die Elbuferstraße zwischen Quickborn und Langendorf sein.
Nach Vorbild der Wendland-Blockade wird die Fahrbahn mit Baumstämmen, Ästen, Gestrüpp und Verkehrsschildern verbarrikadiert. Die meisten Hindernisse werden allerdings relativ schnell wieder abgeräumt, oft unter tatkräftiger Mithilfe empörter Bürger. Auf der Hut sein müssen wir vor den Bullen, auf der Anfahrt haben wir in den Waldwegen mehrere Sondereinsatzkommandos lauern sehen. Die Motorradmelder berichten, daß es auch auf vielen anderen Straßen immer wieder zu Behinderungen kommt. In der Nacht, so erzählen zu uns gestoßene Hamburger, hat es an mindestens einem Dutzend Stellen Barrikaden gegeben.
In Dannenberg, wohin wir am Mittag auf eine Tasse Kaffee fahren, wimmelt es von Zivilpolizei. Mehrere Hundertschaften Bundesgrenzschutz fahren auf - und wieder ab. Die Gerüchte von den nächtlichen Transporten entpuppen sich als Gerüchte; stattdessen wird bestätigt, daß gegen elf Uhr tatsächlich ein aus fünf LKWs und fast fünfzig Polizeifahrzeugen bestehender Konvoi aus Stade losgefahren ist. Leute von uns haben sich drangehängt und geben ständig bescheid, welche Strecke er nimmt.
In Trebel wird, wie es heißt, um 13.00 Uhr ein weiteres Treffen stattfinden, auf dem besprochen werden soll, ob und wie der Transport aufgehalten werden kann. Wir sind unsicher, was wir machen sollen, die meisten aus unserer Gruppe fahren wieder los zur Stätte unseres vormittäglichen Wirkens, unsere Autobesatzung entscheidet sich schließlich für Trebel. Auf dem Weg dorthin machen wir noch mal im BI-Büro halt. Wirklich ohne Unterbrechung geht das Telefon; der Transport ist in Soltau die Autobahn runtergefahren und wird weiterhin beobachtet.
Auf dem Parkplatz vor den Bauernstuben tummeln sich vielleicht hundertfünfzig Leute, auf der anderen Straßenseite sind Mannschaftswagen aufgefahren. Noch extremer als gestern empfinden wir das Fehlen einer funktionierenden Kommunikationsstruktur. Obwohl ständig aus Lüchow angerufen wird, dringen die Informationen nicht nach draußen zu den Wartenden, keiner weiß, was er machen soll, niemand von der BI kümmert sich um die neu ankommenden Leute.
An einem der Kneipentische schwadroniert Marianne Fritzen über den gestrigen Tag, aber kaum jemand nimmt von ihr Notiz, die meisten kennen sie - über Jahre hinweg nicht unumstrittene Symbolfigur des wendländischen Widerstandes - nicht einmal, sie scheint auch gar nicht willens, Einfluß auf die Geschehnisse zu nehmen.
Ein Treffen kommt nicht zustande, Vorschläge für ein gemeinsames Handeln verpuffen, einzelne Gruppen fahren ab, teilweise in Richtung Zwischenlager, um den Transport dort in Empfang zu nehmen, andere zurück in den Wald, um mit den Blockaden weiterzumachen. Dann umstellt die Polizei den Hof. Niemand kommt mehr heraus ohne Durchsuchung und Personalienfeststellung. Die Stimmung sinkt auf den Nullpunkt. Freunde aus Celle berichten von brutalen Übergriffen am Nachmittag, von Hundeeinsätzen, Schlägen, Tritten in den Bauch, ED-Behandlungen und Chemischer Keule durch die Autofenster.
Angeblich haben sich in Groß Breese eine Menge Leute versammelt, um den Konvoi vielleicht dort aufzuhalten. Als wir ankommen, stehen aber nur ein paar Wannen herum, ansonsten ist kaum ein Mensch auf der Straße zu sehen.
Zurück im BI-Büro hören wir, daß der Transport über eine Stunde in Munster gehalten hat, angeblich, um die gesetzlich vorgeschriebene Ruhepause für den Fahrer einzuhalten; inzwischen hat er aber Kurs auf Uelzen genommen.
Nur drei Autos sind es, die dem Transport, der ganz offensichtlich dieselbe Route wie gestern einzuschlagen gedenkt, von Lüchow aus entgegenfahren. Kurz vor Clenze brennende Strohballen, die erst vor wenigen Augenblicken von der Straße gezogen worden sind, auch rechts von uns raucht es. Der Asphalt weist überall Barrikaden-Spuren auf.
Von einer kleinen Anhöhe aus sehen wir in vielleicht zwei, drei Kilometern Entfernung auf einer Parallelstraße den Atommülltransport, das heißt, eigentlich sehen wir nur zwei Hubschrauber dicht über dem Boden. Aber obwohl wir noch einmal wenden und ihm auf einer kleinen Verbindungsstraße den Weg abschneiden wollen, bleibt es für uns bei diesem Sichtkontakt. Mehr haben wir an diesen beiden Tagen von den radioaktiven Fässern nicht mitbekommen. Noch einmal hinterherfahren wollen wir nicht, wir sind völlig kaputt, und daß in Wustrow und an anderen Stellen doch noch sehr effektive Auto- und Materialblockaden zustande-kommen, können wir schließlich nicht ahnen.

X., Atom Express-Red.

Ein Erfahrungsbericht

Nach einem ziemlich chaotischen Dienstag nachmittag sammelten sich ca. 60 AKW-Gegner in Prezelle. Die Möglichkeit, noch irgendwelche Barrikaden zu bauen war inzwischen durch eine große Bullenpräsenz stark ein eingeschränkt, aber die Wahrscheinlichkeit, dem Transport hier zu begegnen, war recht groß. So begannen wir an einer Kreuzung, eine Auto- und Sitzblockade vorzubereiten. Dieses Konzept wurde dann in einen langsam fahrenden Auto-konvoi, mit einem Trecker vorneweg, umgewandelt. Gegen 17 Uhr starteten wir in Richtung Lomitz, dem Transport direkt entgegen. Doch bevor alle Wagen die Kreuzung überquert hatten, rauschte die Bullerei schon von hinten heran. Mit fünf Autos konnten wir noch den Trecker überholen und uns absetzen, bevor dieser gestoppt und Fahrerin und Beifahrer heruntergerissen wurden. Zwischen Lomitz und Schletau stießen wir auf eine brennende Barrikade. Nach einem kurzen Stop stellten wir fest, daß sich das Teil umfahren ließ und ein Bullen-PKW hinter uns auftauchte. Im folgenden Chaos gelang es unserem Auto nicht mehr, noch in den Konvoi mit rein zu kommen, da es von den Cops abgetrennt und angehalten wurde. Hinter uns hielt eine Wanne, und Sekunden später waren wir von Bullen umringt. Sie schlugen auf die Scheiben ein und zerrten uns aus dem Auto. Eine Frau verletzte sich dabei das Knie. Anschließend wurden wir durchsucht und mußten uns auf einen Zaun an der Straße setzen. Das Auto wurde an den Rand geschoben, drei Reifen der Ventile beraubt und einer zerstochen.
Die Bullen waren oberätzend drauf. Um Prügel kamen wir zwar rum, wurden aber unsanft rumgestoßen und angepöbelt. Das lief über Sprüche wie: »Ihr kommt Euch wohl groß vor?« bis »Hier stinkt's« oder »Laßt uns das Gesocks loswerden!« Das ganze in einer Stimmung, in der klar war - für jede Bemerkung gibt's einen drauf.
Nach einer Weile mußten wir in die Wanne steigen und uns auf den Boden hocken. So wurden wir nach Prezelle und zurück gefahren. Dann kam der Transport: vorneweg ein Räumpanzer, einige Bullis und darunter verteilt vier Räumfahrzeuge, ein Wasserwerfer und anschließend etliche Wannen und zwei Mannschaftsbusse, dann die LKWs, denen ein ähnliches Aufgebot folgte.
Nachdem der Spuk vorbei war, wurden wir erneut in die Wanne gesetzt und ins Lager nach Woltersdorf transportiert. Dort angekommen, sperrten sie uns in einen Gefangenentransporter, jeden von uns allein in eine Zelle. Nachdem wir dort zwei Stunden geschmort hatten, folgten ED-Behandlung (d.h. 8 Fotos von allen Seiten, Fingerabdrücke, Größe und Gewicht) und Vernehmung.
Erst ganz zum Schluß erfuhr ich den Festnahmegrund: § 315 b (gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr). Wir sollten also die Barrikade gebaut haben, über die wir gestolpert sind.
Während der ED-Behandlung stellte sich auch heraus, daß jene Bullen, die uns festgenommen hatten, erst keinen Grund dafür nennen konnten. Gegen 21.30 Uhr wurden wir dann wieder freigelassen. Am nächsten Tag mußten wir noch feststellen, daß die Bullerei auch noch das Zündschloß unseres Autos zerstört unsd Tränengas in die Lüftung gesprüht hatte.

Wustrow – vom Mittel- in's Atomzeitalter.

Seit kurz nach 14.00 Uhr kündigt sich am Dienstag, den 9. Oktober, für das kleine Städtchen Wustrow der zweite Tag der Invasion an. An allen strategischen Punkten lauern die grünen Bullenwannen. Die lieben Tierchen beginnen auszuschwärmen. Sie stehen alle 20 Meter vom Ortseingang bis zum Ortsausgang. Jedes geparkte Fahrzeug wird kontrolliert. Etliche Fahrzeuge sollten hier doch gar nicht stehen! Wo sind die Fahrer? Gehört Ihnen dieses Fahrzeug? Was soll die Radpanne auf der Jeetzelbrücke? Der Nachmittag wird lang.
Warum fahren Sie immer dieselbe Strekke lang? Parken hier? Gleich sind zwei Bullen zur Stelle. Das geht nicht! Papiere zeigen!
Der Nachmittag wird länger. Die Invasion läßt auf sich warten. Was Beine zum Stehen hat, steht draußen. Auch der Inhalt der Kneipe an der Jeetzelbrücke hat sich auf den Bürgersteig ergossen. So hätten die sich den Triumphzug nach der Eroberung Moskaus vorgestellt. Fast 17. 00 Uhr.
Da ist sie dann, die Bullenwalze. Plötzlich erzittern die Häuser. Drei Hubschrauber oben und die geballt gepanzerte Staatsmacht unten. Ein brauner 280er Mercedes schießt als erster über die Brücke, bleibt breitbeinig stehen. Blondes Mädel auf Beifahrersitz. GÖ–M–676. Klar. Gemischte Zivis. Kelle. Telefon.
Zuschauer werfen sich vor die LKW's, die noch in der engen Kurve der Kirchstraße stehen. Der Transport gerät in's Stocken. Weißbehelmte Knüppelhorde im Kampfanzug über die Brücke. Hunde raus. Stürzen sich auf Oma ihr Pudel. Der bleibt am Leben. Glück gehabt. Konvoi steht noch. Autos haben sich vor die Bullenwalze geschoben. In letzter Minute doch noch zuwege gebracht. Walze steht. 20 Minuten. Die Walze rollt wieder. Da wird noch der Fahrer eines Behindertenfahrzeugs unsanft auf den Boden wendländischer Wirklichkeit geholt. Zwei Zuschauerinnen gehen mit ihren Regenschirmen auf die uniformierten Invasoren los. Bewußtsein wächst, die Walze rollt.
Nun wein nicht, Junge! Stehst hier auf der Brücke und weinst. Mensch, das ist doch nicht der letzte Transport. Du kriegst ihn noch. Bist nicht umsonst in's Wendland gekommen.

D.

Rede von H.Kempmann, Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg auf der Demo am 13.10.

Liebe Freunde,
als wir begannen, diese Demonstration vorzubereiten, da wussten wir, daß wir den ersten Transport von Atommüll nach Gorleben nicht würden verhindern können. Sicher hat es im Laufe der vielen Jahre, in denen hier Widerstand geleistet wird, Fehler gegeben.
Aber daß der erste Atommüll jetzt hier ist, ist nicht so sehr eine Folge von Fehlern in der Bewegung, es ist Ausdruck der tatsächlich existierenden Machtverhältnisse. Diese Bewegung gegen Gorleben und Dragahn ist ein Musterbeispiel für einen in der Bevölkerung verankerten Widerstand. Bauern und Freaks, Hausfrauen und Lehrer, Pastoren und Ärzte, alle sind, jeder auf seine Weise aktiv.

Es war nur möglich, Atommüll hierher zu bringen, weil dieser Landkreis am letzten Montag und Dienstag vergewaltigt wurde.
Es war nur möglich, Atommüll hierher zu bringen, weil über 2000 Polizisten, bewaffnet mit Hunden, Schlagstöcken und Pistolen, in Panzerfahrzeugen, Hubschraubern und mit Wasserwerfern im Einsatz waren.
Es war nur möglich, Atommüll hierher zu bringen, weil man schnell vor einer anstehenden Gerichtsentscheidung vollendete Tatsachen schaffen wollte. Wen wundert es, daß das Gericht gegen geschaffene Entscheidungen nicht entscheiden konnte und wollte.
Es war nur möglich, Atommüll hierher zu bringen, weil man schon lange vor dem Tag X alles, was mit diesem Tag in Zusammemhang steht, verboten hat.
Dieses Plakat wurde verboten. Das Wort ‚verhindert' ist ein verbotenes Wort geworden. Der Aufruf für den Tag X wurde verboten, aber nicht nur der Besitz solcher Aufrufe oder das Weiterverbreiten sind verboten. Nein - die Gerichte haben sich nicht entblödet auch die Kenntnis des Inhalts eines solchen Aufrufs unter Strafe zu stellen.
Liebe Freunde, der Atomstaat, dieses Gebilde des Fortschritts, hat viel Ähnlichkeit mit mittelalterlicher Inquisition.
In Lüneburg und auch hier wurden verschiedene Büros und Wohnungen durchsucht.
Der Sinn und Zweck solcher Aktionen ist klar:
Man wollte Angst produzieren. Man wollte eine Mobilisierung für den Tag X unmöglich machen. Man wollte vor allem mal wieder in gute und böse Atomkraftgegner spalten.
Ich sage den Herren Staatsanwälten und ihren Handlagern vom 7. Kommissariat, der politischen Polizei ganz klar: Es gibt nur einen Widerstand. Es gibt keine Spaltung. Diese Demonstration hier, diese vielen tausend Menschen sind ein überwältigender Beweis: Eure Strategie des Teilen und Herrschen ist fehlgeschlagen. Und weil dies danebengegangen ist, deswegen müßt ihr hier jeden weiteren Transport mit einem Heer von Polizei schützen lassen. Ihr müßt hier für jeden Transport die Dörfer weiträumig abriegeln. Ihr könnt hier im Wendland nur Atommüll einlagern, wenn ihr hier Zustände wie in Nordirland erzeugt.
Es wird hier keine Ruhe und keinen Frieden geben, solange die Herren Albrecht und Grill, Poggendorf und Abraham und wie sie alle heißen, mit der Zerstörung dieser Region weitermachen.

Ausnahmezustand oder neue Normalität?

Drei Hubschrauber knattern dicht über Wustrow, Polizeisperren riegeln das Dorf hermetisch ab, durch den Berufsverkehr bilden sich lange Autoschlangen. Die Dorfstraßen verstopfen ca. 40 Mannschaftswagen der Polizei, gepanzerte Fahrzeuge, Räumfahrzeuge, Wasserwerfer, Hundestaffeln. Mittendrin vier Container-LKWs mit Atommüll.
Wenige Minuten später die gleiche gesprenstische Szenerie in Prezelle. Bauern werden auf ihren Höfen eingesperrt, egal ob sie zum Futtermachen aufs Feld oder zum Blockieren wollen. Die Polizei errichtet Baumbarrikaden, die Straßen um Gorleben sind mit Nato-Draht abgesperrt, von Gorleben nach Gedelitz kann auch am späten Abend nur wer nachweist, daß er dort wohnt. Bereits zum Auftakt wurden die sieben AKW-Beobachter verhaftet. Tatverdacht – ein Telefongespräch, um den Alarm auszulösen. Die erste Straßensperre war bereits 40 km lang, von Stade nach Buxtehude.
Blockaden wurden innerhalb kürzester Zeit unter Einsatz von Knüppeln, Chemical Mace, dem Einsatz von 15 Hunden an langen Leinen auf Straßenbreite geräumt.
Die angewandte Brutalität war keine Reaktion auf die Widerstandsaktionen. Bereits zwei Tage vor der Einlagerung hatte Innenminister Möcklinghoff angekündigt, die Polizei werde energisch gegen Rechtsbrecher vorgehen. *„Schrille Töne"* aus den Reihen der AKW-Gegner verbat er sich, hier wurde die Bereitschaft signalisiert, bis zum äußersten zu gehen. Von Versöhnlichkeit wie im Friedensherbst war keine Rede mehr.
Das Atomstaatsszenario war von den BIs für den Beginn der Atommülltransporte vorausgesagt worden. Die Normalität ist aufgehoben. Keiner kann mehr fahren, gehen, wann und wohin er will. Lange Autoschlangen, Kontrollen aus der Luft und auf der Straße – Warten bis der Atommülltransport vorüber ist. Mehr als dreihundert Mal im Jahr, an jedem Tag mindestens einmal.

Mit dem in Lüchow-Dannenberg während der Atommüll-Einlagerung erstmalig durchexerzierten Atomstaat wurden neue Bedingungen für den Widerstand geschaffen.
Polizei und BGS hatten durch Hubschraubereinsatz eine nahezu vollständige Kontrolle über alle Bewegungen in Lüchow-Dannenberg und den angrenzenden Landkreisen bis nach Stade. Die bei der Wendlandblockade praktizierte Dezentralität unübersichtlicher Kleingruppenaktionen verkehrte sich ins Gegenteil. Sie wurden überblickbar und einschätzbar, die kleinste Schwäche des Widerstandes, ein nicht blockierter Waldweg, brachte die Transporter ungehindert ins Zwischenlager.
Im Einsatz waren mindestens 2.000 Polizisten mit modernster Infrastriktur gegen 1.500 Blockierer. Am Tag X wurden die Grenzen direkter Aktion erreicht. Die seit Wochen aus ganz Norddeutschland einsickernden Polizei- und BGS-Kolonnen samt Gerätschaften machten in der Region klar wie der Widerstand gegen die Atommülltranporte beantwortet werden sollte.

Der Öffentlichkeit wurde von den Medien ein Bild des absoluten Mißerfolgs der AKW-Gegner präsentiert. Die für die Durchführung des Transportes nötigen Polizeistaatsmethoden blieben weitgehend unerwähnt bzw. wurden als selbstverständlich hingestellt. Die Blockaden des zweiten Tages und die folgenden Aktionen waren den Zeitungen noch einen Artikel wert, Radio und Fersehen berichtigten das Bild der absoluten Erfolglosogkeit nicht mehr. Das Bündnis von Polzeistaat und Massenmedien funktionierte perfekt.
Gezielt hinweggetäuscht wurde darüber, daß die Anti-AKW-Bewegung am Atomstaat scheiterte und nicht den Tag X verschlief. Dies braucht kein Grund zur Einschüchterung sein, denn eines gelang der Staatsgewalt nicht: den Atommüll still und leise ohne öffentliches Aufsehen einzulagern.
Zum ersten Mal in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung konnte massenhaft gegen Atomtransporte mobilisiert werden. Gelungen ist, was selbst der Anti-AKW-Bewegung unmöglich schien, den schwach- und mittelradioaktiven Atommüll zum Thema zu machen, vom Gefährdungspotential war letztlich keine Rede mehr.
Ein Erfolg war die wochenlange Bewachung eines AKWs, die für weitere Aktionen unabdingbare Infrastruktur und Erfahrung.
Voraussetzung dieser öffentlichen Aufmerksamkeit für Tag X waren

1. die Menschenkette, die verschiedenste Bevölkerungskreise ansprach,
2. die Wendlandblockade, zu der durch früh einsetzende Öffentlichkeitsarbeit ein breites Spektrum von Menschen mobilisiert werden konnte, die zur Wiederbelebung der Anti-AKW-Bewegung führte und die Atommülleinlagerung zur Schlagzeile in der Presse machte.

Nächster Höhepunkt des wendländischen Widerstandes ist die Einlagerung des hochradioaktiven Atommülls. Nach vorliegenden Informationen wird sie zwischen Ende dieses Jahres und nächsten Frühling erfolgen. Auch dieser Atommüll wird letzten Endes das Zwischenlager erreichen – doch der politische Preis muß wiederum so hoch wie möglich geschraubt werden. Voraussetzung dafür ist eine direkte Behinderung unter Beteiligung vieler Menschen mit dem Spektrum der Wendlandblockade. Deren Mobilisierung wird nach den Erfahrungen von Tag X nur mit einer Aktion gelingen, bei der Militanz und Kleingruppenaktionen nicht Voraussetzung sind, sondern die auch Nicht-Ausgerüsteten ‚Einzelenen Gelgenheit zum Mitmachen gibt.
Die Einschüchterungs- und Polizeitstaatstaktik von Tag X sollte für die Aktionen gegen die Castor-Transporte kein Maßstab sein. Aufgrund seines Gewichtes gibt es für den Castor keine mögliche Ausweichstrecke, die Polizei ist gezwungen, eine Blockade von mehreren Tausend Menschen unter dem Auge der Medien zu räumen, was sie in äußerst große Schwierigkeiten bringen dürfte.
Die Öffentlichkeitsarbeit muß die neue Qualität dieses Einlagerungschrittes (Eingangslager WAA) und die erhöhte Gefährdung und Betroffenheit durch die Erweiterung der Transportstrecken deutlich machen.
Mobilisierende Auftaktaktion könnte eine symbolische Blockadeaktion an den Transportstrecken sein, der Bahnlinie Uelzen – Dannenberg und der Straße Dannenberg – Trebel. Günstiger Zeitpunkt wäre im November vor Buß- und Beetag.
Unrealistisch sind weitere Transportblockadeaktionen mit bundesweiter Beteiligung in den nächsten Wochen. Da die hohe Polizeipräsenz in Lüchow-Dannenberg nach Auskunft des niedersächsischen Innenministeriums lediglich eine Reaktion auf die angekündigten Blockaden war, kann man annehmen, daß folgende Atommülltransporte aus der Region heraus behindert werden.
Zehn Transporte sind in Lüchow-Dannenberg angekommen. Es kommen noch 690 – einige werden wir erwischen.

S.

Lernen aus Tag X ?

Vorbereitung und Durchführung von Tag X ist untrennbar verbunden mit der Wendlandblockade vom 30.4.84.
Damals zwangen wir den Atomstaat für einen Tag in die Knie; am Tag X war es umgekehrt.
Was lief schief am Tag X ? Was können wir vom 8./9. Oktober für den Tag Y, dem Tag des ersten CASTOR-Transports lernen?

In der Wendlandblockade waren .3 Aktionsformen gebündelt:
a.) Die ‚durchlässigen' Blockaden. Hier trafen sich diejenigen, die durch Hindurchsickernlassen der PKWs eine Eskalation der Auseinandersetzung vermeiden wollten.
b.) Die ‚dichte' Blockade auf der B 216. Hier trafen sich zu einer einzigen großen Blockade aus PKWs,Material und Menschen diejenigen, die die Konfrontation mit dem Staat nicht scheuten, das Risiko für jeden einzelnen aber möglichst gering haben wollten.
c.) Die ‚dichte' Blockade auf der B 191. Hier wurden unzählige Materialblockaden von dezentral operierenden kleinen Aktionsgruppen errichtet; bevor die Bullizei da war, war man längst weg.
(‚Katz- und Mausspiel mit der Polizei')

N a c h der Wendlandblockade gehörte es durchweg zum guten Ton, etwa wie in einem Göttinger Flugblatt mit geschwellter Brust zu verkünden: „Die Bullerei scheiterte an der Flexibilität der kleinen autonomen Gruppen...Der Guerillastrategie (gemeint ist das Bauen von Barrikaden und dann abhauen) steht für die Zukunft Tür und Tor offen." (zit. nach Atommüllzeitung 27)
Diese einseitige und den Polizeistaat insgesamt gewaltig unterschätzende Betrachtungsweise kennzeichnete die Vorbereitungen für den Tag X.
Nach dem Motto:Dezentralität, kleine autonome Aktionsgruppen, keine massenhafte Konfrontation mit dem Staatsapparat wurde ein einziges Element aus den Erfahrungen der Wendlandblockade verabsolutiert auf Kosten von Aktionsformen, die geeignet sind, viele Menschen einzubeziehen.
Tatsächlich prallte das Konzept der kleinen Aktionsgruppen und der dezentralen unberechenbaren Blockaden an den Polizeipanzern ab. Was bei der Wendlandblockade noch als ‚Katz- und Mausspiel mit der Polizei' gefeiert wurde, geriet bei d i e s e m Polizeieinsatz zum Spiel mit uns. Nirgendwo und nirgendwann waren die kleinen, dezentralen Blockaden für die Gegenseite ernsthaft problematisch.
Gleichzeitig brachte die Verabsolutierung der Kleingruppenaktionen u.a. folgende Probleme mit sich:
- All diejenigen einheimischen und auswärtigen AKW-Gegner, die nicht darauf vorbereitet waren, an Kleingruppenaktionen teilzunehmen,, bzw. aus welchen Gründen auch immer derartige Aktionen nicht mittrugen, konnten sich am Tag X kaum oder gar nicht einbringen. Es liegt aber auf der Hand, daß Aktionsformen, die eine massenhafte Beteiligung auch der weniger ‚mutigen' Menschen ermöglichen, den Staatsapparat oftmals vor größere materielle und insbesondere politische Probleme (‚Entmischung des harten Kerns von den ‚Mitläufern' etc.) stellen.
- Da man weitgehend auf die autonome Vorbereitung von Sabotage- und sonstigen Kleingruppenaktionen durch auswärtige Gruppen vertraute, fehlte insbesondere in Sachen Pressearbeit ein organisiertes Gerüst der vorbereitenden Gruppen. Auch das dürfte den politischen Preis gedrückt haben, den der Staat für die Durchführung dieser Transporte zu zahlen hatte.
- Die Stoßrichtung auf Kleingruppenaktionen aktivierte in vielen Städten und der Region jeweils nur einen kleinen Teil der ansprechbaren AKW-Gegner. Diese sektiererische Tendenz wurde dadurch untermauert, daß für das Wochenende nach Tag X eine für auswärtige AKW-Gegner völlig unattraktive Kundgebung angesetzt wurde, sodaß seine Solidarität mit Gorleben nur die/der zeigen konnte, die/der an einem Wochentag für direkte Aktionen sich frei nehmen konnte und wollte.
Für die Transporte der Castor-Behälter sind die Betreiber auf die Benutzung der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg und auf die Benutzung einer einzigen Straße von Dannenberg nach Gorleben angewiesen. Andere Straßen oder Wege können diese bis zu 120 Tonnen schweren Geräte nicht tragen. Bekanntlich mußten die Atommafiosi bereits für die leichteste Übung - dem Transport von schwach- und mittelaktivem Müll - etliche Haken über Nebenstrecken schlagen. Dies wird bei Castor-Behältern nicht möglich sein. Es besteht also eine reale Chance, gegen den ersten Castor-Transport (der frühestens um die Jahreswende zu erwarten ist) noch effektiver als am Tag X vorzugehen.
Dabei sollte als Ziel eine Großaktion zivilen Ungehorsams durch Zustopfung der gesamten Bundesstraße zwischen Dannenberg und Gorleben mit Landwirtschaftsfahrzeugen, PKWs, Tieren, Menschen etc. offensiv angegangen werden.Parallel hierzu sollten direkte Kleingruppenaktionen entlang der Schienenstrecke die reale Vielfalt des Widerstandes zum Ausdruck bringen. Ähnlich wie mit der Wendlandblockade vor Tag X könnte und sollte auch diese Castor-Blockade auf der Schienenstrecke und einer Straße vor dem Tag Y an einem Termin unserer Wahl geprobt werden.

M.

Tag X + 2, 3, 4...

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurde der Gleiskörper der Bahnstrecke Uelzen–Dannenberg nach den Vorstellungen einiger Waldspaziergänger etwas umgearbeitet, indem sie bei Pudripp 5 Schwellen lösten und den Schotter beiseite räumten. Etwas weiter südlich lagen Äste und Gestrüpp auf den Schienen. Auch im Verlaufe des Mittwochs kam es noch zu zahlreichen Blockadeaktionen. So z. B. an der B 71 und auf der Landstraße zwischen Clenze und Lüchow, wo Autoreifen und Strohballen in Flammen aufgingen.
Auch in verschiedenen Städten wie Hamburg, Berlin, Braunschweig, Bonn, Dortmund und Gießen kam es zu Blockade-Aktionen und spontanen Solidaritäts-Demonstrationen mit teilweise mehr als 1500 Leuten.
Bei all dem darf aber nicht vergessen werden, daß sich mit diesen Aktionen die Welle von Repressionen und Kriminalisierung der beiden Vortage fortgesetzt hat. Bei fast allen der genannten Aktionen kam es zu vorrübergehenden Festnahmen. Darüberhinaus sind im Landkreis mittlerweile 2 weitere Wohnungen durchsucht worden. Bei einem Mann klingelten morgens 10 LKA–Bullen und stellten Haus und Hof auf den Kopf, nur weil sie einem Tag vorher eine Motorsäge in seinem Auto gesehen haben wollten. Waldarbeiter paßt auf!

Der Widerstand kennt keine Sommerpause! Während der letzten Wochen und Monate summierte sich die Anzahl der Anschläge allein im Wendland auf 23 seit Jahresbeginn. Während das Innenministerium trotz Allem kernig den sicheren Transport des Atom-Mülls garantiert, tappt die Polizei im Dunkeln, von den Tätern wurde noch keiner gefaßt. In Uelzen wurde eigens ein 40-köpfiges Sonderkommando der Kripo gebildet, das sich nur mit den Anschlägen beschäftigen soll.
Da viele der Anschläge nur in wenigen Zeitungen erwähnt wurden, fassen wir sie hier noch einmal in Kürze zusammen.

Zernien. Der wohl spektakulärste Anschlag der letzten Zeit fand Ende Juni an der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg statt. Diese Strecke, die nur noch für den Gütertransport benutzt wird, gehört zu den wichtigsten Transportstrecken für Castor-Behälter. Eine Gruppe von AKW-Gegnern aus dem Wendland löste auf einer Stecke von 50 Metern die Verschraubung der Schienen und begann, an einer Stelle die Schiene durchzuschweißen. Von Spaziergängern gestört, die die Polizei alarmierten, konnten sie sich nur mit knapper Not dem Zugriff der Staatsmacht entziehen, wobei sie ihr Schweißgerät zurücklassen mußten. Trotz dieser "heißen Spur" tappt die Polizei im Dunkeln.

Brandanschlag im Trafohaus

Prisser. Vermutlich in der Nacht zum Montag verschafften sich Einbrecher gewaltsam Zugang zu einer Trafostation an der Verbindungsstraße zwischen der B 191 und der B 216 in Prisser. Nachdem sie ein Vorhängeschloß „geknackt" hatten, stellten sie im Inneren der Station mehrere mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllte Bierflaschen auf und setzten diese in Brand. Da die Flammen schnell selbst erloschen, blieb der Sachschaden gering. Es entstanden Ruß- und Schmorstellen an einigen Kabeln.

LZ vom 28.8.1984

Anti-AKW Schweiz

Ferienhaus eingeäschert

TAZ vom 15.8.1984

Bern (dpa) - Das Ferienhaus des Präsidenten der schweizerischen Nationalen Genossenschaft für die Lagerung Radioaktiver Abfälle (NAGRA), Rudolf Rometsch, in Grindelwald ist in der Nacht zum Montag durch einen Brandanschlag eingeäschert worden. Nach Mitteilung der Polizei von Grindelwald brannte das Haus bis auf die Grundmauern ab.

Bleckede. Mit einfachen Mitteln begnügten sich AKW -Gegner,die das Kraftwerk Bleckede außer Betrieb setzten: Mit einem Draht erdeten sie die 20.000 Volt-Leitung in der Nähe der HEW-Schaltstelle Alt-Garge.

Herzschläge

Braasche. Der letzte bekanntgewordene Anschlag wurde Ende September wiederum auf die Bahnlinie Uelzen-Dannenberg ausgeführt. Auf einer Länge von 6 m wurde der Schotter unter den Schwellen entfernt.

Wolfenbüttel. Für den Bereich des ehemaligen Salzbergwerkes Asse II ist der Tag X schon lange vorbei. Unter dem Motto *"das Jahr hat 365 Nächte"* darf sich jedoch die Kripo Salzgitter mit Anschlägen beschäftigen. Zwei Strommasten und acht Wasserstandsmeßgeräte fielen dem Unmut über den in der Asse eingelagerten Atommüll zum Opfer, zwei weitere Masten wurden angesägt. Corpus delicti der Untaten: *"mit Scheiße gefüllte Bombenattrappen"*, deponiert an der schachteigenen Bahnbrücke und am Trafomast.

Pudripp/Lüneburg. Auf ähnliche Art und Weise engagierten sich auch AKW-Gegner Mitte Juni gegen Gorleben: Auf einem Firmengelände in Pudripp brannten zwei Baumaschinen aus, auf einer Stassenbaustelle in Lüneburg ein Bagger des gleichen Bauunternehmens. Der Gesamtschaden betrug fast eine halbe Mio DM.

Teichlosen/Gorleben. Mitte September wurde ein Brandanschlag auf ein Asphaltmischwerk in Teichlosen durchgeführt. Eine Garage, ein Radlader und die elektronische Steueranlage des Werkes fielen den Flammen zum Opfer, eine Lagerhalle wurde von der Feuerwehr noch gelöscht. Die geplante Auslieferung von 800 Tonnen Asphalt durch das Mischwerk mußte ausfallen, wurde jedoch von kurzfristig eingesprungenen Lieferanten durchgeführt. Das Werk in Teichlosen wird voraussichtlich erst nach zwei Monaten den Millionenschaden behoben haben, um in Gorleben weiterzubauen.

Baumaschinen beschädigt

Dannenberg. Baumaschinen sind Ende Juni auf dem Spülgelände des Stadtbades Dannenberg beschädigt worden. Wie die Polizei gestern mitteilte, haben Unbekannte Reifen und Schläuche zerstochen, Starkstromstecker abgeschnitten und weiteren Schaden angerichtet, der sich insgesamt auf rund 4 000 DM beläuft. Hinweise sind an die Polizei in Dannenberg zu richten.

LZ vom 5.7.1984

Anklagen gegen

Wendlandblockaden

„Rechtzeitig" vor Tag X wurden jetzt von der Staatsanwaltschaft die ersten Anklagen präsentiert. Das dies der gezielten Einschüchterung und Spaltung von Widerstandsaktionen zu den Atommülltransportblockaden dienen soll, machten von der Staatsanwaltschaft lancierte Pressemeldungen klar, in denen von 200 Ermittlungsverfahren die Rede war. Nicht gemeldet wurde, daß es sich bei einem großen Teil der Verfahren um Ordnungswidrigkeiten handelt und das ein Teil der Verfahren gegen PKW–Halter bereits eingestellt werden mußte.

Im Folgenden eine kurze Übersicht über die noch laufenden Ermittlungsverfahren, Anklagen, Einstellungen (ohne Gewähr auf Vollständigkeit).

Ermittlungen gegen Kfz–Halter: Nach unseren Informationen hat die Staatsanwaltschaft 84 Kfz–Halter festgestellt, gegen die ermittelt wurde. Von diesen Verfahren sind 10 allein in Lüneburg bereits eingestellt. Wenn von Seiten der Beschuldigten keine Angaben gemacht wurden, konnte in den meisten Fällen keine Anwesenheit bei der Blockade festgestellt werden.

Zu den Kfz–Haltern kommen noch 35 Bauern von der Treckerblockade, gegen die wegen Nötigung ermittelt wird.

Sonstige Ermittlungen:

– Gegen Günter aus Hamburg wird wegen Nötigung ermittelt.

– Gegen zwei Leute wird wegen Verdachts des gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr ermittelt, da bei ihnen Knallkörper, Knallpatronen, Signalpistole, Sprühdosen etc. beschlagnahmt wurden.

– Ein Ermittlungsverfahren läuft wegen versuchter Gefangenenbefreiung.

Bußgeldbescheide:

– Zwei Bußgeldbescheide über 530 und 500 DM ergingen wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz).

– Zwei Strafbefehle wegen versuchter Nötigung.

Anklagen:

– Dieter aus Dannenberg wegen Nötigung (Blockade Clenze/Kassau)

– Su (Lü.–Da.) wegen Nötigung, Widerstand, Körperverletzung (Frauenblockade)

– Katrin (Lü.–Da.) wegen Nötigung (B191)

– Thomas aus Lüneburg wegen Nötigung und Widerstand (B 216)

– Die Anklage gegen Peter aus Lüneburg wurde eingestellt und an den Landkreis Lüchow–Dannenberg abgegeben, vermutlich kommt noch ein Strafbefehl.

Zwei Prozeßtermine sind bereits klar:

1. Gegen Martina aus Aachen am 18. 10.84, 9.45 Uhr Amtsgericht Dannenberg. M. wird Nötigung vorgeworfen, sie soll auf der B 191 einen Baumstamm auf die Straße geworfen haben.
2. Armin hat seinen Prozeßtermin am 9.11.84, Amtsgericht Dannenberg. A. hat Widerspruch gegen seinen Strafbefehl über 500 DM eingelegt.

Zahlreiches Erscheinen hilft, wie immer, den Angeklagten !

29.704,76 DM. . . .

. . . . Schadesersatz sollen 7 Bauern aus Lüchow–Dannenberg für eine mehr als 5 Jahre zurückliegende Blockade–Aktion gegen die damals geplante WAA Gorleben sowie gegen die Erkundung des Gorlebener Salzstockes als Endlager, an der sie zusammen mit mehr als 70 anderen AKW–Gegnern teilgenommen hatten, löhnen. Mit Gerichts– und sonstigen Nebenkosten werden es gar an die 50.000 DM, die eine der Angklagten die grüne Europa–Abgeordnete der BI Lüchow–Dannenberg Undine v. Blottnitz gesamtschuldnerisch zahlen will. Zu verdanken haben die Bauern das einem Urteil des Oberlandgerichts Celle, das sie in der letzten Instanz dazu verdonnert hat, nachdem sie schon vorher wegen Nötigung zu Geldbußen verurteilt waren.

-Somercamp-

Die diesjährigen Sommercamps waren ein ziemlicher Mißerfolg –schlichte Ursache war die magere Beteiligung.

Wir, die Organisatoren waren ziemlich enttäuscht, da wir ein Rahmenprogramm vorbereitet hatten. Dazu wären aber mehr Leute notwendig gewesen. So warteten wir auf die Massen und auf besseres Wetter.

Noch beim Gedelitzer Treffen zeigten Leute aus verschiedenen Städten großes Interesse daran, längere Zeit im Wendland zu verbringen. Sie wollten Leute aus dem örtlichen Widerstand kennenlernen, sich mit der Gegend vertraut machen und auf Tag X vorbereiten. Kommen sollten kleine Gruppen, die privat untergebracht werden sollten, für Einzelreisende gab es Zeltplätze. Unsere Sorge, keine großen unüberschaubaren Lager entstehen zu lassen, erwies sich als unbegründet.

Schon im Verlauf der Vorbereitungstreffen fehlte die Resonanz – trotz Anzeige in der TAZ (waren wir außerhalb der Konkurrenz der alternativen Reiseangebote?). Aber größere publizistische Anstrengungen paßten nicht in unser Konzept, da uns die Vertreter aus den Städten zu Beginn eine positive Einschätzung vermittelten.

Den Anfang machten 4 bis 8 Leute, die sich auf dem Zeltplatz Pudripp niederlassen wollten und gleich arge Schwierigkeiten bekamen. Das war keine Überraschung nach den Erfahrungen im letzten Jahr. Die Camper wurden von der Bullizei aufgefordert, den Platz zu verlassen, da es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handeln würde (die geplante WAA liegt 3 km entfernt!). Auch nach Vorlage eines Pachtvertrages des Wiesenbesitzers ließen die Bullizisten von ihrer Taktik nicht ab, schon im Ansatz ein Sommercamp zu verhindern. Nachdem Nachströmende ausblieben, für die es sich gelohnt hätte, um den Platz zu kämpfen, fand sich ein ruhigeres Plätzchen. Einer von ihnen bekam einen Bußgeldbescheid wegen Zeltens im Landschaftsschutzgebiet, 4 Leute aus dem Meuchefitzer Camp wurden später wegen des Verdachtes der Strassenmalerei festgenommen und ED–behandelt. Wiedergekommen waren 40 Gießener (BDP). Auch sie stellten eine Verschärfung von Observationen und Kontrollen fest. Täglich stand ein Amtsauto vor dem Lager, deren Insassen das Treiben auf dem Platz beobachteten. Das Bewegungsbild der Gruppe wurde mehrmals täglich durch Personen– und/oder durch Verkehrskontrollen erstellt. Selbst eine Gruppe von Fahrradfahrern mußte sich einer Kontrolle unterziehen. Da eine Verkehrskontrolle schlecht möglich war, mußte es halt eine Personenkontrolle werden.

In diesem Zeitraum war auch eine ver-

Neun Atomkraftgegner besetzten am 24.09.84 die Verladeeinrichtung der DWK bei Breese/Marsch. Ehe der Wachmann mit seinem Schäferhund u. die wenigen Bauarbeiter etwas unternehmen können, sind die Besetzer hochgeklettert. Es werden Tag X - Plakate „Verhindert die Atommülltransporte" u. Transparente wie „das Wendland bleibt atommüllfrei" gehißt. Mit dem Verladekran, der mittlerweile Einsatzbereit ist, sollen jährlich über 70 Castor-Behälter und weit über 3.000 Fässer Atommüll von der Schiene auf die Straße verladen werden.
Per Megaphon wurden u.a. folgende Forderungen verlesen: Keine Genehmigung von Atommülltransporten ins Zwischenlager, Offenlegung der Katastrophenschutzpläne für die Stadt Dannenberg und die Gemeinden entlang der Transportwege und schließlich offene wissenschaftliche Diskussion über die Risiken der Transporte.

Ohne Perspektive ?

stärkte und total offensichtliche (sonst läuft das verdeckt ab) Observation und Kontrolle bei hiesigen Leuten zu beobachten.

Von Regierungspräsident Becker wurden diese Einsätze der B. mit den bisherigen Straftaten, deren Sachschaden 2,5 Mio. DM betragen habe, gerechtfertig.

Zitat: *„Aufgrund der gesetzlich festgelegten Aufgabenzuweisung (sind) die Kontrollen ungedingt erforderlich."* Obwohl es keinen bundesweiten Aufruf zu Sommercamps gab, behauptete Becker, daß für Sommercamps mit der Aufforderung *„in Kleingruppen effektive Aktionen zu machen, um die Lagerung von Atommüll zu verhindern"* geworben worden sei. Zur beabsichtigten Taktik der Polizei gehörte es offensichtlich, die Beziehungen zu unseren auswärtigen Freunden zu analysieren, um bei eventuellen Aktionen währen der Sommercamps im Nachhinein den bewußten Keil zwischen örtlichen und auswärtigen Widerstand zu treiben.

Bei der Auswertung stellten wir uns die Frage, ob organisierte Sommercamps überhaupt auf ein Interesse bzw. Bedürfnis bei auswärtigen Gruppen oder den Leuten hier stoßen. Wahrscheinlich kann man davon ausgehen, daß auswärtige Gruppen, die sich länger mit dem Widerstand in Gorleben beschäftigen, schon genügend feste Beziehungen hier haben, wissen, wen sie ansprechen müssen, wenn sie Aktionen vorbereiten wollen. Für diese Gruppen ist ein Sommercamp wegen der beschriebenen Observation und der „Öffentlichkeit" eines Camps geradezu hinderlich.

Also könnte die Zielgruppe nur aus Leuten bestehen, die sich mit der Umgebung vertraut machen wollen und vielleicht erst ein, zwei mal zu Aktionen im Wendland waren. Um aber solche Leute anzusprechen, hätten wir die Idee des Sommercamps öffentlicher machen müssen.

Das Interesse hiesiger Leute an den Camps ist beschränkt. Einerseits freut man sich, wenn vom Sommercamp Aktionen ausgehen, die den Landkreis in Unordnung bringen, andererseits ist man an direkten Auseinandersetzungen mit „Auswärtigen" nicht so interessiert, als daß man Zeit dafür „opfern" würde.
Wenn man aber bedenkt, daß wir ohne auswärtige Unterstützung hier im Ernstfall verraten sind, finden wir es schon notwendig sich über so eine Idee wie die Sommercamps nochmal Gedanken zu machen. Und wir fänden es gut, wenn wir das auch noch mitkriegen würden.

C.B., EA Gorleben

Drucksache 10/1913

Ein Gesetz zur Stillegung aller Atomanlagen

Am 28. 4. 84 brachten die Bundestagsgrünen das Atomsperrgesetz in den Bundestag ein, das die entschädigungslose Abschaltung aller Atomanlagen einschließlich aller Forschungsreaktoren) nach Ablauf einer 6-Monatefrist vorsieht und Herstellung, sowie Ein- und Ausfuhr von Kernbrennstoffen jeglicher Art verbietet.
Dieser Gesetzentwurf wird vermutlich Anfang November 1984 erstmals im Bundestag in erster Lesung debattiert. Anschließend wird er zur weiteren Beratung in diversen (nichtöffentliche) Ausschüsse des Bundestages geschoben um irgendwann im nächsten Jahr nach 2. und 3. Lesung (also einer weiteren Aussprache) mehrheitlich abgebügelt zu werden.

Die 21-seitige Bundestagsdrucksache zum Atomsperrgesetz besteht aus 3 Teilen: Dem 9 Paragraphen umfassenden Gesetzentwurf, einer 16-seitigen Begründung und einer Erläuterung der einzelnen Paragraphen. In der Begründung ist die Kritik an der Atomtechnik auf dem neuesten Stand zusammengefasst: Große Teile dieser Begründung befassen sich beispielsweise mit der militärischen Seite der zivilen Atomenergienutzung und ihren wirtschaftlichen Aspekten.

Das Atomgesetz – "lächerlich, konfus und diffus"

So jedenfalls äußerte sich der "Aktionskreis Energie" am 29. 8. 84, nachdem bereits einige Stunden nach Einbringung des Gesetzes das Deutsche Atomforum den Gesetzesentwurf als *"billiges Propagandamanöver"* entlarvt hatte und als einen *"verzweifelten Versuch, die Kernenergie wieder in das öffentliche Gerede zu bringen."*
Die Regierungsparteien bezeichneten das Atomsperrgesetz als einen *"Amoklauf gegen die Arbeitsplätze"* (Genscher) bzw. als *"erneuten Beweis für die Politikunfähigkeit der Grünen"* (CDU/CSU). Nun erst recht müsse die SPD eine Zusammenarbeit mit diesen ruinösen Amokläufern ausschließen...

Und die SPD? Gerhard Schröder, der als Juso die AKW-Stillegung-Forderung im Munde führte und heute als Ministerpräsident in spe die zusätzliche Einspeisung des total überflüssigen Atomstroms aus Grohnde und Lingen propagiert, sprach von einer *"unsinnigen Maximalforderung"* und forderte *"solange mit der Kernenergie zu leben, wie nicht andere, ungefährlichere Energieträger zur Verfügung stünden."* MdB Harald Schäfer, sonst wortgewaltiger Atomkraftkritiker, erklärte das Atomsperrgesetz für *"unseriös"*, da die Umstrukturierung der Energieversorgung nunmal einen längeren Zeitraum erfordere. Auch die Grünen sollten deshalb der AKW-Nutzung für eine Übergangszeit zustimmen. Es folgte - offenbar zur Ausrichtung der sozialdemokratischen Reihen - ein echter Pöbel-Beitrag von Wolfgang Roth: Das Atomsperrgesetz sei *"ökonomischer Schwachsinn"* und *"Klamauk"*, das Abschalten aller AKW's "würde Nebenwirkungen haben, bei denen auch die Grünen noch das Hosenflattern vor ihrer eigenen Entscheidung bekämen." (FR-Interview vom 31. 8.) Da bewahre uns die SPD vor...

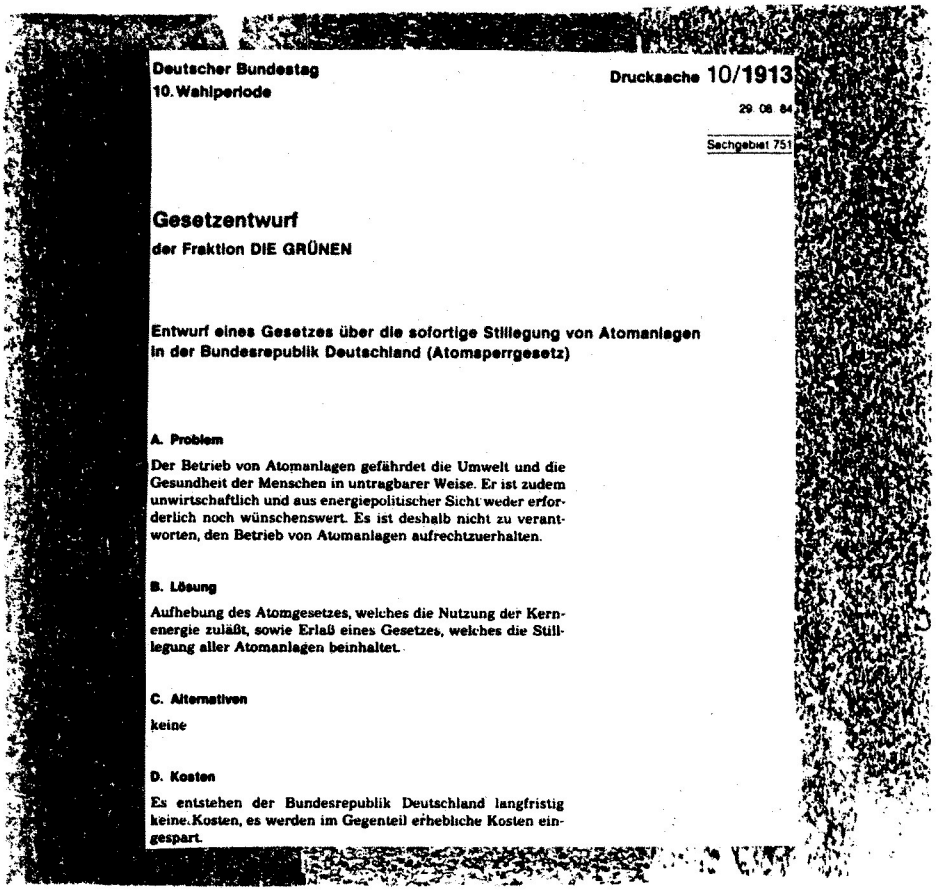
Wird Drucksache 10/1913 ein Impulsgeber?

In diesem Land wird zur Zeit mit geradezu blindwütiger Einseitigkeit auf Atomstrom gesetzt. 1985 gehen 5 neue AKW's an's Netz (Grundremmingen B und C, Grohnde, Phillipsburg 2, HTR Hamm), bis 1990 soll der Atomstromanteil sich verdoppeln. Blindwütig, denn: Weltweit steckt die Atomenergie technisch und ökonomisch in der Krise.
Der Energieverbrauch sinkt, die AKW-Baukosten schnellen fast so fix in die Höhe wie die Haushaltstromtarife. Das Industriemagazin "Wirtschaftswoche" spricht bzgl. AKW's von einem *"Flop"*, einem *"Mißgriff"* und von einer längst vergangenen *"blinden Euphorie"* der AKW-Bauer, deren finanzielle Folgelasten heute unüberschaubar seien. Ganze Städte wie Hamburg, Hannover, München suchen von der Atomstromabhängigkeit wegzukommen. Mit der Verschärfung des Entsorgungsproblems sinkt (wie die Mont Louis) das Vertrauen in Atomtransporte. Nach diesem Sommer der Umweltkatastrophen sprachen sich 82% der Bevölkerung für mehr Wind- und Sonnenenergie, 25% für mehr Kohleenergie und 18% für mehr Atomkraft aus. Vor diesem ganz grob skizzierten Hintergrund macht das Atomsperrgesetz m. E. dann Sinn, wenn es ernstgemeint, d. h. letzendlich auch als praktikable Lösung begriffen wird und mit einer Informations- und Aktionskampagne in der Öffentlichkeit gekoppelt wird.
Selbst in der Anti-AKW-Bewegung ist zum Teil noch unbekannt, daß die Stromüberkapazitäten hierzulande so groß sind, daß von heute auf morgen sämtliche AKW's ohne Engpässe abgeschaltet werden könnten. Im Gesetzentwurf der Grünen wird die eingeräumte 6-Monatsfrist zwischen Verabschiedung des Atomsperrgesetzes und der Stilllegung allein damit begründet, einen Anstieg der SO2-Emissionen (Gleich mehr Pseudokrupp, Waldsterben etc.) bei AKW-Abschaltung vermeiden zu wollen.
Daß die Forderung nach AKW-Stillegung realistisch ist, belegt auch eine von den Bundestagsgrünen in Auftrag gegebene Studie, die kurz vor Fertigstellung ist und die

a. ganz konkret vorrechnet und nachweist, daß der Sofortausstieg aus der Atomenergie ohne volkswirtschaftliche und energiepolitische Verrenkungen machbar ist, die
b. einen Weg ausweist, wie trotz Stilllegung aller Atomanlagen ein Anstieg der Schwefeldioxyd-Emissionen durch Ausweichen auf Kohlekraftwerke verhindert werden kann, und die
c. darlegt, daß schneller als nach Planung der Bundesregierung, nämlich binnen einer Jahresfrist nach Stillegung aller Atomanlagen die SO2-Emissionen auf ein Drittel zu verringern sind (bei Totalausstieg aus der umweltschädlichen Braunkohletechnik innerhalb von 5 Jahren).

Mit anderen Worten: Während Regierung und Betreiber versuchen, die AKW-Gegner und die Waldsterbegegner gegeneinander auszuspielen, wird hier aufgezeigt, daß das Gesetz und die Kampagne zur Stillegung aller Atomanlagen mit der Bewegung gegen das Waldsterben verknüpft werden kann und muß.
Damit wird letztlich nicht nur den Grünen, sondern auch der Anti-AKW-Bewegung ein gutes Hilfsmittel geliefert, um die Abschaltungsforderungen auf allen Ebenen neu zur Diskussion zu stellen.

Etwa zum Zeitpunkt der 1. Lesung des Atomsperrgesetzes im Bundestag soll die erwähnte Studie der Hannoveraner Systemanalytiker K. F. Müller-Reißmann und J. Schaffner zur Stillegung aller Atomanlagen der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Es wird seitens der Grünen angestrebt, zum gleichen Zeitpunkt eine kleine Massenbroschüre mit den Essentials des Atomsperrgesetzes und dieser Studie fertigzustellen und über grüne und sonstige Kanäle unter die Leute zu bringen.
Das Motto lautet: Zeitgleich mit den Bundestagsausschüssen, die hinter verschlossenen Türen über das Atomsperrgesetz beraten, soll in der Öffentlichkeit eine offensive Informations- und Diskussionskampagne für den Sofortausstiegaus dem Atomschiet anlaufen, um bis zur 2./3. Lesung des Atomsperrgesetzes im Bundestag die Fronten möglichst weit zugunsten dieser Option verschoben zu haben. Dazu gehört, daß Gesetzestext und Studie allen in Frage kommenden Fachzeitungen, Fachgremien etc. zugestellt werden. Dazugehört auch, daß neue Bündnispartner der Anti-AKW-Bewegung (beispielsweise bei den vom Atomstromausbau in ihrer beruflichen Existenz gefährdeten Beschäftigten im Kohlerevier oder im Bereich der Vereinigungen für dezentrale Alternativenergien) gesucht und gefunden werden. Und dazu gehört insbesondere, daß die Anti-AKW-Bewegung und ihre Verbündeten auch auf der Ebene der außerparlamentarischen Aktionen die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, um unabhängig von allem koalitions- und tolerierungstaktischen Klimbim die Forderung nach AKW-Abschaltung auf die Platte zu bringen.
Es ist klar, daß die Grünen allein auf der Parlamentsschiene das Atomprogramm nicht ernsthaft werden behindern können. Und es ist ebenso klar, daß der etwas geschrumpften Anti-AKW-Bewegung derart scharf um die Ohren weht, daß auch ein faktischer Baustopp, wie noch



Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/1913

29 08 84

Sachgebiet 751

Gesetzentwurf

der Fraktion DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes über die sofortige Stillegung von Atomanlagen in der Bundesrepublik Deutschland (Atomsperrgesetz)

A. Problem

Der Betrieb von Atomanlagen gefährdet die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in untragbarer Weise. Er ist zudem unwirtschaftlich und aus energiepolitischer Sicht weder erforderlich noch wünschenswert. Es ist deshalb nicht zu verantworten, den Betrieb von Atomanlagen aufrechtzuerhalten.

B. Lösung

Aufhebung des Atomgesetzes, welches die Nutzung der Kernenergie zuläßt, sowie Erlaß eines Gesetzes, welches die Stillegung aller Atomanlagen beinhaltet.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Es entstehen der Bundesrepublik Deutschland langfristig keine Kosten, es werden im Gegenteil erhebliche Kosten eingespart.

1977, durch außerparlamentarische Mobilisierung allein kaum noch realisierbar scheint.
Denkbar wäre aber eine Arbeitsteilung von Bürgerinitiativen und grüner Partei, zumal schon jetzt feststeht, daß bei den Landtagswahlen in NRW (1985) und Niedersachsen '86 bzw. bei den Bundestagswahlen 1987 die Frage des Atomprogramms eine ganz zentrale Rolle spielen und dementsprechend in's Gerede kommen wird, zumal in allen genannten Fällen "hessische Verhältnisse" mit den Grünen in der Schlüsselposition denkbar sind.
Unter diesem Gesichtspunkt müßte das Atomsperrgesetz auch auf der Anti-AKW-Bundeskonferenz Ende Nov. eine Diskussion wert sein.

Aktuelle Veröffentlichungen der Gruppe Ökologie Hannover (GÖK)

Ökologischer Landbau – Informationen von Praktikern für Verbraucher: Herausgegeben gemeinsam mit BUND Niedersachsen, Februar 1983. Ein Sammelband mit Beiträgen von Landwirten, Landschaftsplanern, Medizinern, Biologen ... zu den Grundlagen des ökologischen Landbaus, der Rückstandsbelastung der Produkte usw. DM 7,–

Bericht Wiederaufarbeitung 2 – Darstellung und kritische Wertung der Technologie, Sicherheit und energiepolitische Bedeutung der WAA. Herausgegeben gemeinsam mit Naturwissenschaftlergruppe NG–350 Marburg, Juli 1983. Detaillierte Darstellung der historischen Entwicklung der Wiederaufarbeitung, der Funktionsweise, der Probleme mit besonderer Berücksichtigung der Themenkreise „Kritikalität" und „Menschliches Fehlverhalten", sowie qualitative Diskussion des Risikos von WAAen. DM 15,–

N[ηρρξ Φπθ θνιξ Κεχχθοξ[(ΝΦΠ)

Sicherheitsprobleme der Endlagerung radioaktiver Abfälle im Salz – Beschreibung der Konzepte, Mängel und Grenzen von Sicherheitsanalysen, Diskussion von Schutzzielen und Kriterien: herausgegeben von der Max–Himmelheber–Stiftung, Februar 1984. Schwerpunkt des Buches ist die kritische Auseinandersetzung mit der offiziellen Sicherheitsstudie zur Endlagerung („Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung"); weiterhin wird ein Überblick über die z. Zt. weltweit verfolgten Endlagerkonzepte gegeben. Mit einem Vorwort von Marianne Fritzen, DM 5,–

Schacht Konrad – Das Gutachten der Gruppe Ökologie Hannover in Kurzfassung: Herausgegeben vom Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter, April 1984. Enthält eine Chronik der Ereignisse um Schacht Konrad sowie eine allgemeinverständliche Darstellung der Ergebnisse des Gutachtens der GÖK, in dem die offiziellen Untersuchungsergebnisse kritisch durchleuchtet wurden. DM 1,–

Eπ]ηξ ξ Οξ[φ ξχ] φκηνξχ λξ[

Atomstrom – ein Energiedarlehn? Herausgegeben gemeinsam mit dem Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Mai 1984. Übersetzung einer Arbeit des niederländischen Ingenieurs J.W. Storm van Leeuwen, der eine vollständige Energieanalyse der Atomkraftnutzung vom Uranabbau bis zur Wiederaufarbeitung, dem Abriß der Anlagen und der Endlagerung erstellt hat. DM 7,80

Diese Bücher sind zu bestellen bei der Gruppe Ökologie . Postkarte genügt, Zusendung erfolgt mit Rechnung (zum Preis der Bücher kommt jeweils noch das Porto). Bei Abnahme von fünf oder mehr Exemplaren Ermäßigung nach Vereinbarung.

Gruppe Ökologie

Gruppe Ökologie Hannover (GÖK), Immengarten 31, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511/696 31 30, PSchKto. Nr. 624 33–301, PSchA. Hannover, BLZ 25010030.

Grohnde:

Musterfall der deutschen Atomenergiepolitik

Es ist ruhig geworden um Grohnde. Das einstige Symbol der Anti-AKW-Bewegung, an dessen Bauplatz es 1977 zur härtesten Konfrontation zwischen AKW-Gegnern und Polizei gekommen war, ist am 1. September still und leise, nur begleitet von einigen Zeitungsartikeln, in Betrieb gegangen.
Voraussichtlich Anfang 1985 soll der 1300 Megawatt-Reaktor an's Netz gehen– eine nukleare Zeitbombe mehr im Land. Denn in Grohnde sind zwei, erwiesenermaßen eklatante, Mängel nicht behoben worden, die das Kraftwerk schon im voraus zu einer noch größeren Gefahr machen, als es Atomkraftwerke ohnehin schon sind.
Der Stahl, aus dem der Druckbehälter des Reaktors hergestellt wurde, entspricht nicht einmal mehr den fragwürdigen Normen der deutschen Reaktorindustrie. Noch während der Bauarbeiten an Grohnde ist diese Stahlsorte zur weiteren Verwendung in AKW's nicht mehr zugelassen worden, in den USA ist er schon lange verboten. Baupläne anderer deutscher Reaktoren sind deshalb geändert, einzelne Bauteile sogar ausgetauscht worden, 4 deutsche AKWs , darunter Brunsbüttel, standen deswegen über ein Jahr still. Einwände deswegen gegen Grohnde sind nach üblicher Manier ignoriert worden.
Auch die von einem ehemaligen Kernkraftspezialisten des TÜV Hannover nachgewiesenen, fehlerhaften Schweißarbeiten am Druckgefäß sind vom Verwaltungsgericht in Hildesheim nicht anerkannt worden.
Der gleiche Ingenieur wies auch auf die äußerst realitätsfernen Druckproben hin, wie sie in diesen Wochen in Grohnde durchgeführt werden. Anstatt den Druck, wie im Falle eines Durchschmelzens der Brennstäbe, in wenigen Sekunden oder Minuten, oder doch wenigstens in kürzester Zeit, aufzubauen, wird der Druck in kleinsten Schritten über mehrere Tage hinweg aufgebaut, um das Drucksystem nicht zu sehr zu belasten. Ein 'Sicherheitsdenken' , das für sich selbst spricht.
Bei all dem überrascht es dann auch nicht, wie die Sicherheitsplanung für den Störfall aussieht. Wie schon aus anderen Vorsorgemaßnahmen bekannt, wird auch hier der Bevölkerung versucht weiszumachen, man habe alles im Griff. Ruhig und besonnen sei der Umkreis des AKW zu verlassen, Busse und Bahnen würden an der Evakuierung teilnehmen, und ," *sobald es sinnvoll erscheint"*, sollen auch die guten alten Jodtabletten zum Zuge kommen.
Kein Grund zur Sorge also, man hat alles im Griff, "denn Grohnde hat einen viel höheren Sicherheitsstandard als Harrisburg " und sogar eine, vom Land verordnete, Erdbebensicherung, von der Preußen-Elektra AG (PEAG)-Vorsitzender Segatz zu Recht behauptete: "Was hilft ihnen das schon bei einem Unfall?" *(TAZ v. 6.9.84)*

Der karge Trost bei all diesen Mängeln: der Verein für angewandten Umweltschutz wird den Meiler mit drei automatischen Meßstationen und einer meteorologischen Station überwachen, geplant ist auch eine Meßstation an der Weser.
So kommt auch im Umland keine rechte Freude über den Reaktor auf. Gerade 5% der Arbeitsaufträge sind an einheimische Firmen vergeben worden, die 270 Arbeitsplätze werden zumeist von auswärtigen Spezialisten besetzt. Da sind die vielen neuen öffentlichen Einrichtungen, wie das Hallenbad oder die neue Polizeistation, nur ein schwacher Trost.
Genauso, wie die örtlichen BIs keinen nennenswerten Protest mehr leisteten, verliefen auch andere Schritte im Sande. Kreis und Gemeinden verzichteten auf weitere gerichtliche Schritte, und zwei klagende Arzneimittelfirmen w wurden offen mit 15 Mio DM geschmiert.

1980 gehen die Lichter aus

Dabei ist gerade Grohnde ein Musterbeispiel für die haltlose Argumentation der Atomenergiebefürworter.
Hieß es noch Ende der 70er, ohne AKWs gingen die Lichter aus, saß demgegenüber die PEAG , der 50% von Grohnde gehören, schon letztes Jahr auf einer Kraftwerkskapazität von 5689 MW, bei einer Bedarfsspitze von 3940 MW.
Hinzu kommen nun noch 650 MW aus Grohnde, und auch Buschhaus, dessen Betreiberfirma, die BKB, eine 50%ige Tochter der PEAG, ist, wird eventuell dazustossen.
Zielstrebig, wie sonst kein anderes Elektroversorgungsunternehmen (EVU), hat die PEAG ihren Atomenergieanteil ausgebaut. Beteiligungen an den AKWs Brunsbüttel, Krümmel und Stade, und der Besitz der AKWs Esensham, Würgassen und demnächst wahrscheinlich auch Brokdorf, haben der PEAG einen AKW-Anteil von 2/3 ihrer Kapazität beschert, genug, um damit den Grundlastbereich abzudecken.
Da in Niedersachsen die PEAG besonders stark vertreten ist, beruht die Stromversorgung dort zu 47% auf Atomenergie, fast doppelt soviel wie im Bunderdurchschnitt. Dafür liegt der Strompreis 0,7 Pf über dem Durchschnitt, eine wundersame Erscheinung, die Wirtschaftsministerin Breuel bis 1995 mit 62,5% Atomstromanteil in Niedersachsen beheben möchte.

Kohle-Heizkraftwerk Höver – umweltfreundlicher Ersatz für Altanlagen

Soweit, so ungut. All dies ist für die Anti-AKW-Scene nichts Neues, bundesweit laufen die Dinge ebenso, oder doch so ähnlich. Zu den enormen Überkapazitäten stoßen die, mit aller Gewalt durchgeprügelten, neuen AKWs hinzu, und es stellt sich heraus, daß niemand diese Kraftwerke benötigt.
Daß dahinter mehr steckt, als nur falsche Prognosen für das Wirtschaftswachstum oder unterschätzte Möglichkeiten, Energie einzusparen, wie es einem Birgit Breuel weismachen will, zeigt exemplarisch die Kontroverse um das neue Heizkraftwerk Höver in Hannover.
Dort wollten die Stadtwerke Hannover, ein von den großen EVUs unabhängiger Betrieb, Ersatz für ältere Kraftwerke bauen, die durch die vorgeschriebene Rauchgasentschwefelung unrentabel würden. Höver soll mit einem neuen Feuerungsverfahren ausgerüstet werden, und dadurch erheblich umweltfreundlicher sein als herkömmliche Anlagen. Zusätzlich soll das Kraftwerk Fernwärme liefern, die ohne größere Investitionen in das bestehende Hannoveraner Netz gespeist werden kann. Ein Bedarf hierfür, besonders im Bereich städtischer Gebäude, besteht nachweislich.
Vorteile wären einerseits eine besse-

re Ausnutzung der ansonsten wirkungslos verpuffenden Feuerungswärme, und damit ein kostengünstigerer Betrieb, andererseits eine erheblich geringere Luftverschmutzung, als sie sonst durch eine Vielzahl separater Heizungen hervorgerufen würde.

Wie Multis größer werden

So hätte ohne Probleme mit dem Bau begonnen werden können, wenn nicht die PEAG, schon 1983 ihre gewaltigen Überkapazitäten überblickend, an die Stadtwerke herangetreten wäre, um den Überschuß, der spätestens mit der Inbetriebnahme von Grohnde auftreten würde, teilweise in Hannover, das bislang 25% seines Stroms von der PEAG bezieht, loszuwerden.
Unter strengstem Stillschweigen trafen sich die Vorstände der PEAG und der Stadtwerke, die noch nicht einmal ihren Aufsichtsrat informierten, um über ein höchst fragwürdiges Angebot der PEAG zu beraten: Strom der PEAG sei, auch über 30 Jahre hinweg, mindestens 5% billiger als die Stromerzeugung im neuzuerbauenden Heizkraftwerk.
Dieses Angebot läßt sich auf zweierlei Weise interpretieren–beide sind höchst zweifelhaft.
Der erste Fall würde bedeuten, daß der Strom der PEAG, deren AKW Grohnde mit 3,5 Mrd DM ca. 2,5 mal teurer wurde als geplant, tatsächlich billiger sein soll, als es in einem Heizkraftwerk möglich ist.
Diese Auffassung wird jedoch selbst von dem nicht gerade als atomenergiefeindlich bekannten Kölner Energiewissenschaftlichen Institutes nicht geteilt. In ihrer, schon 1982 angefertigten ‚Studie heißt es: *"ein am Standort Hannover-Misburg neu zu errichtendes, kohlegefeuertes Heizkraftwerk erweist sich in einer Wirtschaftlichkeitsanalyse gegenüber allen Alternativen als vorteilhaft"*, hierbei würde sogar ein Rückgang der Gasversorgung mit berücksichtigt.
In Zahlen bedeutet dies: Eine Kilowattstunde aus Grohnde kostet 18% mehr, das sind immerhin 3 Pf. Kein Wunder, daß die Stromverbraucher aus dem Umland Hannovers, die von der 60%igen PEAG-Tochter HASTRA versorgt werden, mehr zahlen müssen als die Hannoveraner. Und das trotz eines einmalig hohen Anteiles von angeblich billigerer Atomkraft!
Da diese Tatsachen den verhandelnden Vorstandsmitgliedern mit Sicherheit bekannt gewesen sind, bleibt nur die zweite Erklärung für das 5%-Angebot:

Es ist für die PEAG billiger, den überschüssigen Strom unter Preis zu verkaufen, und den entstehenden Verlust bei anderen Stromkunden wieder einzutreiben, als Grohnde und andere Kapazitäten ganz stillzulegen.
Hieraus erklärt sich auch die Geheimhaltung der Verhandlungen: andere Stromabnehmer könnten protestieren.

AKW-Grohnde 1977

Das waren noch Zeiten ...

Zudem sollte auch die brisante Studie über die günstigen Betriebsmöglichkeiten von Heizkraftwerken der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt werden.

Trotz dieses auf den ersten Blick günstigen Angebotes zögerten die Stadtväter noch immer, da Hannover so in eine fast absolute Abhängigkeit von der PEAG geraten würde. Außerdem hat Hannover noch beträchtliche Kohleabnahmeverpflichtungen.

Das Wirtschaftsministerium hilft nach

Da die Verhandlungen deshalb nicht nach dem Willen der PEAG verliefen, schaltete sich nun das niedersächsische Wirtschaftsministerium ein. Ministerin Breuel, interessanterweise auch Aufsichtsratsmitgliedin der PEAG, verwies auf das Energiewirtschaftsgesetz, in dem u.a. steht, daß die bereitgestellte Energie preiswert sein muß. Und da ein um 5% niedrigerer Preis eindeutig preiswerter sei, untersagte sie den Bau des Heizkraftwerkes.
Das letzte Wort in dieser Angelegenheit könnte jedoch das Bundeskartellamt sprechen. Auf den Dumpingpreis aufmerksam gemacht, will es prüfen, ob die PEAG den kleinen Stromerzeuger verdrängen will und gleichzeitig dieses Sonderangebot zu Lasten der anderen Abnehmer subventioniert.

Kapitalismus wie aus dem Lehrbuch

So deutlich, wie in dieser Auseinandersetzung um Grohnde und Höver sieht man nur selten die Hintergründe der deutschen Atompolitik und der Handlungsweisen der Energiekonzerne.

Denn Verdrängungsversuche wie in Hannover haben die Konzerne groß gemacht, und ihnen ihre fast konkurrenzlose Position von heute verschafft. Nur so konnten sie die gewaltigen Investitionen für die an und für sich unrentablen Kernkraftwerke wagen, und trotzdem noch mit gewaltigen Gewinnen rechnen. Und nur im Zusammenspiel mit den zahlreich in den Aufsichtsräten vertretenen Politikern läßt sich die Atomkraft weiter verfolgen, einerseits durch die riesigen Summen an Steuergeldern für Forschungs- und Entsorgungskosten, andererseits durch die hohen Stromgebühren für die Verbraucher.
So wird also, falls es bei der Entscheidung des Wirtschaftsministeriums bleibt, ein weiterer kleiner Stromerzeuger von einem großen Konzern vereinnahmt, wird eine weitere Möglichkeit, eine energiesparende und rohstoffschonende, dabei weniger umweltbelastende Technologie zu verwenden unterdrückt, und zu guter Letzt steht eine strahlende Betonfestung mehr im Land.

Seit dem Frühjahr 1984, nach der Mastsprengung, wird im Norden wieder lebhaft diskutiert und nachgedacht über den Widerstand zu Brokdorf. Etliche Vorbereitungstreffen hat es gegeben, die dazu führten, daß man die dort aufgeworfenen Fragen auch breiter diskutieren möchte. Anfangs war auch noch die Hoffnung vorhanden, angesichts des im Spätherbst bevorstehenden Kuppelbaus noch einmal entscheidend in den Bau eingreifen zu können. Denn man ging davon aus, daß die Kuppel in einem Stück gegossen werden müsse, was dazu noch drei Tage dauern sollte. Wenn man da für ein paar Stunden eingreifen könnte, dann wäre der Bau für mehrere Monate verzögert. Inzwischen gibt es dazu widersprüchliche Aussagen, so daß nicht ganz klar ist, ob dieser Traum noch Wirklichkeit ist. Trotzdem ist man im Norden entschlossen, das Widerstandstreffen zu machen.

EINLADUNG ZUM BROKDORF WIDERSTANDS TREFFEN

»Brokdorf 1981 - 8 Jahre Widerstand - Der Kampf geht weiter!«

Das waren damals die Vorstellungen einer breiten Widerstandsbewegung zur Verhinderung des AKW'S in Brokdorf.
Seit der Demomstration 1981 bröckelte der Widerstand gegen das AKW immer mehr ab. Die Gruppen aus den einzelnen Städten haben sich kaum noch getroffen. An einigen Stellen wurden die Aktivitäten ganz aufgegeben und der Informationsaustausch wurde wesentlich geringer.
Einige haben danach noch an verschiedenen Stellen wie z.B. bei den Brokdorf-Prozessen, durch Blockaden, durch Sabotage bei Baufirmen oder auf dem juristischen Weg versucht, sich gegen den Weiterbau des AKWs zu wehren. Viele andere haben sich seit dieser Zeit anderen, für sie aktuelleren, Themen der politischen Auseinandersetzung zugewandt: Häuserkampf, Volkszählung, Friedensbewegung, Mittelamerika-Solidarität. Andere haben sich aus Resignation ganz zurückgezogen. Viele AKW-Gegner haben durch den Knall der Mastsprengung erstaunt und hocherfreut aufgehorcht. Unter uns sind auch Diskussionen in Gang gekommen, ob und wie wir beim Bau des AKW Brokdorf noch einmal ganz tatkräftig eingreifen können. Damit verbinden wir aber auch viele wichtige Fragen, über die wir beim Widerstandstreffen gemeinsam diskutieren wollen.

Kernkraftwerk Brokdorf: Schließen des kugelförmigen Sicherheitsbehälters

Warum ist der breite Widerstand zu Brokdorf auseinandergefallen ?
Welche Bedeutung haben Sabotage und andere Aktionen im Widerstand gegen das AKW Brokdorf ?
Wie können wir uns unseren Widerstand zu Brokdorf und andere Widerstandsbewegungen weiterhin vorstellen ?
Müssen wir nicht Brokdorf in den Zusammenhang mit vielen anderen Widerstandsbewegungen stellen ?
Um diese Fragen diskutieren zu können, haben wir uns für das Widerstandstreffen folgenden Ablauf vorgestellt:

Freitag, 26.10.84
19 Uhr - Bericht und Diavortrag von Gegnern der Startbahn-West.
Anschließend Diskussion.
Bericht über den Widerstand in Gorleben und Dragahn.

Sonnabend, 27.10.84
11 Uhr - Bericht über die Vorbereitungstreffen. Aktuelle Informationen zum Stand der Bauarbeiten - Diskussion - Abendessen und danach Theater und Musik

Sonntag, 28.10.84
12 Uhr - Treffen. Dann gemeinsame Fahrt zum Baugelände

Ort des Treffens:
Kollmar, Gaststätte »Zur Erholung«, Große Kirchreihe

Kontaktadressen zum Widerstandstreffen:
Ökoladen, Turnerstr. 9, 2 HH 6
Tel.: 040/432364

Christoph, Harmsstr. 17, 23 Kiel
Tel.: 0431/676794

Horst-Dieter, Överseestr. 17, Rendsburg
Tel.: 04331/29217

Ahaus:

Illegaler Baubeginn im Morgengrauen

Presseerklärung der Bürgerinitiative »Kein Atommüll in Ahaus«

Die spontane Kundgebung am 15.Juli gegen das Atommüll-Lager war ein großer Erfolg. Trotz einer äußerst kurzen Mobilmachung kamen über 300 Atomkraftgegner. Die Kundgebung, zu der die Unabhängige Wählergruppe, die Bürgerinitiative und der Kläger aufgerufen hatten, zeigte auf, daß die Ahauser Bevölkerung weiterhin gegen das Atommüll-Lager ist. Die Rechnung der Betreiber und des Stadtdirektors, den Baubeginn ohne Aufsehen über die Bühne gehen zu lassen, ging nicht auf.
Wir fordern, daß der Stadtdirektor die Baugenehmigung sofort zurückzieht.
Der Widerstand bleibt aktiv!
Es sind weitere Aktionen geplant.

Am 11.7.84 um 6 Uhr morgens wurde mit dem Bau des Ahauser Atommüll-Lagers begonnen. Stacheldraht und jede Menge Wachmannschaften sind der traurige und vorläufige Höhepunkt einer 6jährigen Politik übelster Machenschaften der Atomlobby, angefangen vom Ahäuser Stadtdirektor Jünemann (CDU) bis hin zur Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB); ganz zu schweigen von den an Bestechung und Erpressung grenzenden finanziellen Zuwendungen in Millionenhöhe vom Land NRW.
Die aktuelle Situation ist kennzeichnend für die gesamte Entwicklung bei Planung und Genehmigung des Atommüll-Lagers.
Am 1.9.77 wurden erstmals Pläne der DWK und Steag bekannt, in Ahaus möglicherweise ein BEZ (Brennelemente Entsorgungs-Zentrum) zu bauen. Die CDU begann nun mit ihrer überwältigenden Mehrheit im Rat (29 von 39 Ratssitzen) eine üble Hinhaltetaktik, die über Jahre darin bestand, weder ja noch nein zu dem Projekt zu sagen. Mit der Ausrede, man müsse zunächst genügend Informationen sammeln, wurde eine lokale Entscheidung solange hinausgezögert, bis die Landesregierung von NRW der Aufnahme eines BEZ grundsätzlich zugestimmt hatte.
Die inzwischen gegründete BI »Kein Atommüll in Ahaus« organisierte vor allem im Winter 77/78 mehrere Großveranstaltungen, durch die u.a. der Druck auf die CDU auch aus der eigenen Wählerschaft wuchs. Daß sich Atomlobby und CDU von dieser Kritik und dem Widerstand nicht beeindrucken, geschweige denn überzeugen ließen, demonstrierte der Ahauser Rat ein weiteres Mal am 23.1.78, als die CDU zwar ein eindeutiges 'Ja' zur Kernenergie generell, aber nicht zur BEZ in Ahaus zustande brachte. Es hieß vielmehr, daß »die Grundlage für die Entscheidung über die Errichtung eines BEZ in Ahaus aus den genannten Gründen derzeit nicht gegeben sei...«. Die »genannten Gründe« beinhalteten aber nichts anderes, als die bekannten Phrasen: »Die Sicherheit der Bevölkerung muß jederzeit unabdingbar gewährleistet sein. Dies ist in den einzelnen Genehmigungsverfahren nachzuweisen und strengstens zu prüfen...« bla bla usw. Dieser sogenannte »Ablehnungsbeschluß« war schon deshalb ein wertloses Stück Papier, weil die atomrechtliche und baugenehmigungsrechtliche Instanz die PTB bzw. der Kreis Borken waren, und somit die Stadt 'leider' gar nichts mehr zu entscheiden hatte. Bei der damals noch zu klärenden Grundstücksfrage legte die Stadt kräftig Hand an.
Noch wesentlich engagierter kümmerte sich die Stadt allerdings um ihre damals miserable finanzielle Situation. Das bedingte 'ja' zum BEZ war nämlich zwischen den Zeilen an finanzielle Zuwendungen für die Stadt gebunden. Für die Zustimmung erhielt und erhält sie noch bis 1985, 7 Jahre lang je 7 Millionen DM frei verfügbarer Landeszuwendungen und einen hohen Förderungssatz für alle bezuschußbaren Bauprojekte. (Im Laufe der Jahre dürften das ca. 100 Mill. BEZ-Gelder sein.)

Offiziell ließt sich das folgendermaßen:»... daß zusätzliche Finanzzuweisungen, die im Zusammenhang mit dem BEZ gewährt worden sind, dann zurückzuzahlen sind, wenn das BEZ aus Gründen nicht errichtet wird, die die Stadt Ahaus zu vertreten hat.«
So weit, so üblich!
Der nächste Akt der Demokratiekomödie bahnte sich mit den Kommunalwahlen im September '79 an. Die CDU ging mit BEZ-Kritikern in den eigenen Reihen auf Wählerfang. Diese versprachen ihr 'Nein' zum Bauprojekt auch nach einer Wiederwahl beizubehalten. Nach dem interessanten Wahlergebnis 20 Sitze für die CDU, 9 für die SPD und 10 für die neugegründete UWG (unabhängige Wählergemeinschaft), mußte die CDU »enger zusammenrücken«. Als UWG und SPD im November '79 einen Antrag auf generelle Ablehnung des BEZ einbrachten, waren die 'Vorzeigekritiker' in der CDU gezwungen, ihr Wahlversprechen und Gewissen hinten anzustellen und für das Projekt zu stimmen bzw. sich zu enthalten. Mit 19:19 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Wo die Methode 'Demokratie' nicht mehr hinhaut, muß es eben auch mal anders gehen und es geht gut, wenn man sich in diesen Dingen auskennt.
Die CDU beließ es nicht einmal bei der Ablehnung des UWG-Antrags, sondern faßte einen eigenen geschäftstüchtigen Beschluß, der wieder ein bedingtes 'Nein', daß in den folgenden Jahren und v.a. auf dem Erörterungstermin die Demokratiefassade aufrecht zu erhalten hatte, beinhaltete. Die großangelegte 6-tägige Anhörung entpuppte sich als Schmierenkomödie, da für den Stadtdirektor und die PTB die Genehmigung der Anlage von vornherein feststand. So wurde trotz der umfangreichen Sacheinwände, das geplante Zwischenlager liegt z.B. mitten in einem militärischen Tiefflugbiet, dem Stadtdirektor bald der Auftrag erteilt, »wenn die PTB eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat und die Landesregierung NRW keine Einwendungen wegen noch nicht gesicherter Entsorgung macht«, eine Baugenehmigung zu vergeben. Dieser formale Akt wurde schnell, z.T. telefonisch (!), abgehakt. Endlich konnte also Stadtdirektor Jünemann die heißersehnte Baugenehmigung

Zwischenlagerbaustelle in Ahaus

erteilen.
Dieser brachte bei seinem Amtsantritt 1973 allerdings auch die allerbesten Voraussetzungen für die Durchsetzung der Ziele der Atomlobby mit. Er kam damals direkt aus der Atomregion Jülich und ihm wurde 1980 durch das Landgericht Münster quasi offiziell bestätigt, daß er seine Amtsgeschäfte »mit Lügen und unlauteren Mitteln« geführt habe. Dies hatte freilich keine Konsequenzen für ihn, weil die CDU und die vorgesetzten Behörden bis hin zum Regierungspräsidenten diesen Vorgehen deckten.
Dem Volljuristen Jünemann ist wohl auch die Rechtswidrigkeit des Baubeginns in Ahaus bewußt. Die noch nicht verhandelte Klage des Bauern Herrmann Lenting vor dem Verwaltungsgericht Münster hat eigentlich eine aufschiebende Wirkung. Aber von solchen Kleinigkeiten läßt man sich ja nicht aufhalten, schon gar nicht, wenn's um's Ganze geht. Und darum geht es der Atomlobby schon seit langem. Die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls ist nach wie vor eine Problemstelle im Atomprogramm, was nicht zuletzt die Entwicklung in Gorleben beweist.
In der Wendlandregion bricht der Widerstand trotz massiver Polizei- und Spitzelpräsenz nicht ab. Aus der politisch angepaßten, konservativen Provinz ist für den Staatsapparat über Jahre ein gefährliches Widerstandsnest geworden. Auch Ahaus und das schwarze Münsterland ist nicht umsonst als Standort eines weiteren, für die Gegenseite absolut notwendigen Zwischenlagers ausgewählt worden.
Doch auch in Ahaus formiert sich seit Bekanntwerden des Projekts zunehmend Widerstand aus den unterschiedlichsten Kreisen der Bevölkerung in dieser Gegend. Auch in Ahaus haben Klagen, Anhörungen, Appelle und zahlreiche Protestaktionen die Atommafia (bis jetzt) von ihren Plänen nicht abhalten können.
Aber in Ahaus hat es bis jetzt kaum bundesweite Unterstützung gegeben. Doch was nicht ist, kann noch werden...
Gorleben ist überall - die Anti-AKW-Bewegung auch (?!)

Mühlheim Kärlich

Nach 12-jähriger Bauzeit soll das AKW Mühlheim-Kärlich in der Nähe von Koblenz im August 1986 in Betrieb gehen. Laut Manager-Magazin 4/84 gilt dieses »Unglücksprojekt als Schulbeispiel für explosives Kosten- und Projektmanagement«: Die Baukosten werden sich 1986 von den ursprünglich angesetzten 1,3 Mrd. DM auf sagenhafte 9,1 Mrd. DM erhöht haben. Der Betreiber RWE müßte den Strompreis auf 40 Pfennig pro Kilowattstunde heraufsetzen, falls Mühlheim-Kärlich je Geld einbringen soll. Mit Hinweis auf die AKW-Kostenexplosion ließen die RWE bereits zum 1.7.84 die Strompreise in Nordrhein-Westfalen außerplanmäßig um 4% erhöhen, eine weitere Strompreiserhöhung wegen Mühlheim-Kärlich wurde für Rheinland-Pfalz beantragt.
Dieses AKW wurde nach der Harrisburg-Bauart errichtet. Es ist der erste und letzte Druckwasserreaktor, den die Firma Brown, Boveri & Cie (BBC) bauen wird. Ein weiterer Planungsauftrag für das AKW Neupotz wurde von BBC inzwischen freiwillig zurückgegeben, BBC-Chef Simon erklärte gar das Reaktorgeschäft für »weltweit tot« (Manager-magazin). Allein in diesem Jahr wird BBC 1000 Arbeiter überwiegend aus dem Reaktorbereich entlassen müssen.
Mühlheim-Kärlich ist aber auch sicherheitstechnisch ein Fiasko:
- Das AKW steht auf einer tektonischen Verwerfungslinie und ist damit in erhöhtem Maße erdbebengefährdet.
- Aufgrund seiner Konstruktion kann es nicht gegen Erdbeben und Flugzeugabsturz gesichert werden.
- Das Material von Sicherheitsbehälter und Reaktordruckbehälter entspricht nicht dem Stand der Technik und ist stark rissgefährdet.
- Bei Anlieferung des neuen Reaktordruckbehälters wurden meterlange Risse entdeckt.
Hinzu kommt, daß 11 Jahre nach Baubeginn immer noch wichtige Gutachten über die Auswirkungen des Reaktorbetriebes auf die Umgebung fehlen.
Die genannten Unsicherheitsfaktoren sind Gegenstand eines neuen Verfahrens, das vom 3.-15.10.84 vor dem Koblenzer Verwaltungsgericht gegen das AKW eröffnet wird. Die Koblenzer BI gegen Atomanlagen (KIGA) und die Grünen aus der Region Koblenz/Neuwied haben sich kräftig ins Zeug gelegt und seit Mitte August 84 eine achtwöchige regionale Informations- und Aktionskampagne veranstaltet. Noch ist also offen, ob Mühlheim-Kärlich je ans Netz geht.

Geplanter AKW-Abriß - ein Begräbnis 1.Klasse in Niederaichbach

Die Baukosten betrugen damals über 200 Millionen DM. Das AKW ging an's Netz, 18 Vollasttage, dann wurde es wegen ständiger Leckagen endgültig abgeschaltet. Das ist fast genau 10 Jahre her. Heute plant man den Abriß dieser AKW-Ruine und damit den ersten Total-Abriß eines AKWs. Antragsteller sind der Eigentümer - das Kernforschungszentrum Karlsruhe - und zwei Abrißfirmen. Natürlich sollen auch die Kosten zur Beseitigung zu Lasten der Allgemeinheit gehen - mindestens 100 Mill. DM.
Rund 135.000 t Beton, Stahl und sonstiges Material sollen von anhaftenden Strahlungspartikeln »gereinigt«, zersägt, zerfräst, auseinandergeschweißt, gesprengt, wegtransportiert und gelagert werden. Da die Reaktor-Leiche von Innen noch stark strahlt, kann die Zerlegung des Reaktordruckbehälters und weiterer radioaktiver Teile, sowie die Verpackung des radioaktiven Mülls nur ferngesteuert mit bisher unerprobten Maschinen und Werkzeugen erfolgen. Diese müssen jedoch zuvor noch im verstrahlten Inneren des Reaktors installiert werden.
Äußerst problematisch ist insbesondere die Beseitigung des radioaktiv verseuchten Müllberges: Weil die gesetzlichen Bestimmungen keine eindeutige Grenze zwischen »nicht radioaktiven« und »radioaktiven« Abfällen festlegen, ist es den Antragstellern praktisch weitgehend überlassen, diese Grenzziehung großzügig nach ihren finanziellen Interessen selbst zu bestimmen. Darüberhinaus haben die Antragsteller die Möglichkeit auch diese Grenzwerte für den besonders zu behandelnden radioaktiven Müll durch Materialvermischungen und -verdünnungen zu unterschreiten, um 130.000 t als »einfachen« Bauschutt auf den normalen Müllideponien des Landkreises Landshut ablagern zu können. Das Landratsamt Landshut hat dazu sein Einverständnis bereits 1981 gegeben.
Bescheidene 2.900 t radioaktiven Mülls bleiben von insgesamt 135.000 t, so die Berechnung der ehem. Betreiber, übrig. Davon sollen 1.700 t zur nöch nicht genehmigten. Einschmelzung und Verdünnung ins Kernforschungszentrum Karlsruhe geschafft werden, der Rest in das nicht existierende, geschweige denn genehmigte, atomare Endlager »Schacht Konrad« bei Braunschweig. Die beim Abriß entstehenden 3.500 t radioaktiven Abwässer sollen in die Isar eingeleitet werden.
Dazu kommt, daß die Niederaichbacher Atomruine aufgrund ihrer teilweise völlig anderen Konstruktion, der geringen Leistung, der äußerst kurzen Betriebszeit und ihrer verhältnismäßig »geringfügigen« Verseuchung nicht einmal als Versuchsobjekt für die Beseitigung heutiger Atomkraftwerke geeignet ist. So wird z.B. im AKW Biblis B, das die Größe von OHU 2 hat, zur vorgesehenen Stillegungszeit eine etwa 4.500-fache Radioaktivität vorhanden sein!
Offenbar soll mit dieser Abruchsaktion auf unser aller Kosten nur der scheinbare Beweis für die Beseitigungsmöglichkeit stillgelegter Atomruinen geliefert werden.
Hinweis:
Das Bürgerforum Landshut ruft dazu auf, Einwendungen gegen den Reaktorabriß bis zum 16.11.84 zu erheben.
Kontakt: Bürgerforum gegen das AKW Landshut und Umgebung, Dammstr.13, 83 Landshut
Tel.:0871/65886

Ohu 2 - Presseerlärung des Landshuter Bürgerforums

Nach Mitteilung des Landshuter Bürgerforums gegen Atomkraftwerke, hat die Klägerin gegen das AKW Ohu 2 die angekündigte Verfassungsbeschwerde gegen die Baustopp-Aufhebung durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof inzwischen mit Schriftsatz ihres Rechtsanwalts Siegfried de Witt vom 26.7.84 zum Bundesverfassungsgericht eingelegt. Die Verfassungsbeschwerde stützt sich im wesentlichen auf die Verletzung von Verfahrensrechten im Genehmigungsverfahren, wodurch die Beschwerdeführerin in ihren Grundrechten auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Eigentum verletzt werde.

So hätten sicherheitsbedeutsame Änderungen, insbesondere der nachträglich genehmigte Wegfall der Ausschlagsicherungen einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung bedurft. Dieses Beteiligungsrecht für die Öffentlichkeit und die Beschwerdeführerin, werde durch den Weiterbau der Anlage ohne Berücksichtigung der Ausschlagsicherungen ausgehöhlt. Außerdem erhielten die Kraftwerksbetreiber aufgrund der erfolgten Konzeptgenehmigung bereits einen sicheren Genehmigungsbestand für die Gesamtanlage, obwohl hierfür die Genehmigungsvoraussetzungen noch nicht erfüllt sind. Für die öffentliche Stromversorgung könne außerdem nicht jede hochgerechnete Deckungslücke bei gleichzeitig vorhandenen Reserven, die Schaffung vollendeter Tatsachen für solche Projekte rechtfertigen, bei denen wie im Falle Ohu 2 möglicherweise in elementare Grundrechte der durch die unmittelbare Nachbarschaft betroffenen Beschwerdeführerin eingegriffen werde.

Bei einem Erfolg der Verfassungsbeschwerde müßte der Weiterbau von Ohu 2 zumindest ruhen, bis rechtskräftig über die derzeit in 2. Instanz beim VGH München anhängigen Klage entschieden ist, was nach der eigenen Einschätzung des Gerichts noch Jahre dauern kann.

Neue AKW-Standorte in den Niederlanden

Die Raumordnungsbehörde in den Niederlanden hat sieben Plätze festgelegt, an denen AKWs gebaut werden können. Dies berichteten am 24.9.84 die Gronauer Nachrichten (Gronau/NRW liegt an der holländischen Grenze und ist Standort der im Bau befindlichen ersten deutschen Urananreicherungsanlage 'UAA'). Die Zahl dieser möglichen Standorte soll angeblich nichts über die wirkliche Zahl geplanter AKWs aussagen.

Bei den Plätzen handelt es sich um Poldergebiete, aber auch um den Küstenbereich bei Eemshaven. Von den Standorten am Ijsselmeer heißt, daß sie bereits früher auf ihre Eignung getestet und für gut befunden wurden. Gründe hierfür: es gibt genug Kühlwasser und es handelt sich um dünnbesiedelte Bezirke. Noch in diesem Herbst soll mit festen Beschlüssen zu rechnen sein.

Bisher gibt es in den Niederlanden lediglich zwei AKWs (Doodeward, 54 MW und Borssele, 480 MW) und einen Forschungsreaktor (Arnhem). Die umstrittenste Anlage ist die Urananreicherungsanlage in Almelo, 30 km von Gronau entfernt. Sie hat in der niederländischen Bewegung einen Status wie in der BRD etwa Gorleben. 1978 fand in Almelo eine Demonstration mit 40 tausend Leute statt - für die Niederlande eine riesige Menge. Obwohl die Anlage seit Jahren in Betrieb ist, finden jährlich zu Ostern Aktionen in Almelo statt.

Informationen über das niederländische Atomprogramm können über Udo Buchholz (AKU Gronau), Siedlerweg 7, 4432 Gronau, bestellt werden.

AKW's für die Türkei

Wie die Geier stürzten sich alle westlichen Reaktorhersteller auf die Türkei, die an der türkischen Südküste bei Akkuyu ein AKW bauen lassen will. Um hier mithalten zu können, wurde von der Kraftwerk-Union (KWU) ein Reaktor mit »abgemagertem Sicherheitskonzept« zum »Billig«preis von 3 Mrd. DM angeboten. Dieser Reaktor, der als 'Exportmodell' auch anderswo der KWU klingende Kassen einbringen soll, dürfte in der BRD wegen fehlender Sicherheitseinrichtungen überhaupt nicht genehmigt werden!

So wurde trotz der weitaus höheren Erdbebengefahr in der Türkei auf die hierzulande vorgeschriebene Auslegung gegen Erdbeben verzichtet; auch die vorgesehene Notstromversorgung wäre hierzulande verboten, was umso schwerer wiegt, als wegen des weniger dichten Stromnetzes in Türkei mit einer höheren Häufigkeit von Notstromausfällen gerechnet werden muß. Diese Liste läßt sich fortsetzen.

Bei diesem unsauberen Deal hat die »Bundesregierung das deutsche Unternehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten flankierend unterstützt« heißt es überaus bescheiden in einer Antwort derselben auf eine kleine Anfrage der Bundestagsgünen. So ist durchgesickert, was »aus Gründen der Vertraulichkeit« die Bundesregierung offiziell verschweigt:

- In einer Höhe von 1,4 Mrd. DM soll über einen »Hermes-Kredit« das Geschäftsrisiko der KWU auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. (Hermes-Kredit bedeutet, daß die Regierung mit Steuermitteln einspringt, falls der Käufer nicht zahlen kann.)
- Zusätzlich wurde von der Bundesregierung als »KWU-Exporthilfe« eine Studie der atomindustriefreundlichen »Reaktorsicherheits-Kommission« für 900.000 DM in Auftrag gegeben, die den türkischen Verhandlungspartnern das Mißtrauen gegen einen Reaktor mit 'abgemagertem Sicherheitskonzept' austreiben soll.

Einige Unruhe hat mittlerweile jedoch eine Kurz-Studie des Öko-Instituts Freiburg über den Charakter dieses Reaktor-Exportmodells ausgelöst. Ohnehin gab und gibt es in der türkischen Regierung Widersprüche darüber, ob man dem Drängen, Drohen und Locken von KWU und Bundes-

Atomkraft?

Nein Danke!

1985 KALENDER

256 Seiten 7,-DM
Für Wiederverkäufer 4,60 DM
ISBN: 3-922573-16-2

Alle Jahre wieder bietet der Anti-Akw-Kalender auf über 250 Seiten nicht nur ein Kalendarium, sondern auch ein wichtiges Nachschlagewerk für die tägliche Arbeit und viele inhaltliche Beiträge zu verschiedenen Themen:

- Dioxin
- Wendland
- WAA Windscale
- Kein Frieden mit der NATO
- Kriminalisierung
- Filmlisten
- Materiallisten
- Adressen

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945

3400 Göttingen

regierung nachgeben soll, wurden doch die türkischen Atomingenieure an kanadischen Candu-Reaktoren ausgebildet. Große Teile dieser von den Bundestagsgrünen in Auftrag gegebenen Studie wurden deshalb in der türkischen Presse nachgedruckt mit der Folge, daß die Türkei dem vorrübergehend meist-favorisiertem Anbieter KWU einen neuen Vorschlag vorlegte. Danach soll die KWU ihr AKW selbst betreiben und den Strom an die Türkei verkaufen.
Auf dieses Risiko aber will sich derzeit die KWU auf keinen Fall einlassen... und sie wird auch wissen, warum !
Weiteres in der nächsten Nummer.

Berichtigung

Liebe Leute,
in dem Manuskript »AKW's in China«, das Ihr freundlicherweise abgedruckt habt, habe ich leider selbst einige mir wichtige Worte ausgelassen. Es muß richtig heißen, daß »die Frage der Atomenergie der erste Fall war, in dem die KPD öffentlich eine von der chinesischen Führung abweichende Auffassung zu innerchinesischen Problemen vertreten hat.«
Herzlichst Euer Jens

Dioxin aus Atommüllverbrennungsanlage?

Am 31.8.83 erteilte das Regierungspräsidium Karlsruhe eine rechtswidrige Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Atommüllverbrennungsanlage. Nun haben zwei Mitglieder des Aktionskreises Kernforschungszentrum (KFZAK) im Mai dieses Jahres beim Verwaltungsgericht Klage gegen diese Anlage eingereicht.
Das Regierungspräsidium hatte eine öffentliche Bekanntmachung damit umgangen, daß die Anlage als Versuchsanlage genehmigt wurde. Daß das ein Vorwand ist, ergibt sich schon daraus, daß die Herstellerfirma NUKEM schon seit zwei Jahren eine gleichartige Versuchs-Anlage betreibt.
Außerdem wurden bei der Genehmigung überholte Emmissionswerte zugrundgelegt. Diese müssen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz jeweils dem neuesten Stand der Technik angepaßt werden.
Diese Schlampigkeit des Regierungspräsidiums ist offensichtlich von den Betreibern der Verbrennungsanlage, dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), einkalkuliert worden, um die Kosten niedrig halten zu können. Des weiteren hat das KfK die rechtzeitige Einholung eines TÜV-Gutachtens verhindert, indem es die Genehmigungsbehörde unter Zeitdruck gesetzt hat. Bei der Verbrennung handelt es sich nicht um eine Beseitigung, sondern um eine unwiederbringlich feine Verteilung von 98% des radioaktiven Mülls in die Umwelt - in Wasser, Boden, Luft. Das Endprodukt - die Asche - ist unvergleichlich konzentrierteres Gift als der Ausgangsstoff, und eine gefahrlose Endlagerung gibt es nicht. Aus schwächer giftigem Material wurde hochgiftiges hergestellt, das weniger Raum beansprucht. Dies berechtigt aber nicht dazu, umweltgefährdende Stoffe freizusetzen.
Hinzu kommt, daß bisher für unsere Gesundheit unbedenkliche Stoffe, wie z.B. PVC, durch chemische Reaktionen in Schadstoffe wie Chlorgas, Salzsäure und vermutlich sogar Dioxin umgewandelt werden. Dioxine entstehen in fast allen Müllverbrennungsanlagen, zum Beispiel durch die Zersetzung von PVC.
Natürlich ist dem KfK aus einer Versuchsanlage der NUKEM bekannt, daß in der Atommüllverbrennungsanlage hochgiftige Stoffe wie Dioxin enstehen können. Dennoch wurde die Anlage mit einer zu niedrigen Verbrennungstemperatur beantragt, und zusätzlich die Einholung eines Gutachtens durch das Regierungspräsidium verhindert!
Die Möglichkeit der Entstehung von Dioxin wurde übergangen, indem sie gar nicht erst untersucht wurde.

PORTRAIT

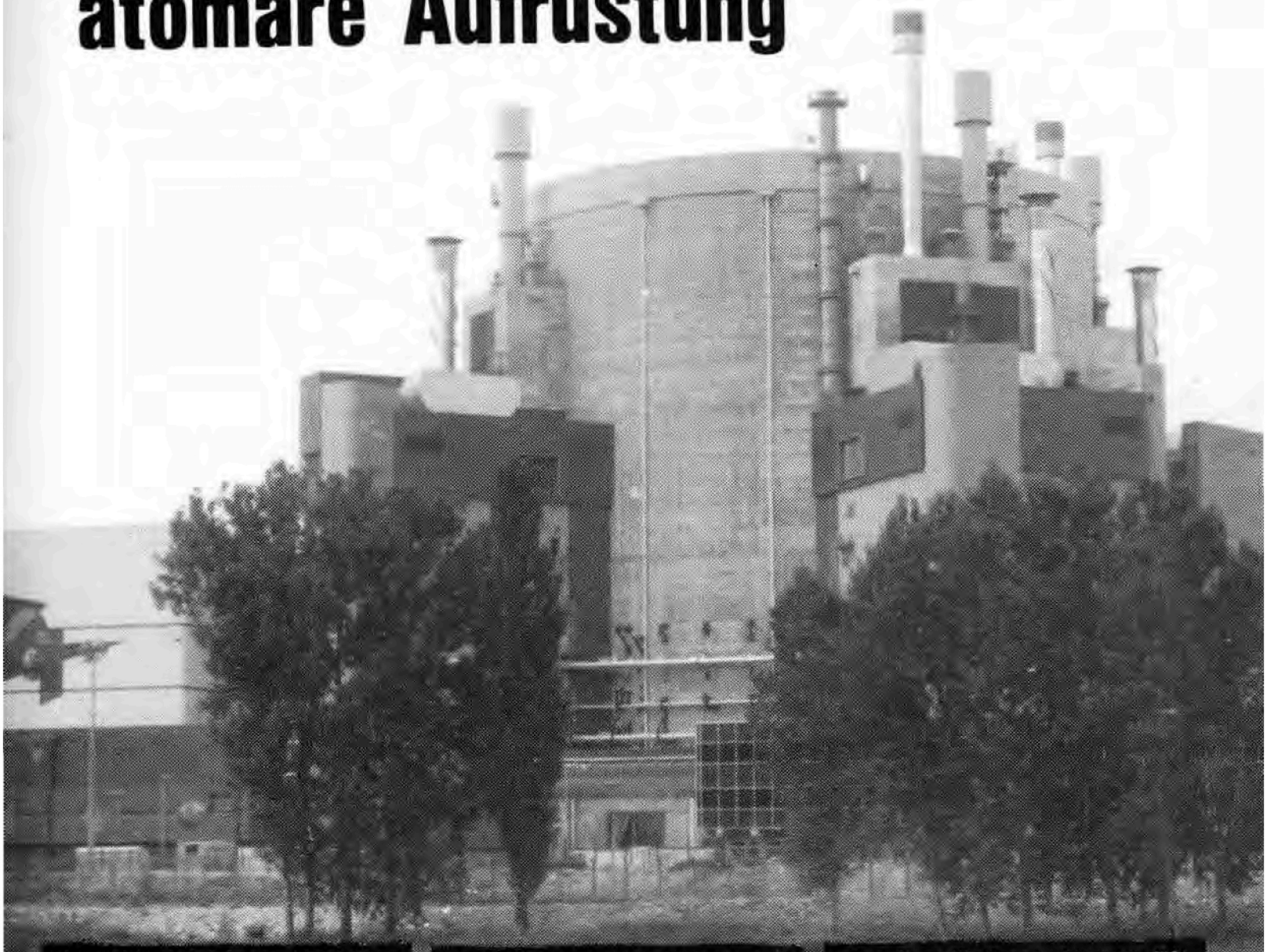
Klaus-Dieter Hoffmann

Bremen (taz) - Mitte 1979 ist Klaus-Dieter Hoffmann, geboren 1960 in Idar-Oberstein, nach Bremen gekommen und hat hier eine normale Ausbildung als Polizeiobermeister bekommen. Im Oktober 1982 tauchte er beim „Komitee gegen Bombenzüge" (KGB) und in der Neustädter Stadtteil-Gruppe der Initiative „Krieg dem Krieg" auf. Er gab sich als arbeitsloser Studienbewerber aus, und begann später wirklich ein Jura-Studium. Er arbeitete in der Anti-Kriegs-Gruppe normal mit, schloß so etwas wie Freundschaften mit einigen Gruppenmitgliedern, und beteiligte sich an dem, was im Polizeijargon „Keuschheitsproben" genannt wird, an nicht-legalen Aktionen. Im heißen hrbst war er in Bremerhaven dabei, da er sich bei einem Mototradunfall den Arm gebrochen hatte, saß er im Juni 84 bei der Bombenzugblockade in der Info-Zentrale.
Sein Beamtengehalt kam seit dem April 1984 nicht mehr direkt, sondern besser getarnt in zwei Teilen bei ihm und seiner Freundin auf dem Konto an; ihm war damals ein Verdacht bekannt geworden. Als Schutz-Story gab er vor, bei der Polizei ausgestiegen zu sein, und formulierte sogar ein fingiertes Kündigungsschreiben.
1982 war der Polizeiobermeister Hoffmann in Berlin, sollte wie selbstverständlich mit dem dortigen Verfassungsschutz Kontakt aufnehmen. Er selber hat erzählt, er sei von Berliner Kollegen durch die einschlägigen Szene-Kneipen geführt und sozusagen „eingewiesen" worden. In Bremen sollte er die Szene der Krieg-dem-Krieg-Gruppen systematisch ausforschen. Gefunden wurden etwa Demonstrationsberichte, die beweisen, wie allgemein und umfassend sich seine Auftraggeber bei der Kripo und beim Verfassungsschutz für diese Szene interessieren. Über Jahre führte er genau Buch, wieviel Getränke („G") er an einem seiner Dienst-Abende mit seinen Mitstreitern trank, wieviel er für Friedens-Broschüren ausgab („B"), und wieviel sonstige Ausgaben („S") anfielen - alle paar Tage um die zehn Mark. Selbst Besuche bei Leuten aus der Krieg-dem-Krieg-Gruppe, die diese als reine Freundschaftsbesuche verstanden, tauchen in der Spesenliste mit genauen Kilometer-Angaben auf.

K.W.

Das Beispiel Malville

Schnelle Brüter für die atomare Aufrüstung



Viele Politiker sind dumm. Aber keinem traue ich die Blödheit zu, aus Schnellen Brütern nichts als Strom gewinnen zu wollen. Die Rechnung ist ganz einfach: Heute kostet Uran auf dem Weltmarkt pro Pfund 20 Dollar. Damit der Schnelle Brüter mit dem ebenfalls sehr teuren Leichtwasserreaktor einigermaßen konkurieren kann, müßte sich der Uranpreis auf wenigstens 175 Dollar pro Pfund erhöhen. Das „Departement of Energy" in den USA schätzt, daß in 40 Jahren erst der halbe Preis für Uran erreicht sein wird. Nach US-Studien gilt es ferner als erwiesen, daß ein rationeller Umgang mit Uran in AKWs die Schnelle-Brüter-Technik moch mindestens hundert Jahre unter die Wirtschaftlichkeitsgrenze drücken würde. (Schon mit den heute bekannten Methoden läßt sich der Uranverbrauch in AKWs um 30 % reduzieren.) Weiter: Um wirklich das vielleicht einmal erbrütete Plutonium erneut einsetzten zu können , muß es aus den Brennelementen des Schnellen Brüters durch eine Spezial-WAA abgetrennt werden. Die Wiederaufarbeitung der Brennelemente aus dem Brüter-Kern ist jedoch höchst problematisch und kaum vor Ende dieses Jahrhunderts zu bewältigen. Bis dahin müßten diese Brennelemente zwischengelagert werden. Mit anderen Worten: Vor dem Jahr 2000 kann schon aus technischen Gründen von „Brüten" keine Rede sein.

Ganz anders sieht es allerdings mit dem hochreinen Waffenplutonium aus dem Brutmantel des Brüters aus, das sich ohne Komplikationen abtrennen läßt. In Frankreich beispielsweise werden mit Inbetriebnahme des Schnellen Brüters „Superphenix" (1.300 MW) in Malville j ä h r l i c h 300 kg waffentauglichen Plutoniums im Brutmantel anfallen, die relativ problemlos auf dem Militärgelände von Marcoule abgetrennt werden können und die immerhin ausreichen für die Herstellung von 60 Atombomben. Für die Mehrzahl der Atommächte (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) ist die gleichzeitige Produktion von zivilem Strom und militärischem Plutonium ohnehin nichts ungewöhnliches. In Frankreich versorgt der mit Hilfe der hessischen Firma ALKEM errichtete Schnelle Brüter „Phenix" (250 MW) schon heute die Militärab-

Collection Hella Foundation
www.hella.org
Digitized 2010

teilung der französischen Atomenergiekommission CEA, und auch der Vorschlag, den Nachfolgebrüter für „Superphenix" direkt neben das französische Atomwaffenzentrum Marcoule zu setzen, spricht für sich.

Daß auch „Superphenix" in Malville der Force de Frappe dienen soll, belegen nicht nur zahlreiche Äußerungen von französischen Generälen, Energiefachleuten und Politikern. Ein Blick auf das französische Atomwaffenprogramm zeigt, daß „Superphenix" für die französischen Militärs geradezu unerläßlich ist: Vorgesehen ist die Aufstockung des nuklearen Arsenals von derzeit 300 auf 2.000 Atomwaffen innerhalb der nächsten zehn Jahre. Und es ist sehr unwahrscheinlich, daß von diesem Programm Abstriche gemacht werden: Kaum ein Land der Erde ist nuklearwütiger als Frankreich.

Trotz massiver internationaler Proteste setzt es eine Atomwaffenversuche am pazifischen Moruroa-Atoll fort, dem Atomwaffensperrvertrag bleibt es strikt fern und irgendwelche Vorschläge für nukleare Abrüstung wurden bisher immer abgelehnt. (Erinnert sei an die empörte Ablehnung Mitterands auf Vorschläge, im Rahmen der „Nachrüstungs"-Debatte die französischen A-Waffen in die Genfer Verhandlungen einzubeziehen.) Offiziell verfügt Frankreich nur über drei kleine Militärreaktoren in Marcoule (a' 40 MW). Der G 1-Reaktor wurde schon 1968 dichtgemacht, G 2 wurde 1980 abgeschaltet und nur G 3, ein fast 25 Jahre altes Ding, arbeitet zur Zeit. SIPRI und andere Friedensinstitute bezweifeln stark, daß allein diese Reaktoren für das derzeitige Nuklearsenal Frankreichs ausreichen und es ist ein offenes Geheimnis, daß auch sogenannte „zivile" Magnox-Reaktoren (vermutlich zwei Reaktoren bei Chinon) von den Militärs angezapft werden.
Das französische Atomwaffenausbauprogramm aber setzt voraus, daß bis 1990 etwa 4 Tonnen Waffenplutonium und bis zum Jahre 2000 weitere 5 - 10 Tonnen Waffenplutonium zu beschaffen sind. Rechnet man die Plutoniumproduktion aller verfügbaren Reaktoren zusammen (inkl. Chinon und Phenix), bleibt bis 1990 ein Bedarf von 200 - 250 kg Plutonium ungedeckt. Genau dafür aber soll der „Superphenix" aus der morbiden Asche steigen ...

Die politischen Kontroversen in der BRD um den ATOMWAFFEN-SPERRVERTRAG in den Jahren 1966-74

von Matthias Küntzel, Lüneburg, 1983/84

Diese Studie kostet 12 DM. Bestellungen bitte an die Redaktionsadresse der Atommüllzeitung.

Superphönix: Das gemeinsame Kernstück ...

Fast überall in Westeuropa gilt: Wer heute in seinem Haus eine elektrische Heizung installiert, könnte damit bereits das letzte Glied einer Kette schmieden, die letztlich an der Produktion neuer Atomwaffen hängt.

Betrachten wir die neutrale Schweiz:
Etwa 500 Mio Schweizer Franken stecken in der neuen WAA UP - 3 in La Hague. Plutoniumfabriken wie die UP - 3 sind auf absehbare Zeit unerläßlich für den Betrieb von Schnellen Brütern. Die Wiederaufarbeitungsverträge, auf die sich die Schweiz gegenüber Frankreich und Großbritannien eingelassen hat, werden bis 1982 3,5 Tonnen, bis 1990 8,6 Tonnen und bis zum Jahr 2000 20 Tonnen Plutonium zurücklassen. Zusätzlich verkaufte die Schweiz 1980 70 kg Plutonium (mit Billigung der USA) an Italien, das dieses Zeug für die Erstbeladung des „Superphenix" dringend braucht. Weitere 58 kg Plutonium sollen für den Einsatz in Kalkar oder in Malville verkauft werden. Aufgrund seiner Neutralität kann die Schweiz keiner europäischen Atomstreitmacht angehören. Nolens volens trägt sie aber dazu bei, die Infrastruktur für eine derartige Atomstreitmacht durch „Superphenix" aufzubauen. Da nützt es heute auch gar nichts mehr, daß die Schweizer Regierung der europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) 1958 u.a. deshalb nicht beitreten wollte, weil *„das Euratom-Übereinkommen die Verwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken nicht völlig aus(schließt). Aus diesem Grund könnten gewisse Staaten, worunter auch die Schweiz, der Euratom nicht beitreten"* – so der Schweizer Bundesrat lt. BBl 1958 II 576. (Am Rande:Euratom wird heute besonders gerne von der Bundesregierung als totsichere Kontrollinstanz für eine ausschließlich friedliche Atomenergienutzung ins – falsche – Spiel gebracht ..., s. hierzu auch ATOMMÜLL-ZEITUNG Nr. 27)

Auch das neutrale Schweden hat durch Zahlung von 200 Mio Kronen für den Aufbau der französischen WAA indirekt die Force de Frappe unterstützt, ganz zu schweigen von der Bundesrepublik, von Italien, Belgien, Holland und Großbritannien, die allesamt am „Superphenix" und seiner Plutonium-Erstbeladung d i r e k t beteiligt sind. (Die BRD zu 11 %, Italien zu 33 %, Belgien und Holland zu je 2 %, England zu 1 %.)

... einer europäischen Atomstreitmacht

Im folgenden möchte ich einen Abschnitt aus einem Artikel von Michel De Perrot wiedergeben:

„In seiner Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung am 17.10.1983 in Bonn hatte der französische Oppositiosführer Jaques Chirac die wachsende Bedeutung der französischen und britischen Nuklearstreitkräfte in Verbindung gebracht mit einer *„europäisch-amerikanischen Abschreckungspolitik, die allerdings nicht vollstellbar wäre ohne eine direkte deutsche Teilhabe auf einer verantwortlichen Ebene."* Kurz darauf sprach Mitterand in einem Fernsehinterview von einer *„Europäischen Verteidigungsmacht, die für alle westeuropäischen Regierungen ein wichtiges Ziel sein muß, vorausgesetzt, die Sache wird mit aller nötigen Vorsicht angegangen."*

Schon 1977 hatte ein Major namens Winfried M. Dunkel in der US-Zeitschrift „Military Review" (Vol. 57,pp 49-55) betont, daß das Modell einer Europäischen Atomstreitmacht aufbauen muß auf einer Stärkung der bestehenden Europäischen Atomstreitkräfte, also einer „Europäisierung" des britischen und französischen Nuklearpotentials. Dunkel hatte allerdings hinzugefügt, daß die für die Europäische Atomstreitmacht nötigen Kosten – etwa 40 Mrd. Dollar in einem Zeitraum von 10 Jahren – ei-

...die europäischen Regierungen beobachten gespannt die Entwicklung der Schnelle-Brüter-Technik

ne Verwirklichung dieser Pläne kaum wahrscheinlich macht. Bei dieser Kalkulation wurde allerdings die neue Generation von Schnellen Brütern nicht in Betracht gezogen, die vollkommen im Rahmen der zivilen Atomprogramme finanziert werden sollen, ohne den europäischen Verteidigungshauhalten zur Last zu fallen.

Heute ist die Westeuropäische Union (WEU) die einzige europäische Institution, die eine Autorität in Verteidigunsfragen besitzt. Sie besteht aus Frankreich, Großbritannien, der BRD, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg. Im Artikel V des WEU-Vertrages ist vereinbart, daß für den Fall einer bewaffneten Aggression auf einen der beteiligten Partner die anderen Partner mit allen verfügbaren Mitteln zur Hilfe verpflichtet sind. Eine kürzlich erstellte Studie des US-„Congress Research Service" hat diesen Artikel interpretiert als „eindeutige Verpflichtung, die offensichtlich den Gebrauch nuklearer Waffen einschließt."

Es war insofern nicht überraschend, daß die Tagesordnung der WEU-Versammlung vom 28.11.1983 die Frage einschloß, wie die Forschungen in entwickelten zivilen und militärischen Technologien zu koordinieren sei. Dieser Versammlung folgte eine gemeinsame Vereinbarung vom 10.1.1984 über den Aufbau eines europäischen Programms zur Langzeit-Zusammenarbeit in Sachen Schneller Brüter und dem dazugehörigen Brennstoffkreislauf. In diese Vereinbarung einbezogen waren Frankreich, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien und Belgien; Holland sollte zu einem späteren Zeitpunkt dazustoßen."

Zu Recht weist Michel De Perrod darauf hin, daß sich die „technische Integration Europas mittels Plutonium" hinter den Kulissen vollzieht, also unter Umgehung der Parlamente, und er warnt davor, die rein politisch bedingten Hindernisse für den Aufbau einer Europäischen Atomstreitmacht zu überschätzen.

Ich denke, man sollte diese politischen Hindernisse auch nicht unterschätzen. So schnell wird man unsere Bonner Wiedervereinigungsfans, die ja so gerne wegen der „offenen" deutschen Frage powern, nicht an das nukleare Knöpfchen heranlassen, auch wenn dieser Wunsch mit Penetranz mal offen (Todenhöfer, CDU), mal durch die Blume (A.Dregger, CDU) vorgetragen wird.

Nichtsdestotrotz muß endlich auch hierzulande die Friedens- und AKW-Bewegung den „Superphenix" in Malville zu ihrem Thema machen. Oder sind die französischen Atomwaffen angenehmer als die amerikanischen?

1985 sollen gegen den Einbau des Plutoniums Camps und Blockaden in Malville stattfinden. Zur westeuropäischen Vorbereitung dieser Aktionen ist eine internationale Konferenz Anfang 1985 im Gespräch.

Quellen: 1. Michel De Perrot, Commercial fast breeders: towards a European military build-up? in Journal of World Trade Law, May 1984;
2. David Albright, US- Involvement in Superphenix, in Bulletin of Atomic Scientists, 1984
3. Jörgen Steen Nielsen, Cogema- Agreement: Sweden contributs to France!, in Nuclear Weapons Programm, 1984;
4. Kollert, Donderer, Franke, Kalkar Report, Frankfurt 1983;
5. Peter Hug, Beihilfe zur atomarem Hochrüstung, Wochenzeitung Nr. 16 (Schweiz),18.4.84

Teil III der in Atommüllzeitung Nr. 26 begonnen Atomwaffensperrvertrag-Serie zum Thema „Europäische Option" (d.h. Festhalten an dem Ziel einer europäischen Atomstreitmacht im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages) wird aus Platzgründen erst in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung erscheinen. Erhältlich über die Anschrift der Atommüllzeitung sind nach wie vor Teil 1 (Der Widerstand der Bundesregierung gegen den Atomwaffensperrvertrag 1966-69) und Teil 2 dieses Artikels (Der Widerstand der Bundesregierung gegen internationale Kontrollen zur Überprüfung ihreres ‚friedlichen' Atomprogramms, Atommüllzeitung Nr. 27).

Ist der Bombenbrüter noch zu stoppen ?

Passiert man auf der Fahrt von Lyon nach Chambery das kleine Dörfchen Flevieu an der Rhone, taucht plötzlich hinter riesigen Pappeln am anderen Flußufer das Ungetüm des Superphenix auf. Der Bau des schnellen Brüters hat Veränderungen in die Umgebung gebracht. Die winzigen Dorfrestaurants sind voller, die Geschäfte gehen besser und für Einige fiel sogar ein Job auf der Baustelle ab. Aber die Zweifel, gemischt mit Mißtrauen gegen die Pariser Regierung, sind geblieben – man hat ja schon manches über die Atomfabriken gehört, und nicht nur Gutes.

Ein großer Kran auf dem Gelände des Superphenix zeigt an, daß noch gebaut wird, doch der optische Eindruck, der beständige Summton und das aus den Rohren fließende Wasser deuten auf die nahe Inbetriebnahe im September 1985 hin. Seit Juni dieses Jahres wird das Kühlmittel Natrium eingepumpt, die erste Plutoniumbeladung ist für Juli 85 vorgesehen.

Nichts erinnert hier mehr an den 31.7. 1977, als 60.000 AKW Gegner aus ganz Westeuropa, darunter etwa 2.000 aus der BRD vor der Baustelle demonstrierten, die von der frz. Bürgerkriegspolizei CRS mit unglaublicher Brutalität verteidigt wurde. Im Hagel von Tränengas und Offensivgranaten starb Vital Michalon, zahlreiche AKW–Gegner wurden z.T. schwer verletzt. Ein Jahr zuvor war es noch 20.000 Demonstranten aus der Region gelungen, ein großes Loch in den Bauzaun zu reißen und den Platz zu besetzen.

Im August 84 lassen hintereinander gesetzte meterhohe Drahtzäune, die Flutlichtanlage, der fast fertiggestellte Brüter und die mit Gewehren patroullierenden Bullizisten eine Platzbesetzung unrealistisch erscheinen.

Der Superphenix aus dem Blickfeld verschwunden

In der bundesdeutschen Anti–AKW–Bewegung geriet der Superphenix nach 1977 in Vergessenheit. Erstmals wieder in die Schlagzeilen kam er durch seine offenbar gewordene Funktion als Doppelagent für zivile Stromproduktion und Plutoniumerzeuger für die frz. „Force de Frappe". Die besonders pikante und bis dahin geheimgehaltene 11% ige Beteiligung des RWE mit bundesrepublikanischen Steuergeldern drang durch die Bundestagsanfragen des SPD–Abgeordneten Catenhusen 1981 an die Öffentlichkeit.

In Frankreich löste das brutale Vorgehen der CRS bei der Demonstration 77 einen Schock und heftige Auseinandersetzungen über die Gewaltfrage aus, der später eine Jahre anhaltende Perspektivlosigkeit folgte, an der die vorher zahlreichen Gruppen der Region zerfielen. Große Teile der Anti–AKW–Bewegung setzten ihre Hoffnungen auf Mitterand, der mit der Zusage, das Schnellbrüterprogramm zu stoppen, Wahlkampf gemacht hatte. Diesen Teil seiner Zusagen vergaß er als Präsident schnell. Dieser Verrat gab insbesondere den linken Teilen der Anti–AKW–Bewegung den Rest.

Die Basis für die Ende 83 von der Lyoner Malville–Gruppe initiierte Kampagne gegen den Superphenix war demgemäß schmal. Um so überraschender die (Wieder) gründung von 25 Malville–Gruppen, die breite Resonanz auf dic kurzfristig ins Leben gerufene Info–Zeitung, die lange Liste unterstützender Gruppen, überwiegend Reste der Anti–AKW–Bewegung, aber auch Friedensgruppen.

Entscheidender Auseinandersetzungspunkt der Kampagne war die Ablehnung der „Force de Frappe". Die auf der Basis „Ablehnungvon Pershing II, Cruise missiles und SS 20" gegründete Organisation der Friedensbewegung „Codene" tut sich damit ebenso schwer wie die kleine sozialistische Partei PSU, die sich trotzdem gegen den schnellen Brüter engagiert.

Erster Erfolg der Kampagne war ein Hearing im Mai in Lyon mit Wissenschaftlern aus den USA und Westeuropa zu Aspekten der Sicherheit, europäische Kooperation, Proliferation und militärischen Nutzbarkeit des Schnellen Brüters.

Vom 3. bis 5. August 84 demonstrierten dann 5.000 Menschen bei einem Festival mit international besetzter Kundgebung, daß es noch Widerstand gegen den Brüter gibt. Der Kundgebungsort lag einige km von Superphenix entfernt am anderen Ufer der Rhone. Diese Entfernung sollte auch gewahrt bleiben, man wollte diesen Neuanfang nicht gleich von Polizeiknüppeln und Granaten zerstören lassen. Die geringe Bereitschaft

oben: Das Dörfchen Flevieu am Rhone-Ufer gegenüber Superphenix
rechts: Aufnahme von der Superphenix-Kundgebung am 3.-5.8.84
unten: Superphenix vom gegenüberliegenden Ufer der Rhone
Fotos:atommüllzeitung

beim größten Teil der vorbereitenden Gruppen selbst zu einer massenweisen „Besichtigung" stieß insbesondere bei den italienischen Gruppen auf Kritik.
Für die Initiatoren war die Sache nach der nahezu siebenjährigen Widerstandsabstinenz ein voller Erfolg, trotz der für BRD–Verhältnisse nicht beeindruckenden Teilnehmerzahl. Kriegsminister Hernu sah sich zu einem öffentlichen Dementi der zivilitärischen Nutzung des Superphenix gezwungen. Begründung: Dies sei ja schon wegen der Beteiligung Italiens und der BRD (!) nicht anzunehmen und im übrigen gäbe es vernünftigere Wege für die Herstellung von Bombenplutonium.
Ein wichtiges Ereignis des Festivals dürfte der Aufbau der internationalen Kontakte gewesen sein. International am stärksten mobilisiert hatte die italienische Friedens– und Antinuklearbewegung, die mit ca. 250 Mitgliedern diverser Gruppen vertreten war.

Das italienische Interesse rührte zum einen aus der 33% igen Beteiligung Italiens an dem Projekt, zum anderen ist die Diskussion über die Funktion des Schnellen Brüters für eine westeuropäische Atomstreitmacht wesentlich stärker vorangeschritten als in der bundesdeutschen Anti–AKW- und Friedensbewegung. Außer den Italienern hatte der Schweizer Friedensrat nach Malville aufgerufen. Die Schweiz hatte Plutonium aus dem AKW Mühleberg u.a. an Italien verkauft, daß dieses Plutonium als Anteil der Erstbeladung für Superphenix benötigte.
Die Teilnahme aus der BRD beschränkte sich nahezu auf grüne Funktionsträger, sie waren im übrigen an einer Hand abzuzählen.
Dies aus zwei Gründen:
1. Die bisherigen internationalen Kontakte zu diesem Problemkreis (Brüter, zivilitärische Nutzung) liefen ausschließlich über die Grünen, die ihre Informationen jedoch nur im erlauchten Kreise zirkulieren ließen, so daß über die geplanten Aktionen in Malville in der bundesdeutschen Anti–AKW–Bewegung praktisch nichts bekannt war.
2. Dies zeigt gleichzeitig eine Schwäche der bundesdeutschen Anti–AKW–Bewegung. Trotz der „Modellfunktion" der frz. Atomprojekte (Brüter, WAA, seit Jahren stattfindende Atommülltransporte) gibt es keine relevanten Kontakte zur französischen Bewegung. Den Initiatoren in Lyon waren außer den Grünen keine in diesem Bereich arbeitenden Gruppen bekannt.
Hier könnte auf der BUKO im Nov. ein Anlauf zur Gründung einer bundesweiten Malville–Gruppe gemacht werden.

Internationale Aktionen gegen die Inbetriebnahme

In den verschiedenen Plena auf dem Festivalgelände in Malville kristallisierten sich folgende Aktionen heraus:
– Ein mehrwöchiges Camp mit Blockaden der Plutonium–Beladung im Sommer 85.
– Für Ende dieses Jahres kam vom WISE–Belgien der Vorschlag für eine internationale Konferenz von Friedens– und Anti–AKW–Bewegung zum Thema „zivilitärische Nutzung, westeuropäische Atomstreitmacht", auf der auch weitere Aktionen diskutiert werden sollten. Die Europa–Grünen bemühen sich z.Z. um Genf oder Straßburg als Tagungsort, da dort Simultan–Übersetzungsanlagen vorhanden sind.

Die Lyoner Kerngruppe ist zu erreichen über:
Campagne Pour L'Arret de Superphenix et de la Filiere Surgeneratice,
c/o CEP BP 5006, s. Jean 69245, Lyon CEDEX 05.
Vorläufige bundesdeutsche Kontaktadresse:

Anne Kathrein Schröder
Katzenstr. 2
2120 Lüneburg

Eine Akte im großen Buch der Widerstandsgeschichte ist geschlossen worden. In Kiel wurde der Anti-AKW-Bewegung zum zweiten Mal der Prozeß gemacht - der Brokdorf-Prozeß. Festgemacht an Michael Duffke und Markus Mohr. Im Mai '82 waren Michael zu 5 1/2 Jahren und Markus zu 3 Jahren Knast verurteilt worden, stellvertretend für 100.000, die am 28.2.81 am Brokdorfer Bauzaun ihren Widerstand ausgedrückt hatten. In der jetzigen Revisionsverhandlung wurde in nur vier Tagen entschieden, was vorher 55 Prozeßtage dauerte: wie hoch nämlich der Preis dafür ist, sich der Bestie Atom- und Polizeistaat in den Weg zu stellen. Die Strafen lösten zunächst mal bei uns allen große Freude aus.
1 Jahr und 6 Monate auf 2 Jahre zur Bewährung für Markus und 2 Jahre und 4 Monate für Michael. Die Freude darüber, trotz der noch immer hohen Strafen liegt darin, daß Markus und Michael ersteinmal nicht mehr hinter Gefängnismauern verschwinden müssen.
Die Freude darüber kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anti-AKW-Bewehgung in diesen Tagen in Kiel eine ihrer größten Niederlagen einstecken mußte. Die Solidarität mit den beiden aus der Bewegung heraus war praktisch auf dem Nullpunkt angelangt.

Brokdorf — Prozess

Am 26. April hatte der Bundesgerichtshof (BGH) auf den Revisionsantrag der Rechtsanwälte hin entschieden, daß der Itzehoer Urteilsspruch vom 13.5.82 (5 1/2 und 3 Jahre) nicht rechtens sei.
Das Itzehoer Urteil hatte damals eine Welle der Empörung ausgelöst, daß sich die oberste Justiz genötigt sah, den Schein der »Rechtstsaatlichkeit« wiederherzustellen. So entschied der BGH, daß zwar die beiden der Tat selber überführt worden seien (was nie bewiesen werden konnte), das Strafmaß und die Begründung dafür aber zu hoch seien, daß ihnen keine Tötungsabsicht unterstellt werden könne.
Deshalb wurde vor dem Landgericht Kiel auch nicht mehr über die Brokdorfdemonstration, über den Grabenvorfall verhandelt, sondern »nur« noch über das Strafmaß. So gab es jetzt auch weder Zeugenvernehmungen noch Beweisanträge, die noch in Itzehoe zur Demaskierung des Brokdorfer Polizei- und Justiz-apparats geführt hatten. So dauerte die ganze Verhandlung auch nur vier Prozeßtage.
In fast lockerer (beängstigend ruhiger) Atmosphäre wurden in den ersten beiden Verhandlungstagen Passagen aus der Itzehoer Urteilsbegründung verlesen - langweilig für Prozeßbeteiligte wie Zuhörer. Selbst der Staatsanwalt charakterisierte die schriftlivche Urteilsfassung aus Itzehoe als »ohne Leben« (darin war nichts mehr von der politischen Frontststadt-Atmosphäre zu lesen, die in Itzehoe geherrscht hatte).
Es wurden dann nochmal zwei Gutachter dazu gehört, ob Michaels Schuldfähigkeit zur Tatzeit gemindert war. Beide Gutachter stellten das genaue Gegenteil dessen fest, was in Itzehoe von dem damaligen Gerichtsgutachter Michaelis zu hören war. Der Bremer Gutachter van de Meer erklärte, daß Michael das Gegenteil von einem gewalttätigen Menschen sei und daß er nicht dem Bild des »Schlägers von Brokdorf« entspreche. Er plädierte dafür, Michael für den »psychischen Vorgang« am Wassergraben eine verminderte Schuldfähigkeit zuzuerkennen. Der Gerichtsgutachter Kernbichler schloß sich im wesentlichen den Äußerungen an.
Der Jugendgerichtshelfer, der Markus auch schon im ersten Prozeß zugeordnet war, setzte bei Markus eine »psychische Streßsituation« im Graben voraus und forderte eine drastische Senkung des Urteils auf eine »erzieherische Maßnahme« im Sinne des Jugendrechts.
Diese »lockere«, bis dahin langweilige Atmosphäre änderte sich schlagartig in dem Moment, als Staatsanwalt Hoffmann am 3. Verhandlungstag sein Plädoyer hielt.
Hatte das Gericht sich bis dahin stets an die Forderiung des BGH gehalten, die politische Dimension des Verfahrens zu verlassen, so war dies am Staatsanwalt vorbeigegangen. Er stützte sich weitgehend auf die Argumentation und auf den Strafrahmen seines Itzehoer Kollegen Wieduwilt. Er ging auch davon aus, daß die »Gefahr des Todes« bei den Schlägen einkalkuliert werden müßte. Trotz des erwiesenermaßen im Graben unverletzten SEK-lers Schütt, sah er wieder ein Vergehen wegen »schweren Landfriedensbruch in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung«.
Er billigte den Angeklagten zwar zu, daß am Graben eine »aufgeheizte und angespannte Situation« herrschte, auch gruppendynamische Wechselwirkungsprozesse aufgrund der Polizeieinsätze wollte er zugestehen, auch teilte er die Itzehoer Negativprognose für Markus nicht. In der Strafforderung war von alledem jedoch nichts übriggeblieben.
Er orientierte sich ganz an der Itzehoer Forderung seines Kollegen. Der hatte damals, und da spielte auch die Forderung seiner Vorgesetzten mit, 2 Jahre für Markus und 6 Jahre für Michael gefordert.
Hoffmann setzte diesen Strafrahmen fort und blieb in seiner Argumentation weiterhin in der Nähe des »Mordversuchs«. Er forderte in Kiel 1 Jahr und 10 Monate (auf Bewährung) für Markus und 4 1/2 Jahre für Michael.
Plötzlich war Itzehoe wieder da. Doch anders als damals konnten wir dem diesmal nichts entgegen setzen. Keine Sprechchöre, keinen Protest - nur lähmendes Schweigen.
Am letzten Verhandlungstag hielten die Verteidiger ihre Plädoyers und gingen nochmals auf die Forderung des BGH-Spruchs ein, die Dimension des Itzehoer Verfahrens ohne Wenn und Aber zu verlassen.
Nachmittags löste der Urteilsspruch angesichts der Forderung des Staatsanwalts die ängstliche Spannung.
1 Jahr 6 Monate (auf 2 Jahre zur Bewährung) für Markus und 2 Jahre und 4 Monate für Michael.
Dies bedeutet, daß die beiden nicht mehr in den Knast müssen. Bei Michael wird die Untersuchungshaft von 19 Monaten angerechnet, so daß die 2 Drittel-Bestimmung greifen kann.
Diese Urteile sind hoch. Sie reihen sich ein in die hohen Strafmaße der Krefeld-, 11.6. - und Radikal-Prozesse. Damit ist die politische Dimension nach wie vor gewahrt. Wir haben aber nach den Itzehoer Urteilen immer wieder gesagt, daß jedes Jahr, daß Markus und Michael weniger in den Knast müssen, ein Jahr mehr für uns ist.
Wir sagen immer noch, daß diese Gerichte nicht über unseren Widerstand urteilen können. Die wahren Verbrecher, die skrupellosen AKW-Betreiber, Menschenunterdrücker und -Ausbeuter und Kriegstreiber - sie sitzen noch immer nicht auf der Anklagebank. Ihnen gilt immer noch unser Kampf und Widerstand für eine bessere und menschenwürdigere Welt.

6.Mai-Prozess

Bremen, 6. Mai 1980. Seit 25 Jahren ist die BRD Mitglied in der NATO. Dieser Anlaß soll würdig gefeiert werden. Die Bundeswehr plant dazu eine öffentliche Rekruten vereidigung im Weserstadion. Hohe politische Prominenz hat sich angesagt.
Doch es gibt auch 'ne Menge Leute, die dies anders sehen. 15.000 sind gekommen, um dieses Militärspektakel zu stören.
Die »Bremer Krawalle« bilden den Auftakt zu bundesweiten Aktionen gegen die Selbstdarstellungen der Bundeswehr und NATO-Kriegspolitik.
Um die Kriminalität der 15.000 Demonstranten zu demonstrieren, laufen in den folgenden Wochen mehrere Hausdurchsuchungen (z.T. ohne Durchsuchungsbefehle), Fahndungsflugblätter wurden in Umlauf gebracht und in 332 Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.
Ein Jahr später begannen die Prozesse. Übrig geblieben waren ganze 15 Anklagen. Ähnlich wie im Brokdorf-Prozeß enden auch hier die meisten Verfahren mit Freisprüchen bzw. geringen Strafen. Und genauso wird in einem Fall draufgeschlagen. Im Prozeß gegen Zappo und Mirca wird im Dezember '82 Mirca vor dem Amtsgericht zu 19 Monaten ohne Bewährung verurteilt und Zappo freigesprochen. Und dies, obwohl die Anklage völlig in sich zusammengebrochen war und der Hauptbelastungszeuge offensichtlich gelogen hatte.
Daraufhin gingen im Fall von Mirca die Verteidugung und im Fall von Zappo der Staatsanwalt (der kann einfach nicht genug kriegen) in Berufung. 4 1/2 Jahre nach dem 6. Mai steht jetzt die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Bremen an.

Termine:
18.10, 25.10., 1.11., 5.11.

Bremerhaven

Am 15.10.83 kam es bei einer großdemo gegen munitionstransporte in Bremerhaven an der kreuzung Fioetenkiel/Wurster Str. zu einem zusammenstoß zwishcne demoteilnehmern und einsatzb... Mehrere hunderschaften fuhren über die Wurstersstr raus zur sitzblockade, wo zu diesem zeitpunkt wohl auch die letzten leute vom demozug eingetroffen waren. Am Fioetenkiel haben leute versucht, die wannen zu behindern; es flogen steine und angeblich auch ne eiserne mülltonne. Dabei wurde ein einsatzwagen beschädigt, drei weitere wollen einen auffahrunfall verursacht haben. Bei dem auffahrunfall sollen einige einsatzbullen z.t. "erheblich" verletzt worden sein. Daraufhin wurden leute festgenommen. Achim bekam jetzt eine anklageschrift. Sie lautet auf zwei anklagepunkte:
„...durch ein und dieselbe handlung
1.) die sicherheit des strassenverkehrs beeinträchtigt, fahrzeuge beschädigt, hindernisse bereitet und dadurch leib oder leben oder fremde sachen von bedeutendem wert gefährdet zu haben..
2.) einem „amtsträger"...mit gewalt widerstand geleistet und ihn dadurch in gefahr des todes oder einer schweren körperverletzung gebracht zu haben "
Es wäre gut, wenn sich leute bei uns melden würden, die wegen der Bremerhavendemo ebenfalls einen prozess zu erwarten haben oder u.u. schon hatten.(☎ 06121-52 85 74). Ausserdem wär's gut, wenn sich leuet aus dem kreis Bremerhaven melden würden, bei denen es schlafmöglickeiten während der dauer des prozesses gibt. Und wenn einige von euch ein bißchen kohle übrig haben und was spenden wollen, wär's ganz toll, weil der prozess wohl ne menge geld kosten wird. (S. Rehe, BLZ 510 400 38/Kontonr. 526 104 500).
Der prozesstermin beim Amtsgericht/Schöffengericht Bremerhaven wurde noch nicht festgelegt, wir werden ihn aber in der taz bekanntgeben, sobald er feststeht

Göttingen: Sylvester 80/81

Auch in Göttingen wird noch einmal die Vergangenheit in die Gegenwart geholt. Fast vier Jahre nach den Auseinandersetzungen in der Innenstadt, die zum Anlaß für eine gezielte Kriminalisierungs- und Diffamierungskampagne gegen die Göttinger Hausbesetzerszene wurden, findet vor dem Landgericht Göttingen die Revisionsverhandlung gegen Klaus-Peter R. statt. Im ersten Prozeß war das Göttinger Landgericht »über sich selbst hinausgewachsen« und hatte ihn zu 2 1/2 Jahren Knast verurteilt. (15.9.82)

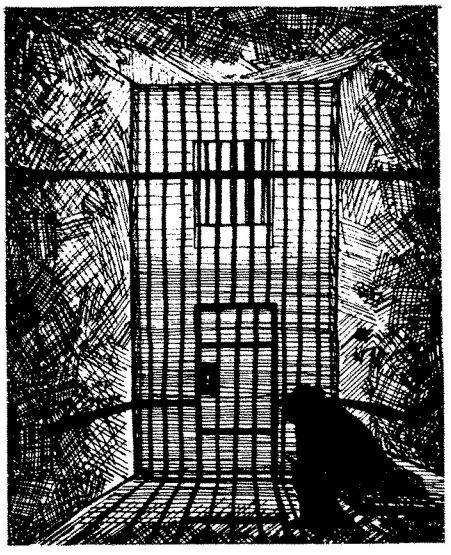
In der Sylvesternacht 80/81 kam es in Göttingen zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Folgen waren etliche Scherben und Verletzte. Die Stadt befand sich damals in einem wochenlangen Belagerungszustand durch die Polizei, die Szene hatte über einen längeren Zeitraum mehrere Häuser besetzt.
Zur Rechtfertigung der ganzen Polizeiaktion mußte eine kriminelle Bewegung in Person von K.P. präsentiert werden. Der Prozeß fand auch gleich vor dem Landgericht statt, die Anklage lautete auf »gefährliche Körperverletzung, Schwerer Landfriedensbruch und Widerstand«.
Während des Prozesses stellte sich dann wieder das Bild ein, welches in Göttinger Häuserkampfprozessen schon zur Gewohnheit geworden war: die Polizeiaussagen vor Gericht widersprachen sich in vielen Punkten oder sie waren erkennbar vorher abgesprochen. Trotzdem glaubte der Staatsanwalt, seinen Prozeß mit einer Verurteilung über die Bühne bringen zu können.
Erst als am letzten Verhandlungstag plötzlich ein Foto auftauchte, welches praktisch ein entlastendes Alibi für K.P. darstellte, forderte selbst Staatsanwalt Stange in seinem Plädoyer Freispruch und mokierte sich dabei über die schlampigen Polizeiaussagen.
Dem wollte das Gericht jedoch nicht folgen, sondern legte sich gleich mit einem Vorschlaghammer ins Zeug: 2 1/2 Jahre sollte K.P. hinter Gittern verschwinden. Begründung: »Wer sich in einer Weise (wie der Angeklagte, d.Red.) mit den Zielen der Hausbesetzerbewegung identifiziert dem ist eine solche Tat durchaus zuzutrauen.« (K.P. hatte sich nicht von den Zielen der Hausbesetzerbewegung distanziert.)
In Itzehoe hieß es im Urteil gegen Michael: »Die Tat paßt zu dem Angeklagten.« Klassischer kann Gesinnungsjustiz nicht dargestellt werden. Die Verteidigung legte daraufhin Revision beim BGH ein.
Am 8.6.83 kam es dann in Göttingen unabhängig davon zu einem bemerkenswerten Urteil. Der Polizeibeamte, den K.P. verletzt haben sollte, stellte Zivilklage gegen K.P. und forderte 5.000 DM Schmerzensgeld und Schadensersatz ein. Das Gericht, diesmal eine ganz andere Kammer, mochte dem aber genausowenig folgen wie dem Urteil vor dem Landgericht und erhob nochmals Beweisführung. Dieselben Zeugen mußten nochmals auftreten, sagten auch alle dasselbe wie vor dem Landgericht aus, die Zivilkammer kam aber zu einer völlig gegenteiligen Auffassung als wie das LG.: daß nämlich K.P. **nicht** der Steinewerfer sei und verwarf somit die Zivilklage. Die Verteidigung hatte inzwischen mit der Revision Erfolg, sodaß die ganze Geschichte 4 Jahre nach den Vorfällen ein 3. Mal verhandelt wird.

Termine: LG Göttingen
6., 7., 14., 15., 20., 22., 28. und 29. Nov.

Folter an Anne

Seit mehreren Jahren ist bekannt, daß in den Gefängnissen der BRD gefoltert wird. Diese Folter ist zwar nicht mit der zu vergleichen, wie sie in den lateinamerikanischen Diktaturen an der Tagesordnung ist, deshalb wird sie von den Verantwortlichen aucgh gerne geleugnet, - doch die unter dem Namen »Weiße Folter« bekannten Maßnahmen (Isolationsknast, Sondermaßnahmen, 24-Punkte-Katalog) sollen die Psyche der Gefangenen zerstören, und dies auf die subtilste Weise. Angewand worden ist sie in den letzten Jahren hauptsächlich an den Gefangenen aus der RAF. In der letzten Zeit ist dies auch ausgedehnt worden auf politische Gefangene der revolutionären Linken allgemein. Stammheim steht heute nicht mehr alleine. In einer ganzen Reihe von Knästen gibt es die Sondertrakte, auch Hochsicherheitstrakte genannt, in denen die »Weiße Folter« praktiziert wird.
Neu ist allerdings die Zunahme der Maßnahmen physischer Gewalt. Was früher durch die Sicherheitsstrategen der westeuropäischen und nordamerikanischen Länder in die faschistischen Diktaturen exportiert wurde findet immer mehr seine Anwendung hier. Zuletzt bekannt geworden an Anne Holling, eine der Gefangenen der Krefeld-Demo vom 25.6.83. Wir dokumentieren hier eine Erklkärung ihrer Freunde zu den Vorfällen.

Am 31. August um 10 vor 6 Uhr morgens wurde Anne Holling, Gefangene aus dem Widerstand, inhaftiert wegen der Anti-Bush Demo 25.6.83 in Krefeld, von Bediensteten der JVA Essen in ihrer Zelle geweckt. Sie forderten sie auf, sich für den Transport in die Strafhaft nach Brackwede (Bielefeld) bereit zu machen, was Anne ablehnte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Gefangenen, die an solchen Tagen ihre Arbeiten auf dem Flur verrichten, in ihren Zellen eingeschlossen geblieben. Wenige Minuten später drangen 15 Männer und mindestens ein Typ und eine Frau vom LKA in die Zelle ein.
Einer dieser Männer schnappte sich einen Stuhl. Anne war noch nackt und stand mit dem Rücken zur Zellenwand. Sie konnte den Stuhl abwehren, wurde jedoch von dem Rollkommando aufs Bett geschmissen, dabei mehrmals gewürgt, geschlagen, gepresst und an den Haaren gezogen. Ihr wurden Fußschellen angelegt und ihre Hände mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt. Um ihre Schmerzen zu unterdrücken, und dem was entgegenzusetzen, rief sie Parolen. Die Männer würgten sie und hielten ihr den Mund zu, so daß sie keine Luft mehr bekam. Die Arme verdreht auf dem Rücken, wurde sie daran hochgerissen und nackt über den Flur, die Treppe herunter, in eine Bunkerzelle geschleift. Dort warfen sie ihr eine Decke über den Körper, die bedingt durch weitere körperliche Angriffe irgendwo auf dem Boden landete. Zusätzlich zu den Angriffen stellten sie das Radio auf volle Lautstärke, um ihr das Gefühl von allein sein, ausgeliefert sein zu vermitteln, denn die Gefangenen in dem Knast hatten den Überfall gehört und lautstark dagegen protestiert. Anne war sich der Solidarität der Gefangenen bewußt, denn alle schrien: »Kampf der NATO, Kampf dem Staat, Kampf dem Justiz- und Knastapparat.«
In diesem Zustand, nackt, an Armen und Füssen gefesselt, wobei sie sich einige Verletzungen zugezogen hatte, verbrachte Anne 3 Stunden. Danach wurde Anne unter schmerzhaften Griffen zu einem Gefangenentransporter geschleift, in Begleitung des Rollkommandos und einer ganzen Knastgarde, die Spalier stand. Denjenigen, die aus Feigheit wegschauten, u.a. der Sicherheitsinspektor des Knastes Walich, schrie Anne entgegen, sie sollten sie angucken.
Der Gefangenentransporter war in einem extra Hof dicht an die Knastmauer und Tür herangefahren worden, um zu vermeiden, daß die anderen Gefangenen die Mißhandlungen und Anne nackt sahen. Anne wurde, weil sie aufgrund der Fußfesseln nicht in den Gefangenentransporter einsteigen konnte, hineingestoßen und brutal gewürgt, um zu verhindern, daß auch nur ein Laut von ihr zu den anderen Gefangenen durchkam. Dabei wurde ihr gesagt, sie brauche gar nicht zu glauben, daß sie hinterher sagen könne, daß sie gewürgt worden sei, man sehe es sowieso nicht. In dem Transporter wurde sie in eine Zelle gesperrt und ihre Arme an dem Stuhl gefesselt. Nackt wurde sie ohne weitere Gefangene in dem großen Transporter 4 Stunden lang nach Brackwede gefahren. Dort angekommen waren die Gefangenen alle eigens in ihre Zellen geschlossen worden. Auf Forderung von Anne, sich ankleiden zu können, wurde ihr ein Mantel über ihren Körper geschmissen. Bis zu ihrer Zelle wurde sie noch gefesselt von einem Polizeikommando begleitet. Dort ist sie jetzt in einer Sicherheitszelle mit Fliegengitter vor dem Fenster und Sensortasten. Ihre Zelle befindet sich in der Nähe der Zellen von Ingrid Jakobsmeier und Barbara Ernst (Gefangene aus der RAF), von denen sie jedoch nichts mitkriegt aufgrund der akustischen Isolierung. Ihr wurde mit dem Rollkommando gedroht, falls sie versuche, den beiden beim Hofgang zuzurufen. Anne hat sichtbare Prellungen und Blutergüsse an ihren Armen und Füssen.



Diese Foltermethoden sind zum einen gegen Anne als Frau gerichtet, zum anderen direkt gegen Annes politische Identität. Sie sind entwürdigend, entrechtlichend, erniedrigend.
Man kennt diese Bilder aus den KZs der Nazis, wo SS-Männer in Uniform nackte Frauen bewachen, man weiß aus Berichten von Gefangenen, die lebend aus den Folterkammern faschistischer Diktaturen entkommen sind, daß es zum Bestandteil aller Folterprogramme und Methoden gehört, die Gefangenen nackt auszuziehen, um ihnen zu demonstrieren, daß sie den Folterknechten vollkommen ausgeliefert sind.

Seit es Gefangene aus der RAF gibt, sind diese Gefangenen neben der alltäglichen »weißen Folter« ständigen körperlichen Angriffen ausgesetzt.
Zuletzt bei Bernd Rössner, der über 8 Jahre einzelisoliert ist (was Teil der weißen Folter ist), und der Anfang 1983, nachdem er schon mehrmals mit seinen gefangenen

Genoss-inn-en in mehreren Hungerstreiks für ihre Zusammenlegung gekämpft hatte, erneut einen Antrag nach Verlegung in die Gruppe nach Celle gestellt hatte; als Reaktion darauf von einem Rollkommando misshandelt und total zusammengeschlagen wurde.
Misshandlungen sind auch bekannt bei der Festnahme von Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar und jetzt bei den 6 verhafteten Genoss-inn-en in Frankfurt. Ihnen wurden bei der erkennungsdienlichen Behandlung spitze Gegenstände unter die Fingernägel gestoßen.
Vor 10 Wochen wurde Manuela Happe nach ihrer Festnahme gynokologisch mit Hilfe eines männlichen Rollkommandos zwangsuntersucht.
Seit der Dozier-Entführung in Italien durch die Roten Brigaden, denen Massenverhaftungen folgten, erfahren wir immer mehr von systamatischer Folter an Verhafteten und politischen Gefangenen in den westeuropäischen, hochentwickelten NATO-Ländern, obwohl sie in allen westeuropäischen Verfassungen als rechtswidrig erklärt wird.
Bekannt aus Lateinamerika als systematische Methode zur Niederhaltung der Aufstandsbewegungen, bekannt aus Nordirland, um den Willen der nationalen Mehrheit zu unterdrücken, bekannt aus der Türkei, um Friedhofsruhe zu schaffen, wird die physische Folter, neben der psychischen, mehr und mehr in den Industrieländern eingesetzt, um die Widerstandskraft und Entschlossenheit der Metropolenguerilla zu brechen, sie von innen heraus zu zerstören. Neu ist diese Foltermethode jetzt gegen Gefangene aus dem Widerstand.
Sie zielt gegen eine Entwicklung, wo immer mehr Menschen begreifen, daß ihr Widerstand gegen die NATO-Kriegsführung nur Perspektive hat in einem gemeinsamen Kampf weltweit.
Dieses Bewußtsein hat hier in der BRD seinen Ausdruck darin gefunden, daß der Kampf der Gefangenen in den NATO-Knästen gegen die Vernichtungsstrategie für ihre Zusammenlegung immer mehr Bestandteil wird im gemeinsamen Kampf drinnen und draußen gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Vernichtung.
Um dieses zu brechen, setzt der Staatsschutz (BKA,LKA,BAW) verstärkt die Folter gegen die Gefangenen ein. Sie ist nicht Ausdruck von Wut oder Sadismus irgendeines Folterknechts, vielmehr ist sie bewußt und gezielt gewählte Strategie der Imperialisten, um den antiimperialistischen Kampf zu vernichten.

Den Kampf gegen die Folter zum Kampf gegen die Folterer machen !!!

Freunde von Anne

Annes Adresse:
Anne Holling
JVA Brackwede I, Umlostr. 100,
4800 Bielefeld 14

Rechtsanwalt:
Dr. Horst Simon
Krahnstraße 6, 45 Osnavbrück

Der Prozess gegen Rolf und Wolfgang

Gegen Rolf und Wolfgang aus Braunschweig, die von Mai 83 bis Februar 84 in U-Haft saßen, läuft im Oktober der Prozeß. Verhaftet wurden sie nach einem Unfall im Keller ihres Hauses, vorgeworfen wurde ihnen die Verabredung zu und die fahrlässige Herbeiführung einer Explosion (§§ 30 Abs. 2, 311 Abs. 1 und 5 StGB). Die Staatsanwaltschaft versuchte von Anfang an zu den »Tätern« eine Tat zu konstruieren, was sie in diversen Beschlüssen der Gerichte zum Ausdruck bringen ließ. Darin wird unterstellt, die beiden hätten die Absicht gehabt, auf einer öffentlichen Rekrutenvereidigung am 11.5.83 in Braunschweig eine Explosion herbeiführen zu wollen. In der Anfangszeit wurden ihnen außerdem indirekt alle Brand- und Sprengstoffanschläge aus der Zeit im Raum Braunschweig angelastet.
Bereits nach drei Wochen waren die »Ermittlungen« so gut wie beendet. Allein über die Briefkontrolle (Kopieren von Briefen, um sie als »Beweismittel« zu den Akten zu nehmen) sollte eine Anklage zusammengezimmert werden. In den folgenden neun Monaten wurden von den Anwälten der beiden alle Möglichkeiten der Haftprüfung und -beschwerde durch alle Instanzen bis hin zum OLG ausgeschöpft, immer mit dem Ergebnis, daß die Haftbefehle bestehen blieben.
In der U-Haft wurden die beiden verschiedensten Schikanen ausgesetzt. Um sich gegen diese Maßnahmen zur Wehr zu setzen, haben Rolf und Wolfgang die Forderung nach Zusammenlegung und Aufhebung der Zwangsarbeit entwickelt. Um diese Forderungen zu verstärken hatten die beiden am 7.1.84 einen Hungerstreik begonnen.
Am 3.2., dem 28. Tag des Hungerstreiks, wurde der Haftbefehl gegen beide völlig überraschend aufgehoben und sie wurden aus der U-Haft entlassen. Die Begründung des Landgerichts dafür ist das plötzliche Eingeständnis, daß die den Haftbefehl begründende Worthülse »dringender Tatverdacht einer Verabredung eines Explosionsverbrechens« sich nicht länger halten ließ.
In den Wochen und Monaten danach setzte zwischen Staatsanwaltschaft, Landgericht und Oberlandesgericht ein juristisches Hickhack über die Zulassung der Anklage ein, weil der Staatsanwalt beide Anklagepunkte (Verabredung, fahrlässige Herbeiführung), das Landgericht aber nur die fahrlässige Herbeiführung verhandeln will.
Da der Eröffnungsbeschluß des Landgerichts formaljuristisch nicht anfechtbar ist, ist die Situation jetzt folgende: Die Staatsanwaltschaft klagt weiterhin beide Punkte an, das Landgericht hat lediglich die fahrlässige Herbeiführung eröffnet,; damit beide Punkte, also im Sinn der STA, verhandelt werden können, hat das OLG gegen Wolfgang und Rolf Haftbefehle wegen des »Verdachts der Verabredung zu einem Verbrechen« erlassen, die gegen Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt sind.

Prozeßtermine:
12., 15., 17., 22., 24. Oktober
jeweils 9.00 Uhr, Landgericht Braunschweig, Münzstraße

Störmanöver '84

Die Nato-Herbstmanöver 1984 sind vorbei und auch die Versuche der Friedens- und Antikriegsbewegung, diese Herbstmanöver zu Störmanövern zu machen. Auf den nächsten Seiten wollen wir versuchen, Berichte und erste Einschätzungen zu liefern. Schwerpunkt wie in den letzten Nummern: Hildesheim! Die Aktionen - Behinderungen und Menschennetz - im Fulda Gap haben eine relativ breite Öffentlichkeit gehabt, sodaß wir voraussetzen können, daß die meisten Leser dieser Zeitung grob Bescheid wissen, was gelaufen ist. Die Hildesheimaktionen sind bundesweit kaum in die Öffentlichkeit gedrungen, zu Unrecht wie wir meinen und die nächsten Seiten belegen werden. In der nächsten Nummer wollen wir versuchen, den gesamten Friedensherbst 84 unter der Perspektive des weiteren Widerstandes auszuwerten. Bitte schickt uns Artikel/Leserbriefe zu diesem Thema! Und nicht vergessen: Am 3.November findet die bundesweite Nicaraguasolidaritätsdemo in Bonn statt »No pasaran - Sie kommen nicht durch!«

Blockade des Benzinlagers in Luther

Am Donnerstag abend waren im Bockenemer Camp alle Beobachtungen und Berichte zusammengetragen worden. Halbtot vor Müdigkeit brachten wir noch den Beschluß zustande, am folgenden Tag das Benzindepot im Bahnhof Luther zu blockieren - die Frage, wie das am besten zu bewerkstelligen sei, vertagten wir auf den nächsten Morgen.

Die Nacht war kurz, dafür war das Wetter an diesem Freitag auf unserer Seite. Ein paar Leute, die den alten Bahnhof Luther am Vortag in Augenschein genommen hatten, fertigten eine kleine Skizze des Blockadeobjektes an. Am Donnerstag hatte reger Tanklastzugverkehr geherrscht, vor allem gegen Abend. Nach kurzer Diskussion entschlossen wir uns trotz schwacher Besetzung (nur 9 Autos), drei Gruppen zu bilden, jede für eine der in Frage kommenden Zufahrtsstraßen. Falls eine Gruppe einen LKW blockieren konnte, sollten die anderen durch Motorradmelder zur Verstärkung herangeholt werden.

Gesagt, getan. Um 11 Uhr hatten sich die drei Gruppen an ihren Beobachtungspunkten eingefunden. Wir standen mit drei Autos auf einem Waldweg mit Blick auf das Bahnhofsgelände. Das Auge des Gesetzes hatte uns schnell im Blick; ein metallicgrüner Passat wieselte alle fünf Minuten vor unserem Versteck her. Falls Bullen gekommen wären, hätten wir uns als Waldsspaziergänger getarnt (wie das denn? D.S.).

Ein vollgetankter Bundeswehr-Benzinlaster, der Richtung Bockenem fuhr, ging uns aus Tranigkeit durch die Lappen. Dann tat sich eine ganze Zeit nichts in dem Depot, und wir fragten uns schon, ob nicht besser was anderes anzugehen wäre. Doch das Warten lohnte sich. Um 12 Uhr kam der Motorradfahrer mit der Nachricht, eine der anderen Gruppen hätte zwei LKWs gestoppt. Wir fuhren schnell auf die entsprechende Straße und konnten den Zug so von hinten blockieren. Die Militärfahrzeuge waren eingekeilt.

Der einsame Zivi, der das ganze aus einer sicheren Halbdistanz beobachtete, traute sich zunächst nicht heran. Einige Privatautos, die auffuhren, durchschauten die Situation schnell und drehten wieder ab. Ein Nahverkehrsbus wurde vom Bahnwärter des nahe gelegenen Schrankenhäuschens zurückgeschickt und fuhr rückwärts wieder auf die Bundesstraße. Letzeres nahm dann der lonesome Zivi zum Anlaß, die örtlichen Dorfsheriffs zur Hilfe zu rufen. Dieses Team hat dann vermutlich die Idee ausgeklügelt, den Fahrer eines privaten Benzinlastwagens zu überreden, sein Fahrzeug quer vor den unsrigen zu postieren, damit wir nicht weegfahren können. Wir waren eingekeilt. Zugegeben, so hatten sie uns in der Falle, aber noch lange nicht klein ... und zum Schluß sogar sich selbst blockiert.

Die Polizisten trauten sich jetzt heran, fotografierten und forderten uns zur Personalienangabe auf, die sie aber nur von den Insassen eines Autos erhielten. Die anderen Fahrzeuge wurden abgeschlossen und wir waren eben einfach Leute, die auf der Straße gehen. Es gab lange Diskussionen mit den Bullen und einem feisten Unteroffizier. Wir blieben stur und gaben unsere Personalien nicht an.

Die Zeit verging, und daß sie verging, war gut, denn von Nauen aus waren zwei große Sattelschlepper der US-Army aufgefahren und warteten auf eine Durchfahrmöglichkeit. Die Ami-Laster standen mit den Bundeswehrlastern visavis, keiner konnte durch. Wir standen hinter der Bundeswehr, vor uns der private Tankwagen und davor nu wieder die Bullen ... fragte sich, wer blockiert nun eigentlich wen.

Irgenwann zogen sich die Bullen zu ihrem Auto zurück, funkten und tuschelten. Nach zehn Minuten kam einer der Dorfsheriffs an und meinte, wir könnten fahren, ohne die Personalien anzugeben, aber das sei das letzte Mal, nächstes Mal seien wir dran.

Für dieses außergewöhnliche Verhalten der Polizei gab es wohl zwei Gründe: Zum einen schien es sehr wichtig, daß die US-Sattelschlepper so schnell wie möglich das Benzin-Depot anfahren konnten und zum zweiten hatten die Bullen Schwierigkeiten, die für eine Räumung notwendigen Verstärkungen heranzuführen. Zur selben Zeit nämlich wurde auch an anderen Stellen des Manövergebietes blockiert, und die Ordnungshüter waren überall schwer beschäftigt. Mit kleinen Gruppen läßt sich doch eine Menge machen ...

A.

Beim Störmanöver in Hildesheim

»Sind Sie Friedensfreunde oder machen Sie bei der Schnitzeljagd mit?«

Samstag morgen, 4.45 Uhr. Die Autobahnauffahrten sind frei, Polizei ist nicht zu sehen. Nur gegenüber vom Uni-Parkplatz, dem Sammelpunkt für den Göttinger Konvoi, steht ein stadtbekannter VW-Passat mit Zivis. 30 Autos sind gekommen, ungefähr 120 Leute - nicht schlecht angesichts der neuen, mit vielen Unsicherheiten behafteten Aktionsform Manöverbehinderung. Die Mobilisierungsveranstaltungen waren schwächer besucht. Plakate zum Schmücken der Wagen werden verteilt, die Telefonnummern vom Infozelt in Hildesheim, vom Ermittlungsausschuß in Göttingen, von Rechtsanwälten werden durchgesagt - das übliche, notwendige Ritual.

Um halb sechs kommen wir los und erreichen, souverän gelenkt vom regionalen Verkehrsausschuß, der dabei allerdings keine unlösbaren Aufgaben zu bewältigen hat, eine knappe Stunde später die Autobahnausfahrt in Bockenem. Auf einem Parkplatz erwarten uns die Göttinger, die schon ein paar Tage im Manövergebiet verbracht haben, in den Camps, und die auch schon einige Blockaden gegen Militärfahrzeuge gemacht haben. Jedes Auto kriegt eine recht genaue Landkarte von der Region und noch ein paar Daten und Telefonnummern; leider haben wir die erste Sendung von Radio Panzerknacker, das sich alle zwei Stunden zwischen 101 und 103 Megehertz melden will, verpaßt.

An der Bundesstraße 3, die sich parallel zur Leine in Nord-Süd-Richtung nach Hannover raufzieht, sind 7 Sammelpunkte ausgemacht worden. Wir und die hoffentlich noch eintreffenden Leute aus Hessen sollen den südlichsten anfahren, ein Dorf namens Sorsum.

Eine knappe dreiviertel Stunde Fahrt ist es bis dahin, durch eine hügelige Landschaft, vorbei an Höfen, auf denen der Betrieb gerade losgeht, an Feldern, auf denen englische Panzer parken, an Verkehrs- und Manöverschildern, die mit roter oder schwarzer Farbe übersprüht worden sind. Kaum Militärverkehr, es ist ja auch noch früh.

In Sorsum ist unser Konvoi auf etwa 50 Autos angewachsen, die mit Mühe auf den kleinen Platz in der Dorfmitte und die Straßenränder passen. In einer halben Stunde sollen die Motorradmelder mit Informationen über Truppenbewegungen zurück sein - dann wollen wir blockieren. Ein Streifenwagen gesellt sich zu uns, über die Zäune lehnen sich die Dorfbewohner, die so eine Ansammlung wie uns bisher wohl kaum zu Gesicht bekommen haben. Die Melder kommen nicht, die Demoleitung geht telefonieren, es ist kühl; dann, ganz plötzlich, zwei Wannen, die an beiden Enden der Straße quergestellt werden. Ein paar Bullen springen raus, blöderweise wird über unseren Lautsprecher die Parole ausgegeben: »Alle in die Autos und verriegeln.« Da ist die Polizei natürlich schneller, mehrere Wagen werden durchsucht, Personalien aufgenommen, ein paar Helme und Werkzeug beschlagnahmt. Jemand, der sich als Einsatzleiter ausgibt, will den Verantwortlichen - »oder auch die Dame mit dem Megaphon da hinten« - sprechen. Die Polizei werde jetzt, sagt er, die Papiere von uns allen angucken oder, falls uns das nicht paßt, die Luft aus sämtlichen Reifen lassen. Sauerei, mit welcher Handhabe denn, unglaublich - aber alles, was sich die Bullen rausnehmen, ist nun mal eine Frage der Kräfteverhältnisse. In der heftigen Diskussion mit der Demoleitung setzt sich der Vorschlag durch, einfach loszufahren, auf die Sperre zu, denn noch sind wir zahlenmäßig weit in der Überzahl, und je länger wir hier warten, desto schlechtere Karten haben wir und eingekesselt in Sorsum können wir überhaupt nichts tun. Die Polizei ist offensichtlich nicht auf eine Konfrontation aus, der Mannschaftswagen setzt zurück, wir können raus.

Die B 3 hat sich mittlerweile mit Demonstranten-Konvois, Polizeifahrzeugen, normalem Wochendverkehr und auch dem einen oder anderen Panzer ganz gut gefüllt, und so ergibt sich ohne große Absprachen manche Blockade spontan und von ganz alleine. In Höhe einer Tankstelle haben wir zwei britische Panzerspähwagen festgesetzt. Die Fahrer geben sich gelassen, und rühren sich auch nicht, als mit roter und silberner Farbe in wunderschönen, großen Buchstaben IRA auf den Stahl gesprüht wird.

Aber die große Manöverbehinderung ist das alles noch nicht, und deshalb verabreden wir, unseren Konvoi in zwei gleich starke Gruppen aufzuteilen und an verschiedenen Stellen nach Westen, ins Hauptkampfgebiet vorzustoßen, die einen über Gestorf, die anderen über Hüpede. Dies wird das letzte Mal sein, wo die Göttinger einen gemeinsamen Beschluß fassen; von nun an irren alle vereinzelt oder vermischt mit Bockierern aus anderen Städten durch die Prärie.

Kurz vor Gestorf kommen uns Melder mit neuesten Nachrichten entgegen; ich treffe Freunde von der Atommüllzeitung und muß erstmal einen Moment mit ihnen quatschen. Auf beiden Fahrstreifen der schmalen Straße staut sich der Verkehr, es geht nicht vor und zurück. Der Manöverbetrieb ist für den heutigen Tag weitgehend eingestellt worden, hören wir, es soll erst morgen richtig weitergehen.

Der neue Bullensport: Psss ...

Manche wollen schon jetzt nach Hildesheim zum Manöverhauptquartier, andere schlagen vor, sich doch wenigstens noch ein paar Panzer, die vereinzelt ja durchaus unterwegs sind, vorzunehmen; einer befindet sich überdies schon eingekeilt zwischen den Autos. Das hat anscheinend auch die polizeiliche Luftaufklärung mitbekommen. Zwei oder drei riesige Bundesgrenzschutzhubschrauber brummen heran, landen auf einem Feld neben der Straße und spucken Bullen aus, die mit gezückten Knüppeln in Richtung des blockierten Panzers rennen, wohl um ihn zu befreien. Mehrere Autos, die nicht schnell genug wegkommen, werden durch Luftrauslassen lahmgelegt, die Insassen kontrolliert.
Unser Vorstoß nach Westen ist erstmal gescheitert, durch die zurückflutenden Demonstranten-Konvois ist nun die gesamte B 3 auf einer Länge von mehreren Kilometern blockiert, das Chaos ist perfekt. Über der Straße kreisen Helikopter, auf einem Feldweg stehen mehrere Wannen und Bullis mit angeschaltetem Blaulicht - auch sie können nicht weiter. Erst langsam entwirrt sich das Knäuel, im Schrittempo fahren wir nach Norden; Autos aus Hamburg, Bremen, Oldenburg kommen uns entgegen, die Leute sind genauso rat- und orientierungslos wie wir. Trotzdem ist die Stimmung insgesamt nicht schlecht, immer wieder kommt es zu kleineren Blockade-Versuchen, die aber immer dann abgebrochen werden, wenn die Polizei im Anmarsch oder Anflug ist. Radio Panzerknacker berichtet über Aktionen im Manövergebiet, in den NDR-Nachrichten kein Wort.
Irgendwann, kurz hinter Pattensen, biegen wir ab - und sind mit einem Mal nur noch zwei Autos auf einer kleinen Nebenstraße. Doch die Ruhe währt nicht lange, schon im nächsten Dorf stoßen wir auf eine Hundertschaft, die gerade damit beschäftigt ist, aus dort parkenden Fahrzeugen, gegen den Protest ihrer Besitzer, die Luft abzulassen, und können gerade noch in eine Querstraße, die noch kleiner ist, hineinfahren.
Ein paar Kilometer weiter halten wir, um was zu essen, zu pinkeln und in unseren Kleinstgruppen das weitere Vorgehen zu beratschlagen: entweder wir stoßen nach Hildesheim durch, wohin vermutlich eine Menge Leute unterwegs sind, oder wir fahren noch mal zur B 3 zurück; so schlecht war's da ja schließlich nicht, außerdem ist es noch nicht mal 12 Uhr. Wir entscheiden uns für letzteres, rufen vorher von einer Telefonzelle aber noch mal in Göttingen an und bekommen bestätigt, was wir eh schon wußten - eine aktionsfähige Göttinger Gruppe existiert nicht mehr, alle sind versprengt und verstreut.
Auf der Bundesstraße ist nicht mehr viel los. Der Verkehr fließt normal, alle paar Hundert Meter stehen Autos mit platten Reifen. Von Hildesheim aus ist ein Pannendienst mit Ventilen und Pumpen organisiert worden, aber das dauert natürlich seine Zeit.
An der Kreuzung, wo vor zwei Stunden der Hubschraubereinsatz war, fragen wir ein paar ältere Leute, die sich dort mit einem Transparent aufgestellt haben, nach dem Weg nach Herkensen; in Herkensen nämlich, das hatten wir unterwegs erfahren, soll sich das britische Headquarter befinden, und viele Leute seien dort hingefahren zwecks einer Blockade. Ob wir »Friedensfreunde« sind »oder bei der Schnitzeljagd mitmachen«, will der Mann, den wir angesprochen haben, erstmal wissen, bevor er antwortet. Den Weg nach Herkensen weiß er allerdings auch nicht.
Wir finden das Nest schließlich selbst auf der Karte und fahren los - unterwegs überall dasselbe Bild: Gruppen von zehn bis zwanzig Leute stehen um ihre lahmgelegten Autos, pumpen, warten, wechseln Reifen. In dieser Gegend gibt es doch allerhand Manöververkehr, vor allem sind es britische Fahrzeuge, denen wir begegnen oder die wir überholen. In Coppenbrügge soll eine große Blockade mit über 200 Autos sein; die Polizei wiederum soll das ganze Dorf abgeriegelt und auf den Zufahrtsstraßen Sperren aufgebaut haben.
Der Ort davor heißt Dörpe. Wir stellen die Autos ab, um zu Fuß weiterzugehen. Auch hier am Straßenrand abgestellte Wagen, platte Reifen, herausgerissene Zündverteiler.
Die Dorfbevölkerung verhält sich überaus feindselig, so extrem, wie ich es bisher noch nicht erlebt habe. »Reinhalten« wird den englischen Soldaten auf ihren gepanzerten LKWs zugerufen - wir sind damit gemeint, die Leute zittern richtig vor Haß, können kaum sprechen. Mein Gott. Ich will in meine kuschlige Szene zurück, nach Göttingen. Hier eine Blockade zu machen, kann ich mir kaum vorstellen, aber oft tritt genau das ein, was man sich kaum vorstellen kann: Zwei Panzer kommen um die Ecke, drei Autos reichen zum Sperren der Straße, wenigstens ganz kurz. Die Menschen am Straßenrand drohen und schimpfen, aber das müssen wir jetzt durchziehen, mit wackelnden Knien und mulmigem Gefühl. Als jemand ruft, daß die Bullen kommen, kehren wir um. Hier, unter dem Gejohle und dem Beifall der verhetzten Leute verhauen zu werden, nein, nur das nicht. Die Sperre wird aufgehoben, die Panzer können passieren, wir ziehen mit gesenktem Kopf von dannen.
Auf dem Weg nach Hildesheim passiert nicht viel; der bisherige Tag ist nur schwer einzuschätzen, dazu fehlt der Überblick über das, was an anderen Plätzen passiert ist.

Hoffentlich gelingt es überhaupt, alle Geschehnisse zusammenzutragen. Die Öffentlichkeitswirksamkeit der Aktion, immerhin eines der erklärten politischen Ziele, scheint recht gering gewesen zu sein: die Bevölkerung ist mehrheitlich für die Manöver und gegen uns und die NDR-Nachrichtensendungen lassen darauf schließen, daß wir auch in den Medien nicht berücksichtigt werden.

Das politische Ziel der Aktionen gegen die NATO-Herbstmanöver war einerseits die Denunzierung der Manöver als ein sehr wichtiger Teil der NATO-Kriegsvorbereitungen, andererseits das Herausstellen der offensiven NATO-Kriegsstrategie (Air-Land-Battle), die auch u.a. in den Manövern geübt wird. Für die Anti-Kriegsbewegung sollten die Störmanöver aber auch Ansatzpunkte zu einer effektiven Kriegsverhinderung aufzeigen - jenseits von Menschenketten und Sitzblockaden a la Mutlangen. Eine realistische Kriegsverhinderung auf der praktischen und massenhaften Ebene kann im Ernstfall aber nur geleistet werden, wenn mensch sich früh genug fach- und sachkundig an die entsprechenden militärischen Objekte macht.

Versuch einer politischen Bewertung der Störmanöver

Kein eindeutiger Erfolg, aber auch kein Rückschlag!

Wie sind nun - gemessen an diesen Zielen - die Manöverbehinderungsaktionen im Raum Hildesheim zu bewerten?
Zunächst einmal fiel auf, daß die Vorbereitungen und die Störaktionen selber von den Medien weitgehend totgeschwiegen wurden; eine Ausnahme stellt hier die Lokal- und Regionalpresse dar, deren Berichterstattung über Aktionen aber unter dem Tenor 'Friedensbewegung gegen einheimische Bevölkerung' stand. Auch von Seiten des Staates war eine Deeskalationsstrategie zu verzeichnen. Außer einigen hetzerischen Sätzen im 'Bayernkurier' und diversen 'Warnungen' aus politisch allerdings unterschiedlichen Ecken, war auch hier allgemeines Totschweigen angesagt: keine Demoverbote mit dem entsprechenden Mobilisierungseffekt für uns, kaum Hetzreden, nichts. Ähnlich sah dann das Vorgehen von BGS, Bullen & Bundeswehr zwischen dem 19. und 22.9. aus. Zunächst verhaltenes Beobachten während der ersten beiden Camptage, bis man dann am 21. und 22. 'aktiver' wurde. Hubschraubereinsätze, Luft-aus-dem-Reifen-lassen, Ventile klauen, oder auch Verteilerkappen-Entwenden, dies sind alles eher 'präventive Maßnahmen', die darauf hinausliefen, direktere und härtere Auseinandersetzungen zu vermeiden. Nichtsdestotrotz gingen die Bullen, mal wieder, nach dem Motto 'legal-illegal-scheißegal' vor.
Ein Ziel, das durch die Störmanöver m.E. ansatzweise erreicht wurde, bestand in der inhaltlichen Thematisierung der NATO-Manöver als praktische Kriegsvorbereitung und in dem höheren 'Bekanntheitsgrad' der Air-Land-Battle-Strategie. (Immerhin hat die 'Frankfurter Rundschau' das Air-Land-Battle Konzept mittlerweile in ihrem Dokumentationsteil vorgestellt.) Zumindest innerhalb der Friedensbewegung können die NATO-Manöver in Zukunft nicht mehr als 'Kriegsspiele' seniler Männer verharmlost werden!

Nicht gelungen ist eine umfassende Mobilisierung innerhalb der westdeutschen Linken für die Störmanöver. Die Camps (immerhin 14!) waren zwar mit über 600 Teilnehmern von Mittwoch bis Freitag relativ gut besucht, doch war die Zahl der ca. 7000 Teilnehmer der Abschlußaktion am Samstag eher enttäuschend. 'Sommerloch' und Urlaubszeit haben zwar sicher bei dem geringen Mobilisierungsgrad eine Rolle gespielt, doch ist m.E. sowohl die politische Zielrichtung der Aktion nicht klar genug herausgestellt worden, als auch die Öffentlichkeits- und Agitationsarbeit zu lasch gehandhabt worden. Die Bevölkerungsarbeit im Manövergebiet ist fast völlig flach gefallen: dies zeigte sich auch während der Aktionstage an den überwiegend negativen Reaktionen der ortsansässigen Bevölkerung.

Ein weiterer Punkt, der sich negativ auf die Mobilisierung ausgewirkt hat, ist die mangelhafte Organisierung der Aktion: selbst kurz vor Aktionsbeginn war noch zuviel ungeklärt.

Die Aktionstage vom 19. bis 21.9.

Dennoch konnten besonders während der Camptage Ansätze aufgezeigt werden, wie sich Manöver effektiv behindern lassen. Oft reichten schon kleine, flexible Autokonvois, um militärische Bewegungen für einige Zeit zu blockieren. Dennoch konnten die Manöver in ihrem Gesamtablauf natürlich nicht entscheidend gestört werden. Dafür waren die Störmanöver ein zu 'unerforschtes Gebiet', die 'Einarbeitungszeit' für die Störaktionen zu kurz. Immerhin erreichten die Störaktionen aber, daß die Leineüberquerung für die NATO nicht wie vorgesehen über die Bühne bzw. über die Brücke gehen konnte, daß die Fahrer zahlreicher Militärfahrzeuge nicht geplante Pausen oder Umwege in Kauf nehmen mußten, daß einige britische Panzer mit silbernen IRA-Initialien verschönert wurden; und immerhin erreichten die Störaktionen, daß sich die Kriegsministerkollegen Wörner und Heseltine nicht ganz so ungestört der Presse feilbieten konnten. Dazu aus der Pressemitteilung des Hildesheimer Info-Zeltes vom 21.9.: »Etwa 250 Demonstranten versammelten sich an dem Hubschrauber-Landeplatz von Wörner, als dieser am Nachmittag in Herkensen mit dem britischen 'Verteidigungs'minister eine Pressekonferenz abhalten wollte. Nach der Drohung eines Knüppeleinsatzes durch die Polizei, wichen die Demonstranten zurück, um sich vor dem Gebäude der Pressekonferenz zu versammeln. Dabei versuchte ein Panzer, die Demonstration abzudrängen; Herr Wörner wurde weiträumig mit NATO-Draht eingezäunt.« Der Versuch der NATO, Wörner und Heseltine einen störungsfreien Auftritt vor der Presse zu verschaffen, war mißlungen.

Abschlußaktion am 22.9.

Die Abschlußaktion am 22.9. war vor allem gekennzeichnet durch eine nicht vorgesehene Pause der NATO-Manöver. Dies hatte zur Folge, daß einzelne Konvoi-Gruppen förmlich auf der Suche nach Militärfahrzeugen waren und sich bei erfolgloser Suche auch manchen Frust holten.
Die Manöverpause der NATO kann man einerseits als Erfolg werten, da die NATO soch gezwungen sah, ihren Manöverplan zu ändern und auch zu verkürzen. Andererseits bewies die Manöverunterbrechung aber auch die Flexibilität der Manöverplaner, die so die Manöverstörer in's Leere laufen lassen konnten. Aber trotzdem reichte der eingeschränkte Manöverbetrieb am 22. aus, um noch zahlreiche kleinere Stör- und Behinderungsaktionen zu starten. Für die rund 7000 Teilnehmer war dies auf jeden Fall eine 'Kurzlehrgang' in Sachen Manöverbehinderung.

Blockierter Panzer, endlich einer ...

Abschlußkundgebung in Hildesheim

Positiv anzumerken bleibt auch noch die inhaltlich gute Abschlußkundgebung, die geprägt war durch die Rede eines nordirischen Sinn Fein (offizieller Flügel der IRA)-Vertreters und durch einen Beitrag der Hamburger Frieko mit eindeutigen Anti-NATO-Positionen.
Abschließend läßt sich festhalten, daß die Manöverbehinderungsaktionen zwar kein eindeutiger Erfolg waren und sicher hinter manchen Erwartungen zurückblieben, aber dennoch lassen sich die Aktionstage einschließlich der Abschlußaktion nicht als Mißerfolg oder Rückschlag bewerten. Es war ein recht erfahrungsreicher Einstieg in neue Aktionsmöglichkeiten für eine Anti-Kriegsbewegung, die wirlich bereit ist, einen Krieg zu verhindern, und zwar nicht nur symbolisch.

M., Anti-Kriegs-Gruppe im Göttinger AK

Bundeskonferenz '84

Blick nach vorn

Wie denn, wo denn, was denn? Jawohl, auch wenn es Anti-AKW-Aktivisten geben mag, die von der BuKo Ende November noch nichts gehört haben oder noch nichts hören wollten - die Konferenz ist nicht mehr aufzhalten, sie wird stattfinden.
Und das ist auch gut so. Denn zweifellos wurde es mal wieder Zeit, sich bundesweit zu treffen, Bestandsaufnahme zu betreiben, sich gegenseitig zu berichten und auszutauschen, über die Lage der Nation, des Atomprogramms und der Bewegung zu räsonnieren und vor allem - wenn möglich - neue gemeinsame Ziele inhaltlicher und aktionsmäßiger Art abzustecken.

Wer 10 DM pro Teilnahme überweist, bekommt den Konferenzreader zugeschickt. Bitte unbedingt

Bis zur BuKo bleibt unseres Erachtens aber noch einiges zu tun. Organisatorisch wohl weniger, nachdem der Braunschweiger AK im »Auftrag« der Atommüllkonferenz die Vorbereitungen in die Hände genommen hat und der oder andere Anti-AKW-Biler eher ein bißchen verunsichert und irritiert wirkt bei dieser Überorganisation mit Buttons, Plakaten, Hotelplatzanmeldungen und dergleichen mehr. Den inhaltlichen Aufruf und das »Positionspapier« der Atommüllkonferenz eingeschlossen, erinnert die bisherige Vorbereitung eher an eine BBU-Jahresmitgliederversammlung, obwohl kaum zu befürchten steht, daß die BuKo selbst BBU-mäßig verlaufen wird. Die organisatorischen »Bonbons« scheinen denn auchmehr ein Steckenpferd einiger Braunschweiger zu sein, und eine gute organisatorische Vorbereitung hat schhließlich auch seine Vorteile. Genug der Kritik an den Formalien - vielleicht können die Braunschweiger ja noch auf einigen unnötigen Firlefanz, der nur viel Geld kostet, verzichten, auf Buttons etwa, und bitte auch keine vierfarbigen Eintrittskarten.

Was die inhaltliche Vorbereitung anbetrifft, so steht bislang nur ein grobes Konzept mit Arbeitsgruppen, Veranstaltung und Plenum (siehe Kasten), das aus dem Kreis der Atommüllkonferenz erarbeitet wurde. Entsprechend stark sind die Schwerpunkte bisher an die inhaltlichen Vorstellungen der Atommüllkonferenz angelehnt: im Vordergrund stehen der Austausch und die Diskussion über einzelne Aspekte des Atomprogramms und ihre Auswirkungen auf die BI-Arbeit sowie das Verhältnis zu den Grünen und zum Parlamentarismus insgesamt. Fragen, die den Widerstand, die Auswertung der jüngsten Aktionen, die Gegenmaßnahmen des Staates gegen eine sich verändernde Widerstandsstruktur und vor allem die weiteren Widerstandsperspektiven betreffen, sind bislang so gut wie gar nicht Bestandteil der inhaltlichen Vorbereitung. Das liegt sicher im wesentlichen daran, daß sich die Gruppen, BIs und Einzelpersonen, die solche Schwerpunkte hätten einbringen können, um die BuKo noch gar nicht gekümmert haben. Daß zudem auch die »Veranstalter« - obwohl ihnen die Problematik aus jahrelanger Anti-AKW-Arbeit vertraut sein müßte - diese Themen mehr oder weniger außen vor gelassen haben, hat zu dieser - aus unserer Sicht - unbefriedigenden Situation beigetragen.
Aber, wie gesagt, es ist ja noch nicht zu spät, höchstens für den Reader, dessen Bedeutung allerdings nicht überschätzt werden sollte. Wichtig wäre sicher die Möglichkeit, bis zum Konferenzbeginn selbst noch Diskussionspapiere veröffentlichen zu können, sei es als Anhang zum Reader oder als mitgebrachte Loseblattsammlungen (eine alte Anti-AKW-Weisheit besagt, daß die wichtigsten Papiere immer zum Schluß kommen).
Auf dem letzten Treffen der beiden Redaktionen dieser Zeitung haben wir intensiv über die Bundeskonferenz diskutiert. Wir alle waren der Auffassung, daß es höchste Eisenbahn ist, sich in die inhaltliche Vorbereitung einzumischen, nicht besserwisserisch und nörgelig, sondern konstruktiv.

Organisatorisches
Anmeldung an:
BUKO - Koordination
Peter Dickel
Sophienstr. 14
3300 Braunschweig
Tel.0531/891632

Konto: Anti-Atombüro-Diemelstadt
Kreissparkasse Waldeck
Kto.Nr.: 018 310 98
BLZ.: 523 500 05
Stichwort: BUKO '84

Wir haben dabei die folgenden Schwerpunkte herausgearbeitet:

1. Stand des Atomprogramms
In diesem Zusammenhang treten wir dafür ein, möglichst auf Diskussionen und Arbeitsgruppen zu denjenigen Aspekten, die schon vielmals zu Papier und in die Öffentlichkeit getragen worden sind, zu verzichten und stattdessen kontroverse Themen (als Anregung mag das Traube-Interview in dieser Nummer gelten) und neue Gesichtspunkte zu diskutieren - etwa die für die Zukunft enorm wichtige Frage, welche Auswirkung die bevorstehende Katastrophe des totalen Waldsterbens auf die Entwicklung des Atomprogramms haben kann (Sprengung des Jahrhundervertrages Kohle-Strom, Relativierung der Kostenfrage in der öffentlichen Diskussion mit der möglichen Folge eines zweiten Frühlings für den Bau von AKWs usw.) Als kontrovers kann auch die Diskussion über die Bedeutung des militärischen Aspektes bei der Atomenergienutzung gelten.

2. Stand der Bewegung
Hierbei sollte es unserer Meinung nach vor allem um den Austausch untereinander gehen, da die Diskussionszusammenhänge in der letzten Zeit (Ausnahme: Atommüllkonferenz) doch sehr stark regional geprägt waren. Bereden müssen wir die sich stark verändernden Rahmenbedingungen für die Arbeit an den Standorten und in den Städten.
In Lüchow-Dannenberg, aber auch in Schwandorf und Ahaus und nicht zuletzt in Brokdorf steht die Anti-AKW-Bewegung vor neuen Situationen, denen der weitere Widerstand angepaßt werden muß.
Auch das Verhältnis zu anderen Bewegungen ist in einer neuen Phase. Die Friedensbewegung hat die Sogwirkung vergangener Jahre verloren, neue Bewegungen, etwa gegen das Waldsterben, versanden bereits am Anfang im parlamentarisch-bürokratischen Gestrüpp.
Kann die Anti-AKW-Bewegung wieder attraktiver werden, und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Kann es gelingen, zwischen dem Parlamentarismus/den Grünen auf der einen und verstärkten Aktionen von Kleingruppen auf der anderen Seite neue - oder auch alte(!) - Aktionsformen wirkungsvoll gegen das Atomprogramm einzusetzen?

3. Kriminalisierung
Neben der Neuauflage des Brokdorfprozesses gegen Markus und Michael und den anlaufenden Verfahren im Zusammenhang mit der Wendland-Blockade ist für uns das Vorgehen des Staatsapparates im Vorfeld vom »Tag X« von besonderer und grundsätzlicher Bedeutung. In einer für die meisten unerwarteten Härte wurde hier bereits im Vorfeld einer Aktion gegen Gruppen und Einzelpersonen vorgegangen, was kaum ohne Wirkung bleiben dürfte. Und nicht zuletzt stehen die beiden Zeitungen der Bewsegung - pardon, die mittlerweile eine Zeitung der Bewegung - unter schwerem Beschuß.

Persepktiven des Widerstandes
Es liegt in der Natur der Sache, daß die Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung nur im Zusammenhang mit den drei vorangegangenen Punkten diskutiert werden können.Trotz aller grundsätzlichen Probleme und Schwierigkeiten müssen wir uns auf der BuKo aber gerade an diesen Punkt heranmachen und ihn in den Mittelpunkt des Plenums stellen. Mögliche Ergebnisse der AGs und der Veranstaltung könnten hier bereits einfließen - so z.B. die inhaltliche Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit, Auswertung der Energiebroschüren-Kampagne, möglicherweise eine neue im Zusammenhang mit dem Atomsperrgesetz der Grünen und mit dem Waldsterben.
Und nicht zuletzt, sondern zuerst sollten wir die Frage diskutieren, wie, wann und wo wir dem Atomprogramm in der nächsten Zeit auch praktischen Widerstand entgegensetzen können. Und diese Frage sollten wir möglichst anhand konkreter Vorschläge behandeln, z.B. dem Vorschlag von bundesweiten Aktionen in Schwandorf, in Ahaus, dem Vorschlag eines Widerstandsdorfes noch vor WAA-Baubeginn oder gar dem Vorschlag einer erneuten Großdemonstration gegen die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf.
Die Redaktionen von Atom Express/atommüllzeitung jedenfalls werden versuchen, im Vorfeld der BuKo und natürlich auch auf der Konferenz selbst diese vier Schwerpunkt einzubringen und möglichst gut inhaltlich mit vorzubereiten.

Red.AE

Der 2. Bundeskonferenz-Rundbrief des Braunschweiger AK erreichte uns kurz vor Redaktionsschluß. Die offiziellen Planungen haben sich in dem Sinne geändert, als das Plenum der Widerstandsdiskussion vorbehalten bleibt.
Insofern sind »Anregungen« dieses Artikels bereits in die Tat umgesetzt. Wir drucken den Artikel dennoch in unveränderter Form ab, da er die Diskussion in der Redaktion wiederspiegelt.

anmelden wegen der Schlafplätze! Plakate und Aufrufe für die BUKO können noch bestellt werden.

BUKO ... zum Zweiten

Die Bewegung gegen Atomenergie hat das historische Verdienst, als erste die Gefährdung von Leben und Umwelt in Ost und West angegriffen und dabei neue, autonome Widerstandsformen entwickelt zu haben. Nachdem andere Bewegungen an ihre Seite getreten sind, stellt sich die Frage nach ihrer aktuellen Bedeutung, nach dem ihr heute und in Zukunft zukommenden Gewicht.

Ich sehe ihre bedondere Bedeutung zum einen wissenschaftlich-technisch begründet: Das Gefahrenpotential eines einzigen AKWs, von WAAs zu schweigen, ist derart wahnsinnig groß, daß es eine andere Qualität gegenüber allen anderen technischen Anlagen darstellt. Man darf nie vergessen, daß durch einen jederzeit möglichen realistischen Unfallablauf eine wirklich unvorstellbare Katastrophe mit Millionen von Opfern eintreten kann. Der Roman »1000 Röntgen« schildert, wie so etwas in unser normales Leben einbrechen kann, was wir allzuleicht verdrängen.

Allein das erfordert die Stillegung sofort und um buchstäblich jeden Preis, selbst wenn das (was ja nicht der Fall ist) Verzicht auf Stromversorgung, Stromsperren usw. zur Folge haben würde.

Hinzu kommt, daß ionisierende Strahlung sich immer mehr als besonders gefährliches biologisches Schädigungsmittel erweist. Das besonders heimtückische ist, daß offenbar zeitlich verteilte geringe Dosen schädlicher sind, als wenn sie zeitlich konzentriert gegeben werden, was man durch spezielle Weisen der Zellmembranschädigungen erklären kann. Damit sind gerade die unvermeidlichen Verseuchungen der Umwelt im Normalbetrieb besonders übel; hierdurch werden auch die sich häufenden Beobachtungen verständlich, daß AKWs zum Waldsterben beitragen, also alles andere als Mittel zu dessen Bekämpfung darstellen.

Weiter zeigt sich an immer mehr Beispielen, daß ionisierende Strahlung die Wirkung anderer Umweltgifte verstärkt (Synergismen), so daß die Kombination viel schlimmer ist, als wenn das jeweilige Gift einzeln aufträte.

Aus den genannten Gründen ist Radioaktivität kein Umweltgift unter vielen, sind Atomanlagen nicht einfach Industrieanlagen unter vielen, sondern die ganz besondere Gefährdung erfordert weiterhin ganz besondere Kampfmaßnahmen.

Auf der anderen Seite darf man natürlich niemals die verschiedenen Umweltgifte gegeneinander ausspielen. Das Beispiel Waldsterben zeigt, daß das der Gegenseite ziemlich weitgehend gelungen ist, was ja sogar für die Bundesgrünen Anlaß war, ihre seit langem verschleppte Initiative zu einem Stillegungsgesetz erneut auf die lange Bank zu schieben.

Selbst wenn es nicht so wäre, daß AKWs selbst Waldsterben verursachen, dürfte man nie zulassen, daß zur Lösung eines hervorstechenden Umweltproblems ein anderes, weniger auffälliges, obzwar viel schlimmeres, beigezogen wird.

Zum anderen haben die Atomkraftgegner in der BRD einen neuen Stil der politischen Auseinandersetzung geschaffen, der sich gerade nicht orientiert auf existierende Institutionen, und sich nicht an vorgeschriebene Regeln hält. Die Losung »Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht« drückte die Idee aus, daß es unvermeidlich sein könne, geltende Gesetze zu brechen, um eines höheren Rechts auf Leben und Gesundheit willen. Dazu Filbinger, der furchtbare Jurist:»Das schlimmste bei Wyhl war, daß die Leute ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie Gesetze brachen« und »Wenn Wyhl Schule macht, ist dieser Staat nicht mehr zu regieren«. Dazu die Idee von der 1. BuKo in Hannover:»Wir lassen uns nicht spalten an der Frage der Widerstandsformen, und lassen sie uns nicht von der Gegenseite vorschreiben.«

Dabei ist ein Fakt, daß der einzige bislang anhaltende und wohl endgültig dauerhafte Erfolg in Wyhl errungen wurde, wo die Gegenseite befürchten mußte, daß ihr eine ganze Region mit unabsehbaren Konsequenzen im praktischen Widerstand ideologisch entgleiten würde.

Und daß es Brokdorf, Grohnde und Gorleben waren, wo die zeitweiligen Aufschübe bewiesen, daß die Gegenseite ihre Pläne aus verschiedenen Gründen für »politisch nicht durchsetzbar« hielt.

Diese Erfahrungen sind nicht nur für die Anti-AKW-Bewegung selbst, sondern auch für andere Bewegungen von Bedeutung: Die Regierung wird sich sehr überlegen, an speziellen Fragen zu beharren, wenn sie befürchten muß, daß ihr durch die Ausein-

andersetzungen darum mehr an Loyalität verloren geht, als ihr das spezielle Vorhaben wert ist.
Dabei ist festzustellen, daß die Atomindustrie zwar ein großmächtiges Gebilde ist, aber auf tönernen Füßen steht. Der Niedergang ist ihr in den USA vorgezeichnet worden. Zwar hat Pelle im Atomexpress 40 richtig gezeigt, weswegen das nicht direkt auf die BRD übertragbar ist und hier schon nachgeholfen werden muß, dennoch ist sie historisch gesehen im Niedergang. Das wird besonders deutlich, wenn man die letzten 12 Jahre überblickt - einen derartigen katastrophalen Abstieg der damals so glänzend darstehenden Atomindustrie hätten wir uns nicht träumen lassen, als wir den Kampf aufnahmen, wenn wir auch zwischendurch Illusionen hatten, daß es noch wesentlich schneller gehen würde.

Das bedeutende an der Anti-AKW-Bewegung ist, daß darin Menschen zusammenarbeiten, die sich nur an diesem Punkt einig sind, anderenfalls aber ganz verschiedene Ansichten haben.(so ganz nun auch wieder nicht, d.s.) Es war schon immer schädlich, wenn Leute versuchten, ihre besonderen weitergehenden Gedanken der Bewegung aufzuprägen, wenn es andererseits auch legitim ist, solche Gedanken dort einzubringen und zu propagieren.
Auch was die verschiedenen Kettenglieder betrifft, die geknackt werden müssen, um das Programm insgesamt zu kippen, müssen wir alle gestehen, daß wir den Stein der Weisen nicht mit Löffeln gefressen haben. Das ist offenbar ein verdammt kompliziertes Ursachengeflecht, und jede Verabsolutierung einzelner Aspekte - ob die Ursachen eindeutig oder überwiegend militärischer, ökonomischer oder ideologischer Art seien - kann nur schädlich sein. Trotzdem müssen wir natürlich um solche Analysen ringen.
Eine zu starke Verengung scheint mir etwa die Ansicht, das Atomprogramm der BRD hätte eigentlich nur den Zweck, ihr waffenfähiges Plutonium für eigene Atomwaffen zu verschaffen. So eng ist die zivilitärische Verzahnung der westlichen Technologie nicht; die »Veredelung« des in AKWs erzeugten Plutoniums, sei es durch Schnelle Brüter oder durch Laser-Isotopenanreicherung, ist ein noch zu langer Weg, als daß das schon technisch das Hauptmotiv sein kann. (Anders freilich im Osten, wo die meisten AKWs der SU während des Betriebes laufend »edles«, bombenfähiges Plutonium liefern)
Zur Frage von »Bündnispartnern« (damit meine ich Menschen, die (noch) keine (konsequenten) AKW-Gegner sind) :
Besonders dringlich an der Frage der Kriminalisierung kommt es darauf an, auch solche Menschen einzubeziehen, die über die Verletzung demokratischer Rechte empört sind, auch wenn sie (noch nicht) gegen Atomenergie sind. Ebenso ist es wichtig, mit all den Menschen zusammenzuarbeiten, die an verschiedenen Fronten um Lebensmöglichkeiten kämpfen, auch wenn ihnen dabei die besondere Gefährlichkeit der Atomenergie noch nicht in den Blick gekommen ist.
Problematisch, nein schädlich ist allerdings die Zusammenarbeit mit Kräften wie der DKP, die anderswo die Atomenergie bejubeln (wie auch Atomwaffen), sie erweisen sich immer mehr als Klotz am Bein jeder Bewegung, nicht nur weil sie uns unglaubwürdig machen, sondern schon viel schlichter und technischer, weil Radioaktivität nun mal keine Grenzen kennt, überall gleich bekämpft werden muß, und jede(r), der/die glaubt, solche Kräfte ausnutzen zu können, am Ende selbst als Ausgenutzte(r) dasteht.
Makaber ist, daß unter der Rubrik der so verstandenen Bündnispartner auch die (Bundes) Grünen erwähnt werden müssen. Meine Erfahrung in deren Bundesarbeitsgemeinschaft Energie/Atomenergie hat mir gezeigt, daß offenbar bis dato dort keine Mehrheit für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen existiert, und daß ein bereits vor vielen Monaten eingebrachter Gesetzentwurf zur Stillegung mit allerlei fadenscheinigen Gründen immer weiter verschleppt wird, möglicherweise in Hinblick auf Koalitionen mit der SPD.
Dazu paßt der empörende Beschluß, den Zusammenhang Atomenergie-Waldsterben *nicht* aufzugreifen! Wenn sie sich bis zur BuKo zu einem besseren durchgerungen haben, umso besser, doch zeigt das nur nochmal, daß AKW-Gegner sich auf diese Partei nicht verlassen können.

Jens Scheer

Programm der BUKO vom 23.-25. November in der Technischen Universität Braunschweig

Freitag, 23.11., 20 Uhr
Öffentliche Veranstaltung mit 4 Beiträgen:
- Lage der Bewegung (Peter Dickel)
- Zivile und militärische Nutzung der Atomtechnologie (Michael Sailer)
- Gesamtsituation der Energieproblematik (Jens Scheer)
- Atomstaat, Staatsapparat u. Ant-AKW-Bewegung (Markus Mohr)

Samstag, 24.11., 9 Uhr
Eröffnungsplenum anschließend **Arbeitsgruppen**
Vorläufige unvollständige Themenliste:
- Erfahrungs-/Informationsaustausch; Standortprobleme; Planung von Aktionen an Standorten; AKWs, Zwischenlager, Endlager, WAA usw.
- Verwaltungsgerichtsverfahren gegen Atomanlagen
- Kriminalisierung
- Zusammenhang/Vergleich zwischen Atomenergie/Kohle, evtl. in Verbindung mit Waldsterben, Kohle'veredelung' usw.
- Zusammenhang ziviler und militärischer Atomtechnik
- Export von Atomanlagen, Technologie und Brennstoffen; Zusammenhang zur Situation der sog. 3. Welt, zur Entwicklung von Weltwirtschaft und Kriegsgefahr
- Atomstaat im Zusammenhang mit technischen Möglichkeiten der Kontrolle (Personalausweis, Kabel usw.)
- Situation der Atomtechnik weltweit/BRD, Chancen der Verhinderung, Strategien
- Kritische Wissenschaft als Fortsetzung der wissenschaftlichen Kritik - Was ist nötig? - Hat es überhaupt einen Zweck wissenschaftlich zu argumentieren?
- Parlamentarismus
- Auswertung der Erfahrungen mit Energiebroschüre und der Energieausstellung. Soll die Energiebroschüre als bundesweite Kampagne weitergeführt werden?

Abends: **Arbeitsgruppenvertreter** bereiten Sonntagsplenum vor
Fest (muß allerdings noch geplant werden)

Sonntag, 25.11., 9 Uhr
Abschlußplenum: Perspektiven der Arbeit und Aktionen in der nächsten Zeit.

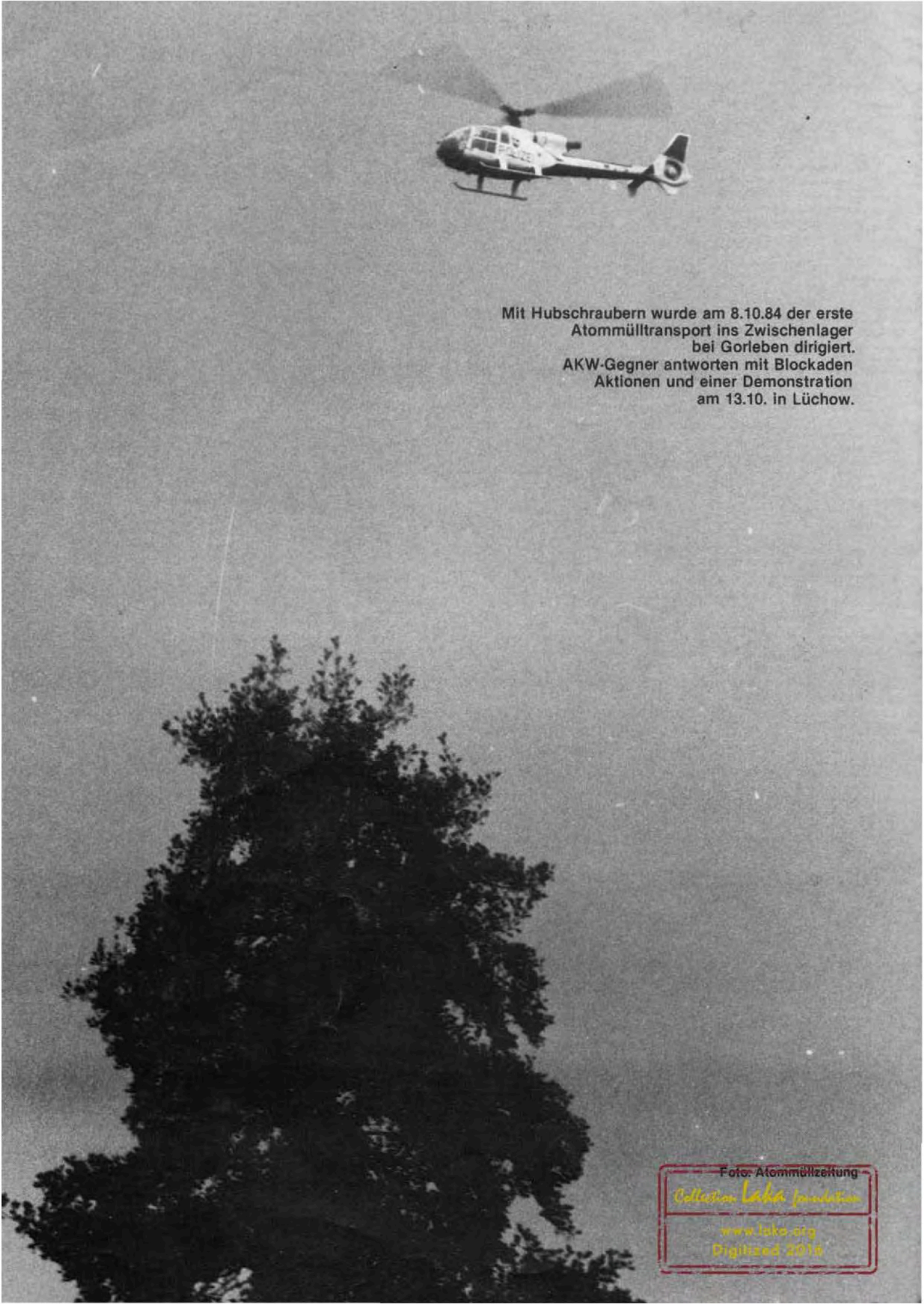
und zum Dritten !

Im folgenden drucken wir noch weitere kritische Anmerkungen zur BuKo und zum Selbstverständnis der Anti-AKW-Bewegung ab, die uns zugeschickt wurden. Wir hoffen, der Autor hat Verständnis, wenn wir nur passagenweise aus seinem sehr umfangreichen Papier zitieren können.

...Festgehalten werden sollte fernerhin, daß wir uns als unversöhnliche Gegner eines Industriesystems verstehen müssen, das nicht nur großtechnologisch organisiert ist, sondern lebensbedrohende Strukturen entwickelt hat, die zwingend alles zentralisieren und monopolisieren, dabei zerstören, was im Wege ist.
Daraus ergeben sich eminent politische Fragen, gesellschaftlich struktureller Art. Technische Bezüge sind dementsprechend als Detailfragen wichtig, doch nicht in erster Linie.
Der Kampf gegen das Atomprogramm rührt an einem besonders empfindlichen Nerv des Industriesystems und seiner bürgerlichen Gesellschaftsordnung!
...Wie wahr es ist, von vorrangigen absolut politischen Fragen auszugehen, verdeutlicht schon die Einstellung der Gewerkschaft, insbesondere der Teilgewerkschaft IG B & E. Arbeitsplätze sind wichtiger als Umweltschutz, wobei unter Arbeitsplätzen Tätigungsbereiche verstanden werden, auf die keine Gewerkschaft Einfluß nehmen kann, die einzig und allein im Sinne des Kapitals definiert werden. Dementsprechend ist die Politik von Bergbau und Energie nur als reaktionär im höchsten Grade zu bezeichnen.
Aus Angst, den Bürger vor den Kopf zu stoßen, wird das unterschlagen. Gleichermaßen blauäugig wird allgemein von der Erhaltung der Arbeitsplätze gesprochen in Flugblättern im Gegensatz zu Rationalisierungstendenzen, die zwangsläufig durch überschüssige Mengen elektrischer Energie beschleunigt werden. Arbeitsplatzideologie! Der Mensch braucht Geld zum Leben!
Der Kampf gegen das Atomprogramm ist eine fundamentale Auseinandersetzung mit dem Kapital; er ist antikapitalistisch und trägt dazu bei, das oft blinde Vertrauen in die Allmacht des Staates zu erschüttern bzw. eine Identitätskrise zu beschwören. Nur ein schwacher Staat wird auf Atomprogramme verzichten wollen; was anders gesagt heißt: Strikt ökologische Forderungen lassen sich nur unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen realisieren...
Die Grünen müssen es sich zur Aufgabe machen, statt einfach von einem beliebigen Frieden zu reden (den es unter imperialistischer Herrschaft ohnedies nicht geben kann), die AKW-Bewegung parlamentarisch zu unterstützen, was heißen soll: Die Forderung nach einem gesicherten Frieden ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen das Atomprogramm und seinen internationalen Begleiterscheinungen, von den Tests bis zum Erzabbau und den Versenkungen im Meer!
Die Grünen täten gut daran, jemand mit einem imperativen Mandat zu beauftragen, Fragen einer anderen als bisherigen Zusammenarbeit auf der Konferenz zu diskutieren, wozu auch die Kritik an einer überproportionierten »Friedenspolitik«, wie sie besonders Frau Kelly betreibt, die unkritisch den Terminus Frieden wie ein General verwendet und nicht das geringste für den Standpunkt eines AKW-Gegners aufbringt, gehören wird.
So gesehen wird es verständlich, daß es um den »Frieden« besser stünde, wenn diese allgemeine Friedensbewegung im Schatten einer starken Anti-AKW-Bewegung - und nicht umgekehrt, wie derzeit - sich bewegte!...
Atomare Bedrohung, und zwar gleichermaßen die sogenannte friedliche und die schon bald mechanische der Militärstrategen, ist international, weswegen ein gewisser nationaler Erfolg sich geradezu katastrophal in anderen Kontinenten und Ländern auswirken könnte - besonders in der sogenannten Dritten Welt, da dort Widerstand gegen militärische Basen nicht mit unseren Möglichkeiten vergleichbar ist, vor allem weil diese Länder sich in einem Satellitenverhältnis zu den westlichen Metropolen befinden.
Im Pazifik tummeln sich alle Marinen der NATO und der UdSSR. Seit 1946 wird auf diversen Atollen der Südsee atomar experimentiert, der Krieg probiert und die Überlebenschance kalkulierbar gemacht. Herüber kam nicht viel zu uns. In den 50er Jahren ist eher kulturell, propagandistisch mit einem gewissen Bombenkult (das ist wörtlich so gemeint) eine in der Tat einfach nur als verbrecherisch zu bezeichnende wissenschaftlich technische Entwicklung absolut verniedlicht und bürgerlich ideologisiert worden. Mit den Auswüchsen aus jener Epoche mußte es in ihren Anfängen die Anti-AKW-Bewegung zu tun bekommen, anders gesagt mit dem Unverständnis als einen festsitzenden Erbteil aus der »Adenauer-Epoche« ('Die Atombombe, dat is ne janz normale Weiterentwicklung der Artillerie'!)...
Nachtrag: „Der Aufruf in der Form vom Juli/84 ist nichts als eine Art BBU-Vereinspapier, ungeeignet, die erstarrten Fronten aufzureißen.

Es wird von Atomtechnologie geredet, ohne auf den gesamten sogenannten Kreislauf vom Erzabbau bis zur Verseuchung der Meere der z.B. des Landkreises Lüchow-Dan. einzugehen. Es ist nicht einmal die Rede vom ehemals beschworenen Atomstaat, der ein Instrument in Händen der Konzerne ist und das Industriesystem verkörpert.
Die herrschende Ideologie von der friedlichen Nutzung wird nicht angegriffen, nicht als ein Verbrechen beim Namen genannt, so daß sich auch nicht ableiten läßt, welche Rolle als ausführende Organe Institutionen und Industrie spielen - anders gesagt werden damit Verbrecher nicht provoziert...
Lediglich eine als offene Kampfansage und eindeutige Provokation des Industriesystems empfundene Position berechtigt überhaupt Initiatioren, von einer Bundeskonferenz zu sprechen, denn alles andere war schon da, ist es seit Jahren schon und degradiert damit eine Bewegung zu einer 'Nützlichen-Idiotenrolle', nützlich eben für diese bürgerliche Gesellschaftsordnung, alarmiert höchstens die Träger dieser Ordnung...

Eberhard Tresselt



Mit Hubschraubern wurde am 8.10.84 der erste Atommülltransport ins Zwischenlager bei Gorleben dirigiert. AKW-Gegner antworten mit Blockaden Aktionen und einer Demonstration am 13.10. in Lüchow.

Foto: Atommüllzeitung

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016